Morgenausgabe
Nr. 190 / A 96 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,26 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Zeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend 23. April 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 80 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Die Front für den Volksstaat

Links vom Dom — **Panorama vom Lustgarten** — *Rechts vom Dom*

Wir marschieren! Wir haben gestern gezeigt, wie stark wir sind, als wir zu Hunderttausenden im Lustgarten aufmarschiert sind! Bei uns gibt es keine Triumphpforten, keine Frauen, die sich mit Kindern im Arm vor das Auto des Führers werfen — aber als Otto Braun die Rednertribüne im Lustgarten betrat, da brausten die Rufe der ungeheuren Massen, die den gewaltigen Platz füllten, wie Donner empor! Das ist die Stimme des arbeitenden Volkes, das dem wahren Führer zujubelt, dem Führer, der sich unerschütterliches Vertrauen erworben hat, nicht durch Versprechungen, sondern durch die Tat!

Die Eiserne Front steht für das neue Preußen! Da ist keiner, der nicht weiß, daß es in zähem Kampfe errungen werden mußte, und was es für die Arbeiterschaft bedeutet. Da weiß jeder: wenn Otto Braun spricht, gibt es keine hohlen Versprechungen, keine pomphaften Ankündigungen, keinen Trancezustand, da geht es um nüchterne, harte Tatsachen, um politische Vernunft — aber auch um den eisernen Willen, mit dem die sozialdemokratische Arbeiterschaft in unerschütterlicher Solidarität den Weg nach vorwärts erkämpft hat! Otto Braun und die sozialdemokratische Arbeiterschaft — das ist eine im Kampf erprobte Einheit! Die Bewährung des Staatsmannes und das Vertrauen der Massen haben sie zusammengeschmiedet.

Diese Einheit, und den Kampfwillen, der sie beseelt, haben wir gestern bekundet! Das war die weitaus mächtigste Kundgebung, die Berlin in diesen Wahlkämpfen gesehen hat! Die Männer und Frauen der Eisernen Front sind wach und kampfbereit. Sie werden Preußen verteidigen, sie wollen zum Angriff vorgehen!

Sie wissen, daß sie der Hort der Republik sind! Stürmische Zustimmung brauste durch den Raum des Lustgartens, als Genosse Breitscheid ausrief: „Wer weiß, ob ohne das Reichsbanner die deutsche Republik noch bestände!"

In diesem stolzen Bewußtsein unserer Aufgabe und unserer Macht werden wir am Sonntag den Faschismus zum dritten Male schlagen! Auf jetzt, Kampfwille und Begeisterung im Herzen, für das neue Preußen, für die Zukunft des Arbeitsvolkes!

Für Braun-Severing!
Für die Sozialdemokratie!

Gewaltige Massen vor Otto Braun.

Die Republikaner Berlins haben bei den beiden Präsidentenwahlen große und eindrucksvolle Kundgebungen erlebt und mitgemacht. Was gestern der Lustgarten sah, war von so einzigartiger Eindringlichkeit, daß man mit der Behauptung nicht übertreibt: im harten politischen Kampf dieses Jahres hat die Reichshauptstadt eine solche Kundgebung noch nicht gesehen.

Der Beginn der Veranstaltung war auf 18 Uhr festgesetzt. Schon von 17 Uhr ab strömten die Massen herbei. Ein Fahnenwald im Schwarzrotgold der Republik und im flammenden Rot der Sozialdemokratie türmte sich auf. Geschlossen rückten, zum Teil in Berufstracht, die Hammerschaften an. Die Firma Herrmann hatte wieder den Vogel abgeschossen, sie war als erste zur Stelle. Besonderen Beifall fanden die uniformierten Genossen von der Berliner Verkehrsgesellschaft, die mit ihrem Banner vor dem Schloß Aufstellung nahmen. Männer und Frauen, alte und junge waren in unabschätzbarer Stärke vertreten. Die Musikkorps unserer Reichsbannerkameraden vom Friedrichshain und vom Bezirk Mitte, vom Prenzlauer Berg und vom Wedding empfingen die Genossen aus den Betrieben mit den Kampfweisen von Republik und Partei. Ein Flugzeug der Hakenkreuzler, das durch Kreisen über dem Platze diese Kundgebung stören zu können glaubte, wurde mit Pfiffen begrüßt.

Braun und Breitscheid.

Bis herüber zum Alten Museum war um 18 Uhr der Platz dicht besetzt. Hier bewährte sich eine Anordnung der Versammlungsleitung, die den einzelnen Kreisen gewisse Teile des Platzes zur Besetzung angewiesen hatte. In mustergültiger sozialdemokratischer Disziplin waren diese Anordnungen befolgt worden, und nur so war es möglich, daß trotz der Ueberfüllung fast alle Teilnehmer die Ansprachen der beiden Redner Otto Braun und Rudolf Breitscheid mitzuhören vermochten. Einen besonders erhebenden Anblick boten die an einzelnen Stellen zusammengeballten Gruppen der Bannerträger: wie rote Flammen leuchtete es aus dem Grau der Zehntausende.

Ein Tusch ertönte, dann bestieg der Vorsitzende des Berliner Bezirksverbandes der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Künstler, das Rednerpult. Er sagte:

„In 48 Stunden findet eine Wahlschlacht ihren Abschluß, die an Heftigkeit alle voraufgegangenen Kämpfe weit überragt. Mit Lüge und Verleumdung, mit Haß und Niedertracht ist der Kampf von den Faschisten bestritten worden. Was man sich mit unserem Carl Severing herausgenommen hat, ist ein Bubenstück von Goebbels ohnegleichen. Diesem elenden Wicht kann man kaum mit anständigen Argumenten beikommen, weil er und seine Partei durch und durch moralisch verlumpt sind. (Stürmische Zustimmung.) Die Aufgeblasenheit und Ruhmredigkeit eines Hitler, der niemals für Volk und Staat das geringste geleistet hat, ist ein Anzeichen für eine Krankheit, die, wenn überhaupt, nur in ihren Anfängen geheilt werden kann. (Erneute Zustimmung.)

Nachdem die Jugendgenossin Schmidt unter stärkstem Beifall und in vortrefflicher Rezitation Dr. Goebbels gekennzeichnet hatte, nahm, mit Hüteschwenken, Hoch- und Frei-Heil-Rufen und minutenlangem Beifallssorkan begrüßt, der preußische Ministerpräsident

Genosse Otto Braun

das Wort.

„Eine kurze Spanne Zeit trennt uns von einem Tage der Entscheidung. Wir wollen die ruhige, zähe, republikanische Aufbauarbeit fortsetzen, die allein dem deutschen und preußischen Volke den Weg zum Wiederaufstieg aus dem Zusammenbruch des Weltkrieges geebnet hat. Wir lehnen es ab, Experimente schlimmster Art, wie sie die Nationalsozialisten mit uns vor haben, mitzumachen. Wir wissen, daß solche Experimente zum Zusammenbruch und zum Untergang von Volk und Staat führen müssen.

Seit der Wahlkampf um Preußen eröffnet ist, bin ich vom Norden zum Süden, vom Osten zum Westen gereist. Ueberall habe ich den eisernen Willen gefunden, die republikanische Bastion Preußen nicht nur zu verteidigen, sondern zum Angriff überzugehen.

Uns steht die sogenannte nationale Front von Harzburg gegenüber. Sie lief auseinander wie Harzer Käse, sie marschierte getrennt, um vereint geschlagen zu werden. Ihr Angriff richtete sich gegen das

„System". Die Demokratie soll uns nach Meinung dieser Leute in Grund und Boden gewirtschaftet haben. Das ist nicht wahr.

Im Gegenteil: was geschaffen wurde, ist durch das Weimarer System aufgebaut worden.

(Stürmischer Beifall.)

Freilich ist dieses System der Harzburger Front aus anderen Gründen unangenehm. Sie haben heute nicht mehr die ausschließliche Macht, und wenn sie sagen, daß Preußen wieder preußisch werden soll, so sagen sie in einem gewissen Sinne die Wahrheit, sie wollen wieder das alte Preußen des Dreiklassenwahlrechts, in dem die Erwerbstätigen von der Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung ausgeschlossen waren. Damals gehörte der Staat einer Sippe und Kaste, und alle anderen standen außerhalb. Diesen Zustand will Herr Adolf Hitler, der ausgerechnet als Helland aus dem Böhmerwald Preußen wieder preußisch machen will, wieder herstellen. Er, der als seltsamer Typ des nordischen Germanen in inniger Freundschaft mit seinem Stabschef, Herrn Röhm, das deutsche Volk erretten will, verkündet, daß Preußen wieder preußisch werde. Was macht er bei seinen Propagandaflügen durch das ganze Land?

Er verspricht allen alles. Der Arbeiter soll Arbeit, Brot und ausreichenden Lohn haben, dem Unternehmer wird Lohnabbau verheißen, der Konsument soll billige Preise, der Agrarier hohen Verdienst bekommen, dem Hausbesitzer soll sein Gewinn nicht beschnitten werden und der Mieter soll einen niedrigeren Mietzins bezahlen. (Heiterkeit.)

Auf diese Weise glaubt sich Herr Hitler berufen, das preußische Volk wieder glücklich machen zu können. Aber er erinnert an jenen Mann, der uns herrlichen Zeiten entgegenführen wollte und im Augenblick der höchsten Gefahr nach Holland floh. Politisch nichtgeschulte Kreise der Wählerschaft glauben, daß es gut wäre, Herrn Hitler einmal an die Macht kommen (Stürmische Zurufe: Niemals, niemals!) und ihn zeigen zu lassen, was er kann.

Gewiß wäre das für ihn eine gute Schule, und in wenigen Wochen würde er mit seinem Latein zu Ende sein. Aber wahrscheinlich würde er uns im Stich lassen und wie Karl Mühe in die böhmischen Wälder flüchten, und wir müßten dann in der Katastrophe. (Anhaltendes Sehr richtig! und Beifallskundgebungen.)

Solche Kuren nach dem Muster des Dr. Eisenbart sind für das deutsche Volk nach der Katastrophe des Krieges mit allen seinen Folgen unerträglich. Notwendig ist vielmehr, zu erkennen, daß die Hitler-Bewegung auf Lug und Trug und auf Widersprüchen schlimmster Art aufgebaut ist. (Neuer Beifall.) Sie stellt ein Maß von Heuchelei dar, wie es in der Geschichte der deutschen Parteien noch nicht erlebt worden ist. (Sehr gut, sehr richtig!) Ueber Preußen will man die politische Macht in ganz Deutschland. Das geht nicht um Deutschlands und um der deutschen Weltgeltung willen. (Stürmischer Beifall.) Deshalb ist die politische Entscheidung am Sonntag von ungeheurer Wichtigkeit.

Wir müssen das Vertrauen der Welt wiedergewinnen, um zu einer Zusammenarbeit der Völker gelangen zu können. So, aber auch nur so, ist der Fluch der Arbeitslosigkeit in unserem Volke zu bannen. (Stürmische, minutenlange Zustimmung.)

Jeder muß seine letzte Kraft geben, damit die Pläne der Reaktion zuschanden werden. Jawohl, Preußen soll preußisch bleiben, aber republikanisch-preußisch, das heißt frei von politischem Betrug und übler Charlatanerie, und regiert allein vom Willen des republikanischen Volkes!

*

Die letzten Sätze Otto Brauns, die der so ruhige und beherrschte Mann mit Leidenschaft in die Massen warf, wurden mit einem Begeisterungssturm aufgenommen. Als der sozialdemokratische Ministerpräsident der Republik Preußen den Lustgarten verließ, um nach Potsdam zu einem Appell an die Wählerschaft zu fahren, war er Gegenstand erneuter Ovationen.

Breitscheid spricht.

Dann nahm, stürmisch begrüßt, Reichstagsabgeordneter

Genosse Dr. Breitscheid

das Wort.

Mit dem Ausgang der letzten Wahlen, so führte er aus, können wir zufrieden sein. Die Prophezeiungen der Gegner sind nicht eingetroffen. Hitler ist nicht Reichspräsident geworden. Der, der auszog, die Republik zu zerstören, wurde nicht der erste Beamte der Republik. Das hat die Eiserne Front verhindert. Obwohl der Staat von heute noch nicht der Staat nach unserem Ideal ist, wollen wir aber doch in unserem Kampf gegen alle Feinde der Republik uns die Fundamente erhalten, auf denen wir unsere Schlachten siegreich schlagen werden.

Bei der Reichspräsidentenwahl haben die Männer und Frauen der Eisernen Front in glänzender Disziplin und mit hoher politischer Einsicht alle Bedenken zurückgestellt, die gegen den Präsidentschaftsanwärter erhoben werden konnten. Hindenburg ist Präsident geblieben, die Eiserne Front vollführte eine nationale Tat, als sie am 13. März und am 10. April für Hindenburg eintrat.

Das sollte niemand vergessen, auch Hindenburg selbst nicht!

Jetzt sind schmutzige Verleumder und niederträchtige Schleicher am Werk, Hindenburg zu bewegen, den Heerbann der Eisernen Front, das Reichsbanner zu verbieten. Es soll also die Organisation verboten werden, die die Republik jetzt und früher schützte. (Stürmische Zurufe: Niemals!) **Mit allen Mitteln werden wir uns dagegen zur Wehr setzen, denn das Reichsbanner kann nicht verglichen werden mit Hitlers Privatarmee!**

Die Arbeiterschaft in der Eisernen Front und im Reichsbanner hat nie den Bürgerkrieg so wie Hitlers SA.-Banden gewollt, sie hat ihn vielmehr stets abgelehnt und ihn durch ihr Wirken, ja durch ihre bloße Anwesenheit verhindert. **Wüßten wir denn, ob die Republik überhaupt noch bestünde, wenn das Reichsbanner sie nicht verteidigt hätte?** (Lebhaftes Sehr richtig!)

Am kommenden Sonntag geht es um die Entscheidung; es geht nicht nur um Preußen als Staat, sondern es geht auch um die Position der Sozialdemokratie in diesem Staat. Während wir bei der Reichspräsidentenwahl aus Pflichtgefühl der Republik gegenüber für Hindenburg eintraten,

kämpfen wir jetzt für die eigene Partei mit begeistertem Herzen.

Um den von Braun und Severing aufgebauten Staat, gegen den die Reaktion Sturm läuft, kämpft die Sozialdemokratie und die republikanische Bevölkerung. Sie will nicht, daß es wieder ein Dreiklassenstaat wird, sie will nicht wieder eine vaterländische Altertumsversammlung im Herrenhaus haben, sie will nicht, daß der Großgrundbesitz, die Großkapitalisten alle Stellen in der Regierung und in der Verwaltung besetzen, die Arbeiter wollen sich nicht wieder ausschalten lassen! Die Reaktion kann nicht verwinden, daß ein Buchdrucker preußischer Ministerpräsident, ein Metallarbeiter preußischer Innenminister, daß andere Arbeiter hohe Verwaltungsbeamte sind. Sie können es nicht verwinden, daß der preußische Polizeistaat von ehemals ein Staat des sozialen Fortschritts gewesen ist. In dem die Nationalsozialisten als „revolutionäre" Partei dagegen anrennen, beweisen sie nur, daß sie die letzten Reserven der Reaktion sind. Sie schreien über Korruption im neuen Staat — können sie die in der eigenen Partei nicht leichter finden?

Sie nennen uns Novemberverbrecher — haben wir nicht Deutschland vor dem Chaos gerettet? Haben wir „Novemberverbrecher" nicht der Jugend das Wahlrecht gegeben, von dem auch die Hitler-Jugend profitiert? Wenn das alles Verbrechen sein sollen, dann wollen wir gern Novemberverbrecher sein.

Was Parteibuchbeamtentum ist, würden wir erst richtig erfahren, wenn die Nationalsozialisten an die Regierung kämen. Ist nicht ihr „Führer" selber ein lebendiger Beweis schlimmsten Parteibuchbeamtentums? Das Programm der Nationalsozialisten ist sehr unklar, aber darüber sind sich die Führer dieser merkwürdigen Bewegung völlig im klaren, wie sie die Posten verteilen würden, falls sie die Macht dazu hätten. Auf dem Weg über Preußen soll es zur Herrschaft im Reich gehen, dann wären die Tore geöffnet für das Dritte Reich. Wie das aussehen wird, weiß Herr Hitler selbst nicht. Wir möchten es aber gern wissen, denn obschon das Hängen und das Köpfen kein Regierungsprogramm ist, würden doch wohl einige von uns am Leben bleiben, die dann irgendwie zum Dritten Reich Stellung nehmen müßten.

Wir wissen nicht, und die Nationalsozialisten wissen es nicht, ob das Dritte Reich eine Monarchie, in der für Hitler keine Stelle frei sein würde, oder eine Diktatur, oder was es sonst werden würde. Auf alle diese Fragen, die doch schließlich im Vordergrund der Erörterungen stehen, wenn es in einem Kampf um den Staat geht, sind die Nationalsozialisten bisher die Antwort schuldig geblieben.

Sie reden vom Zerreißen der Verträge, sie grölen auf den Gassen, daß sie Frankreich siegreich schlagen wollen, gleichzeitig umschmeicheln sie aber in ekelhafter Weise das Ausland.

Wenn der Faschismus zur Herrschaft käme, dann würde er vor dem Ausland auf den Knien rutschen, nur um die Arbeiterschaft im eigenen Lande niederhalten zu können. Jedem wird alles versprochen, was er fordert.

Die Nazis nennen sich „Arbeiter"partei! Großkapitalisten, an der Spitze Herr Thyssen, Großgrundbesitzer, der Gelegenheitsarbeiter Prinz Auwi und neuerdings auch der frühere Kronprinz sind Mitglieder dieser „Arbeiter"partei!

Sie reden von „Sozialismus": Ihre Führer gehen hin und sagen den geldspendenden Großkapitalisten: „Habt keine Angst vor unserem Sozialismus, der kann von jedem Geldsack akzeptiert werden."

Sie nennen sich „national"! Haben sie nicht erklärt, daß sie die Landesgrenzen so lange schutzlos lassen würden, solange das „System" noch in Deutschland herrscht? Wie oft wären wir Sozialisten Landesverräter gescholten worden, nähmen wir einen ähnlichen Standpunkt ein.

Alles ist Lüge, alles ist Betrug an dieser nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Wahrheit allein ist an ihr, daß sie die Arbeiterschaft niederknüppeln will, daß es keine Meinungsfreiheit, keine Koalitionsfreiheit, keine politische Bewegungsfreiheit für die Arbeiterschaft geben soll. Das wird Hitlers Drittes Reich sein!

In dem Augenblick, wo der Faschismus sich anschickt, die Tore zu stürmen, kennen die Kommunisten keinen anderen Feind als die Sozialdemokratie. Eine schöne Partei, die vor lauter „revolutionärer Ungeduld" zu Hitler überläuft! Eine schöne Partei, die Arbeit für den Faschismus leistet, indem sie den Antrag stellt, das Reichsbanner aufzulösen. Wie lange wird es noch dauern, bis auch dem letzten der kommunistischen Mitläufer die Augen aufgehen werden über das verbrecherische Spiel, das mit ihm getrieben wird.

So geht denn, Parteigenossen, Republikaner, Männer und Frauen der Eisernen Front, am Sonntag in den Entscheidungskampf! Schlagt die Feinde, die sich uns entgegenstellen, mit noch größerer Wucht als bei den letzten Wahlen. Geht mit noch größerer Entschlossenheit gegen alles vor, das sich einer freiheitlichen Entwicklung entgegenstemmt!

Doch wenn Ihr sie am 24. April geschlagen habt, dann ist die Arbeit noch nicht beendet. Wir haben die Eiserne Front geschaffen, damit der gegenwärtige Staat der Staat des arbeitenden Volkes wird. Die Eiserne Front kämpft darum, daß aus dem Kapitalismus die sozialistische Wirtschaft werde, sie will, daß an Stelle einer anarchischen Produktionsweise eine Wirtschaft planvollen Systems tritt.

Kämpft für den Sozialismus, kämpft für den neuen Staat, helft Braun und Severing, weil sie unsere Hoffnung, unser Wille, unser Staat sind? (Stürmischer, immer wiederholter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Karl Litke schloß die Kundgebung mit einem letzten Appell, morgen noch einmal treppauf, treppab zu werben, um die vereinigte Reaktion von Hitler bis Thälmann schlagen. Der gemeinsame Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" und das Hoch auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, das Reichsbanner und die Arbeitersportler endete diese gewaltige Massenkundgebung. Der Abmarsch vollzog sich in mustergültiger Disziplin.

Parteigenossen u.-genossinnen, Gewerkschaftler, Reichsbannerkameraden, Arbeitersportler!

Am 13. März und 10. April habt ihr dem Faschismus eine Niederlage bereitet. Es kommt darauf an, daß ihr am 24 April dem Faschismus den Weg zur Macht in Preußen versperrt. Noch einmal fordern wir euch auf, am

Sonnabend, dem 23. April, ab 16 Uhr,

von den bekannten Lokalen aus zu einer allgemeinen

Flugblattverbreitung

gegen Lüge und Verleumdung restlos anzutreten.

Keiner darf fehlen! Vorwärts mit

Otto Braun
Carl Severing

für ein freies Preußen!

Otto Braun in Potsdam.

Begeisterte Massenkundgebung — Glänzender Auftakt zur Wahl.

Die Ankündigung, daß Ministerpräsident Otto Braun in Potsdam sprechen solle, führte dazu, daß nicht nur der größte Saal Potsdams, das Konzerthaus, sondern zwei weitere Säle, sowie der Garten des Konzerthauses überfüllt waren, so daß 7000 bis 8000 Menschen Otto Braun hörten. Otto Braun, mit Begeisterung empfangen, rechnete im wesentlichen mit Hugenberg ab, der kürzlich in einer Versammlung erklärte, daß noch nie ein Staat derartig korrumpiert gewesen sei wie das jetzige Preußen. Braun erklärte, daß der Unterschied zwischen dem alten und neuen Preußen darin bestehe,

daß die vielen großen Korruptionsfälle der Vorkriegszeit vertuscht und verschwiegen worden seien, während jetzt in dem Freistaat Preußen alle Korruptionsfälle unbarmherzig an die Oeffentlichkeit gebracht werden.

In seinen weiteren Ausführungen nahm Otto Braun Stellung zu der ungeheuren Wirtschaftsnot. Es ist unbegreiflich, meinte Genosse Braun, daß Millionen Menschen untätig sein müssen und von anderen Millionen ernährt werden. Die Arbeitszeit muß radikal verkürzt werden, um den Arbeitslosen wieder Lebensmut, neue Hoffnung zu geben. Die Abrechnung mit den nationalsozialistischen Beamten wurde des öfteren von den Versammelten durch Beifall unterbrochen.

Nach Schluß der Rede wurde Otto Braun durch minutenlange Ovationen festgehalten. Auf der Straße hatten sich Tausende von Menschen angesammelt. Ein nationalsozialistischer Krakeeler wurde von der Polizei sistiert.

Der Preußenflieger.

Genosse Kern verjagt Hitler-Flugzeug vom Lustgarten.

Als die Massen in den Lustgarten strömten, erschien ein Hitler-Flugzeug mit zwei Hakenkreuzwimpeln über dem Lustgarten und begann zu kreisen. Es wurde mit tosenden Protestrufen empfangen. Als Otto Braun zu reden begann, erschien es wieder. Plötzlich tauchte das rote Flugzeug des früheren Kriegsfliegers und jetzigen Kunstfliegers Kern auf, das eben von einem tagelangen Propagandaflug über Vorpommern zurückgekehrt war. Hunderttausende sahen mit Spannung und Begeisterung, wie es sich Seite an Seite mit dem Hitler-Flugzeug legte, und spontan brach brausender Beifall aus, als er das Hitler-Flugzeug vom Lustgarten wegdrückte.

Anfang der Arbeitsbeschaffung.

Instandsetzung des Hausbesitzes.

Der Reichsarbeitsminister hat die Länder auf verschiedene Maßnahmen hingewiesen, die der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Hausreparaturen dienen können. Die Länder sind gebeten worden, soweit möglich, Mittel der Hauszinssteuer für Instandsetzungen bereitzustellen und dem einzelnen Hausbesitzer die Aufnahme von Kapital durch Zinszuschüsse aus der Hauszinssteuer zu erleichtern. Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß auch die Möglichkeit besteht, die erforderlichen Mittel durch Wechselkredit zu beschaffen. Auf Grund von Verhandlungen mit der Reichsbank konnte festgestellt werden, daß die Reichsbank grundsätzlich bereit ist, derartige Wechsel zu diskontieren. Auf diesem Wege wird sich die Ausführung von Instandsetzungsarbeiten in erheblichem Umfange ermöglichen lassen.

Wenn großzügig genug verfahren wird, können hier Hunderttausende Beschäftigung finden.

Brüning zwei Stunden mit Tardieu.

Alle großen Probleme besprochen.

WTB. Genf, 22. April.

Reichskanzler Brüning hatte heute nachmittag eine fast zweistündige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu, bei der auch der Staatssekretär von Bülow anwesend war. In dieser Unterredung sind alle großen aktuellen Fragen berührt worden.

Die Besprechungen werden Anfang nächster Woche nach Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten ihre Fortsetzung finden.

Heute mittag hatte ein Frühstück den deutschen Reichskanzler mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem englischen Premierminister Macdonald zusammengeführt.

Festnahme von zwei kommunistischen Bürgerschaftsmitgliedern. Vor dem Hamburger Hause der NSD. kam es zu Ansammlungen, als die Polizei und Feuerwehr ein beanstandetes kommunistisches Plakat entfernen wollten. Neben drei anderen Personen wurden die beiden KPD.-Bürgerschaftsabgeordneten Karges und v. d. Reith festgenommen, weil sie vom Fenster des Hauses aus Ansprachen an die Menge richten wollten.

Bekenntnisse schöner Seelen.

Die Nazis und der Landesverrat.

Unter der Ueberschrift: „Landesverrat, Arbeiterverrat, Korruption" hatten die Naziblätter im Süden der Provinz Hessen-Nassau einen „Wahlaufruf" veröffentlicht, der an böswilliger Entstellung das gewohnte Maß weit überschritt. Die Anwürfe waren in der nun auch schon lange nicht mehr originellen Weise in absichtlicher Planlosigkeit teils gegen die Sozialdemokratie, teils gegen die Regierung gerichtet, um es dem gedankenlosen Nazileser zu überlassen, sie nach eigenem Geschmack auf diesen oder jenen Adressaten zu beziehen. Wegen des schamlosen Vorwurfes des Landesverrates erließ der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Haas, ein zehntägiges Verbot der beiden Naziblätter.

Die in Kassel erscheinende „Hessische Volkswacht" brachte nun die Mitteilung von diesem Verbot und gleichzeitig auf derselben Zeitungsseite den Aufruf, dem sie nur die harmlosere Ueberschrift: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", gab. Da wegen dieser offenkundigen Provokation des Oberpräsidenten auch ein Verbot der „Hessischen Volkswacht" zu erwarten war, baten die Verantwortlichen feierlich um Entschuldigung und veröffentlichten am Donnerstag (21. April) ein denkwürdige Erklärung, in der es heißt:

Die Unterzeichneten erklären, daß sie dieses Versehen auf das lebhafteste bedauern und **mit der Veröffentlichung keineswegs einen Protest gegen den Herrn Oberpräsidenten aussprechen wollten.** Der Hauptschriftleiter unserer Zeitung hatte vielmehr die Veröffentlichung dieses Artikels ausdrücklich untersagt.

Die Unterzeichneten bedauern das Erscheinen eines solchen Artikels auch deshalb, weil sie

es aufs schärfste verurteilen, wenn politisch Andersdenkende des Landesverrats beschuldigt werden. Sie sind vielmehr der Ueberzeugung, daß politische Meinungsverschiedenheiten unter keinen Umständen dazu führen dürfen, den politisch Andersdenkenden des Landesverrats zu bezichtigen.

Diese Stellungnahme war für unseren Hauptschriftleiter Beinhauer gerade die Ursache, die Veröffentlichung des Artikels zu verbieten.

Nachdem die Unterzeichneten das Versehen in der Zeitung festgestellt hatten, haben sie dem Herrn Oberpräsidenten mündlich ihr Bedauern ausgesprochen.

Der Herr Oberpräsident hat nach Abgabe der obigen Erklärung, auf unsere Bitte hin, von einem Verbot unserer Zeitung Abstand genommen.

Kassel, den 20. April 1932.

gez. Dr. Roland Freisler.
gez. Beinhauer.
gez. Ad. Rittershausen.

Roland Freisler ist Nazianwalt, Naziabgeordneter und sonst ein lautsprechender Held im Reiche des österreichisch-braunschweigischen Messias. Beinhauer ist der Chefredakteur des Naziblattes, Rittershausen der Verlags-Verantwortliche. Sie erklären vor der Oeffentlichkeit feierlichst, daß es eine infame Sache ist, wenn man Andersdenkende des Landesverrats bezichtigt. Sie geben damit nachträglich eine einwandfreie Begründung des Verbots der beiden anderen Naziblätter, aber darüber hinaus verdammen sie die ganze landläufige Agitation ihrer Partei, die auf dem infamen Vorwurf aufgebaut ist, die „Novemberverbrecher", die „Träger des Systems" und wie die Ausdrücke sonst lauten mögen, verrieten das Land an seine wirtschaftlichen und politischen Feinde! Unter Roland Freislers Führung wird der Hitler-Partei damit sozusagen notariell beglaubigt, daß ihre Propaganda auf das schärfste zu verurteilen ist. Dies Bekenntnis schöner Seelen verdient deshalb festgehalten zu werden.

Lügenmeldung über Eisenbahner.

Einheitsverband der Eisenbahner weist Schwindel zurück.

Gegenüber haltlosen Behauptungen über eine illegale „Mobilisierung" der Eisenbahner erklärt der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands:

„Wie wir heute erfahren, haben einige Rechtsblätter in der Provinz und der Reichshauptstadt Gerüchte verbreitet, nach denen auf Veranlassung der Zentrale unseres Verbandes im ganzen Reiche Besprechungen und Versammlungen stattgefunden haben, durch die die Unterführer und Mitglieder des Verbandes mobilisiert werden sollten. Die erwähnten Zeitungen knüpfen daran die Vermutung, daß diese Mobilisierung zu Zwecken der Vorbereitung illegaler Handlungen (u. a. Sabotageakte) erfolgte.

Hierzu erklären wir folgendes:

Es ist unwahr, daß vom Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands solche oder ähnliche Anweisungen ergangen oder geduldet worden sind. **Der Verband steht fest auf dem Boden der Reichsverfassung, so daß sich solche oder ähnliche Maßnahmen erübrigen. Zum Schutze der Reichsverfassung wird der Verband erforderlichenfalls seinen Einfluß in legaler Weise geltend machen.** Im übrigen beschränkt sich die Tätigkeit des Einheitsverbandes allein auf die Erledigung gewerkschaftlicher Aufgaben.

Hieraus ergibt sich, daß die Beteiligung an illegalen Bestrebungen und Bürgerkriegsvorbereitungen außerhalb des Tätigkeitsgebietes des Verbandes liegt, so daß eine Beteiligung der Mitglieder des Verbandes für solche Aufgaben nicht in Frage kommt.

In einigen Zeitungen wird darauf hingewiesen, daß ein Gewerkschaftssekretär in Stolp, der u. a. im „Fränkischen Kurier" als „Reichsgewerkschaftssekretär" bezeichnet wird, sich in der genannten Art geäußert habe. Wir glauben nicht, daß hiermit ein Angestellter unserer Organisation gemeint ist, da solche Aeußerungen den Tatsachen widersprechen würden."

Schmutz im Wahlkampf.

Auch der Zentrumsführer wird verleumdet.

Gegen Genossen Severing ist eine verleumderische Broschüre von den Nazis verbreitet worden, die aus der Bacmeisterschen Schmutzzentrale von 1928 stammt. Auch gegen den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, ist eine Verleumdungsbroschüre verbreitet worden, die den Titel „Alkoholkönig und Prälat, oder Spritschiebungen, Fluchtkapital und Zentrum" trägt. Zu den Verfassern gehört Herr Bacmeister. Prälat Kaas hat eine einstweilige Verfügung dagegen erwirkt und Strafantrag gestellt.

Die Voruntersuchung gegen die Brüder Lahusen ist nunmehr abgeschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft zugeleitet worden.

Auf für Braun–Severing.

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Die drei Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erlassen folgenden gemeinsamen Aufruf:

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

In fünf Ländern wird am 24. April der Kampf für und wider das „System" ausgefochten. In Anhalt wie in Hamburg, in Württemberg wie in Bayern muß er unter dem Einsatz aller Kräfte der republikanischen Front geführt werden. Aber in keinem Lande ist der Ausgang dieses Kampfes von so schicksalsschwerer Bedeutung für die innen- und außenpolitische Entwicklung Deutschlands wie in Preußen.

Die Deutschnationalen haben es nicht verwunden, daß seit über einem Jahrzehnt an der Spitze des alten „Hohenzollernstaates" ein sozialistischer Ministerpräsident steht.

Es paßt ihnen nicht in den Kram, daß die Weimarer Koalition gerade in dem klassischen Lande konservativer Vorherrschaft sich in allen Stürmen der wirtschaftlichen und politischen Krise unerschüttert behauptet hat. Denn in dieser Koalition verkörpert sich das „System", dessen Beseitigung seit Jahren ihr unablässiger Kampf gilt.

Das Preußen, in dem Braun und Severing die Führung haben, das getragen ist von allen aufbauenden Kräften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, dieses Preußen, in dem es keine Gesindeordnungen mehr gibt, keine Abstufung der Staatsbürgerrechte nach dem Geldbeutel, keine Koalitionsbeschränkungen für Beamte,

dieses neue Preußen, in dem der Geist von Weimar den Geist von Potsdam überwunden hat, ist das gewaltigste Hindernis für die Rückkehr des alten Obrigkeitsstaates wie für den Anbruch des „Dritten Reiches" oder Sowjetdeutschlands.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Ihr habt auf preußischem Boden vor acht Monaten beim Volksentscheid Hitler, Hugenberg und Thälmann geschlagen, ihr habt im letzten halben Jahre erlebt, wie brüchig die Harzburg-Moskauer Front ist. Was sie verbindet, ist der Haß gegen das „System". Was sie beseelt, ist nicht ein aufbauender politischer Gedanke. Ihre einzige Triebkraft ist der fanatische Wille, unter allen Umständen an die Macht zu kommen.

Im Reiche ist ihnen dieser Versuch zweimal mißlungen.

Die Reichspräsidentenwahlen haben gezeigt, daß die politische Vernunft trotz allem noch die Mehrheit hat. Das deutsche Volk will sein Geschick weder auf dem Felde der inneren noch der auswärtigen Politik den Gewaltpolitikern anvertrauen, die in den letzten Jahren zum Unheil unseres Landes gerade genug wirtschaftlichen Kredit und politisches Vertrauen verwirtschaftet haben.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Ihr müßt das eure dazu tun, klare politische Verhältnisse in Deutschland zu schaffen! Ihr müßt endlich die innerpolitische Krise bereinigen, die die Wirtschaftskrise immer mehr verschärft und die Massenarbeitslosigkeit unabsehbar steigert!

Ihr müßt am 24. April Hitler, Hugenberg und Thälmann zum dritten und letzten Male schlagen.

Schützt das System eurer Freiheiten und Rechte!

Darum keine Stimme den Feinden der Weimarer Koalition!
Jede Stimme für Braun und Severing festigt das Fundament des deutschen Volksstaates!

Grzesinski in München.

Drei Riesenversammlungen. — SA.-Banden veranstalten blutige Saalschlachten.

München, 22. April (Eigenbericht).

In drei Riesenversammlungen der Eisernen Front München sprach am Freitagabend der Berliner Polizeipräsident Genosse Grzesinski. Alle drei Säle mußten schon frühzeitig wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Im Hackerbräu und im Löwenbräukeller hatten sich je 200 bis 300 junge Leute der aufgelösten SA. rechtzeitig Plätze gesichert in der Absicht, die Versammlungen zu sprengen. Schon beim Eintritt mußten einigen von ihnen Pflastersteine abgenommen werden. Während die Versammlung im Wagnerbräu, wo Grzesinski zuerst sprach, völlig ruhig verlief, störten die Hitlerbandisten die Hackerbräuversammlung und schon beim Referat des Abgeordneten Seifried fortgesetzt derart, daß es schließlich zu einem Tumult und zu einer blutigen Saalschlacht kam.

Innerhalb von zehn Minuten gelang es dem Reichsbanner mit Hilfe der Polizei, die das Ueberfallkommando herbeigerufen hatte, die Hakenkreuzstrolche aus dem Saal zu werfen. Etwa zwölf Verletzte, darunter auch Reichsbannerleute, mußten Sanitätshilfe in Anspruch nehmen. Inzwischen war Genosse Grzesinski gekommen und konnte unter begeistertem Beifall der Riesenversammlung in vollkommener Ruhe sprechen.

Die größten Hitler-Rowdys hatten sich aber vor dem Löwenbräukeller verabredet, der seit 7 Uhr abends von einer riesigen Menschenmenge umlagert war. Ein starkes Polizeiaufgebot hielt die Ordnung aufrecht. Grzesinski kam erst kurz nach ½10 Uhr. Kaum hatte er zu sprechen begonnen, als das Hakenkreuzgesindel systematisch mit Störungsversuchen und Stinkbomben arbeitete, die alle Warnungen des Versammlungsleiters und des Ordnungsdienstes in den Wind schlug. Als einige der rabiatesten Gesellen aus dem Saal entfernt werden mußten, begannen deren Mitverschworene mit Stühlen und Bierkrügen einzuschlagen, so daß im Nu eine blutige Schlägerei im Gange war.

Hier dauerte es eine Viertelstunde, bis die Hakenkreuzbanden durch das Reichsbanner mit tatkräftiger Unterstützung der Polizei aus dem Saal hinausgeworfen waren und Genosse Grzesinski unter tobendem Beifall seine Rede um ½11 Uhr beenden konnte.

Soviel sich im Augenblick feststellen läßt, gab es hierbei 25 bis 30 Verletzte. Wieder einmal ist in München der Beweis erbracht, daß ohne Reichsbanner eine republikanische Versammlung nicht durchgeführt werden kann.

Nazis als Bombenleger.

Aufklärung des Frankfurter Bombenattentats.

Frankfurt a. M., 22. April. (Eigenbericht.)

Die beiden Sprengstoffattentate gegen das Frankfurter Korl-Kino, die im Juli vorigen Jahres gelegentlich der Aufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues" verübt wurden, haben jetzt ihre Aufklärung gefunden. Vier Nationalsozialisten haben nach ihrer Verhaftung ein Geständnis abgelegt, daß sie die drei mit Sprengstoff gefüllten Bleirohre in einem Nebenraum des Kinos niedergelegt und die Eisenhandgranate, die im Vorraum des Kinos, ohne jemand zu verletzen, explodierte, geschleudert haben. Die verhafteten Nazis sind sämtlich Unterführer der inzwischen aufgelösten Frankfurter SA. Sie bekunden, von ihren Führern in unbestimmten Worten zu dem Attentat aufgefordert worden zu sein. Nachher hätten die Führer allerdings nichts mehr von der Sache wissen wollen.

Völlig überführt!

Das Braune Haus und die Boxheimer Dokumente.

Darmstadt, 22. April. (Eigenbericht.)

Auf eine Erklärung des Naziabgeordneten Best, daß der Entwurf zum Bezheimer Dokument dem Braunen Hause in München nicht vorgelegen habe, erwidert die hessische Regierung mit einer Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Wenn Dr. Best und die Reichsleitung der NSDAP. nach wie vor betonen, daß es sich bei den Boxheimer Dokumenten um eine „Privatarbeit" Bests handle, so sei daran erinnert, daß sein Schreiben vom 6. September 1931 an die Reichsleitung der NSDAP. am Briefkopf den Vermerk trägt: „NSDAP., Gau Hessen, Rechtsabteilung, Darmstadt, Bismarckstraße 11" (das ist die Adresse des Darmstädter Braunen Hauses), und zur Kennzeichnung der Unterschrift den Zusatz: „Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen der NSDAP." Nach dieser ausdrücklichen Unterstreichung des parteiamtlichen Charakters des Verfassers kann der Brief unmöglich als „Privatarbeit" Bests angesprochen werden.

Uebrigens ist das beschlagnahmte Schriftstück ein Durchschlag, während sich das Original des Briefes nicht mehr bei den Parteiakten befand. Hätte Best das Original vernichtet, statt es bestimmungsgemäß abzusenden, warum sollte er dann die Kopie aufbewahrt haben?

Die Ausreden Bests fallen aber vollends in sich zusammen durch ein anderes ebenfalls beschlagnahmtes Schriftstück, das von Dr. Best persönlich unterzeichnet und von seiner Hand an bezeichnenden Stellen mit Aenderungen bzw. Streichungen versehen worden ist. Es handelt sich um den Entwurf zu Bests Presse-„Dementi" nach Veröffentlichung der Boxheimer Dokumente.

In der veröffentlichten Fassung dieser Erklärung heißt es an der fraglichen Stelle: „Als von den Dienststellen der NSDAP. keine Weisungen ... gegeben wurden ..." Ursprünglich stand dagegen im Entwurf: „Als von den Dienststellen der NSDAP. trotz Anfrage keine Weisungen ... zu erhalten waren ..." Einige Zeilen später hieß es ursprünglich im Manuskriptentwurf: „Da ich feststellen (!) mußte, daß für diesen Fall von keiner verantwortlichen Stelle der Bewegung Vorsorge getroffen wurde ..." Dieser Satzanfang ist von der Hand Bests gestrichen worden.

Warum wohl? Natürlich aus keinem anderen Grunde als dem, daß Herrn Dr. Best, bevor er das Manuskript seiner Presse in Satz gab, noch rechtzeitig einfiel, daß er mit der ursprünglichen Fassung die Münchener Reichsleitung der NSDAP. vor aller Oeffentlichkeit bloßstellen würde."

Englischer Exportmord.

Immer höhere Zölle.

London, 22. April. (Eigenbericht.)

Die neue englische Zollverordnung erhöht den Normalsatz für eingeführte Fertigwaren auf 20 Proz. vom Wert. Eine beschränkte Anzahl von Gütern wird mit 50 Proz., Luxuswaren mit 25—30 Proz., Toilettenpräparate, künstliche Blumen und Juwelierwaren mit 30 Proz. belastet. Die neuen Zollsätze treten am Montag in Kraft.

Der Danziger Senat protestiert gegen deutsche und polnische Zeitungsmeldungen, wonach das Hauptquartier der Hitler-Armee nach Danzig verlegt werde.

Herunter mit der Maske!

Die Nazis als Arbeiter- und Gewerkschaftsfeinde.

Vertrauliche Richtlinien der Reichsbetriebszellenabteilung der NSDAP. — engste Zusammenarbeit mit den „Herren Pg.s Arbeitgebern" — Weckung persönlichen Neids — das Betriebsrätegesetz nur eine Frage der Taktik — Adressen- und Photosammlung aller Gewerkschaftsfunktionäre.

Ueber die Hinterhältigkeit, die sich unter der gewerkschaftsfreundlichen Maske der NSDAP. verbirgt, herrscht wohl im allgemeinen unter den Arbeitnehmern völlige Klarheit. Wenn aber etwas geeignet ist, den letzten Schleier des Zweifels über die arbeitnehmer- und organisationsfeindliche Haltung der NSDAP. zu zerreißen, dann sind es die Anweisungen der Reichsleitung der NSDAP., die sie als

„Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebsmarxismus"

herausgegeben hat.

In der Einleitung dieser „vertraulichen Richtlinien" wird noch einmal hervorgehoben, daß die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation" (NSBO.) nichts weiter „als die besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Niederringung des Betriebsmarxismus" sei. Als Gewerkschaft sei die NSBO. schon durch die Feststellung der Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt. Eine Arbeitsgerichtsvertretung durch die NSBO. könne also logischerweise nicht stattfinden. Wörtlich heißt es weiter:

„Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streiks wenig oder fast gar nicht in Betracht. **Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs. Arbeitgebern zu zerstreuen."**

Die Herren Pgs. Arbeitgeber geben den Nazis ja auch keine Gelder dazu, um Streikende zu unterstützen.

Aus den Anweisungen, die in diesen „Vertraulichen Richtlinien" über die „Werbeaktion im Jahre 1932" gegeben werden, sei hier nur ein Satz, der freilich markant genug ist, festgehalten:

„Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitende Beamte (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form."

Während also die Herren Arbeitgeber in den Betriebszeitungen mit Glacéhandschuhen anzufassen sind, ist in demselben Organ

„vor allem aufs schärfste das heutige System anzugreifen sowie die arbeiterverräterische Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bonzen. Gerade das letzte leuchtet dem Arbeiter am besten ein. So z. B. Lebensweise und Gehalt der Bonzen (insbesondere Privatleben derselben beobachten), ihren Werdegang usw.

... Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühls beim Arbeiter führen oft später zur reifen politischen Erkenntnis."

Das also sind die Wiedererwecker deutscher Art und deutschen Geistes! Ein weiterer Abschnitt der „Richtlinien" beschäftigt sich mit der Tätigkeit und den besonderen Aufgaben der NSBO.-Betriebsräte. Der NSBO.-Betriebsrat ist danach in erster Linie der Partei und der Bewegung verantwortlich.

„Die Anordnungen des Führers und der Partei sind für ihn allein maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben."

Auch das wußte man zwar schon lange, schon seit Feder's verunglücktem Rundfunkgespräch mit Prof. Nölting. Immerhin verdient dieses unfreiwillige Geständnis festgehalten zu werden.

Und nun kommt der Abschnitt, in dem diese „Richtlinien" den Gipfelpunkt dessen erreichen, was sich die NSDAP. bisher der Arbeitnehmerschaft und ihren Organisationen gegenüber geleistet hat und was bisher noch durch keine zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gekommene „vertrauliche Richtlinie" in dieser Form bekannt geworden ist.

„Die akute Gefahr droht nun weniger von seiten der RGO. und KPD. als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen. Daß dieser Kampf nur mit besonderen Mitteln geführt werden kann, liegt auf der Hand, zumal bei unserer zahlenmäßigen Schwäche in den Betrieben."

So aber sehen diese besonderen Mittel aus:

„Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betriebe **jeden marxistischen Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu verschaffen.**

Das gesamte Adressenmaterial (Photos usw.) ist über den Gau weiterzuleiten an den Sonderdienst (Abt. 1 VB 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur geknipst wird, das übrige erledigt dann die technische Abteilung.

Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, fortwährend auf dem Laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von allen schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden wird.

Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen ...

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei evtl. unerläßlichen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbrächte als eine marxistisch verhetzte."

Noch selten ist der schamlose Betrug Hitlers an den deutschen Arbeitnehmern so brutal enthüllt worden, wie das hier geschieht. Was Wunder auch! Entspricht doch die Geisteshaltung, die in diesen „Richtlinien" zum Ausdruck kommt, ganz und gar den Gedankengängen Hitlers selbst, der sich bekanntlich seinerzeit gegenüber seinem Gegner Otto Strasser bis heute unwidersprochen so geäußert hat:

„Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale ... Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die nicht wie Sie von irgendeiner Mitleidsmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen, und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrecht erhält und sichert."

Nur noch einen Satz aus den Schlußbemerkungen der „Richtlinien":

„Der Jude Mordechai hat einmal von der Athletengestalt des deutschen Arbeiters gesprochen, und es wäre ein unverzeihlicher Fehler, wenn man die Richtigkeit dieses Ausspruches übersehen würde."

Nun, die Athletengestalt des deutschen Arbeiters wird morgen Sonntag dafür Sorge tragen, daß diesen vom Unternehmertum bezahlten „Arbeiterfreunden", die sich hier wieder in ihrer wahren Gestalt zeigen, die Antwort gegeben wird, die sie verdienen:

Liste 1, Braun – Severing!

Der Kampf im Fuhrgewerbe.

Die Arbeiter lassen nicht mehr mit sich spaßen.

Der entschlossene Widerstand der Arbeiter des Berliner Schwer- und Leichtfuhrgewerbes gegen das rigorose Lohnabbaudiktat der Fuhrherrninnung ist nicht ohne Wirkung geblieben. Den am Sonntag von den Funktionären der Branche gefaßten Beschluß, jeden Versuch der Durchführung des Diktats mit der Arbeitseinstellung zu begegnen, hatten zwei Fuhrunternehmer offenbar nicht ernst genommen. Die Arbeitseinstellung war die sofortige Antwort. Nach kurzer Streikdauer verpflichteten sich die bestreikten Fuhrunternehmer, die bisherigen Löhne bis zur Neufestsetzung der Verdienste für die Gesamtbranche weiterzuzahlen. Die übrigen Fuhrunternehmer nahmen eine abwartende Stellung ein oder verpflichteten sich ebenfalls, soweit sie die Durchführung des Diktats angekündigt hatten, zur vorläufigen Weiterzahlung der alten Löhne.

Inzwischen hat der Schlichtungsausschuß mit den Fuhrunternehmern, den Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Innung und dem Gesamtverband Fühlung genommen, um ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten und den Konflikt beizulegen. Da ein Termin für diese neuen Verhandlungen noch aussteht, glauben einige Fuhrunternehmer, bis zur endgültigen Bereinigung des Konflikts im trüben fischen zu können. Diese Unternehmer wollen ihren Arbeitern solange die von der Innung diktierten Löhne zahlen, bis entweder durch Schiedsspruch oder Vereinbarung für die ganze Branche die Löhne neu geregelt worden sind.

Das Manöver soll auf Beschluß der gestrigen Vollversammlung der Arbeiter des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes durchkreuzt werden. Von diesen Unternehmern soll heute durch die Betriebsvertrauensleute die eindeutige Erklärung verlangt werden, daß sie bis zum Abschluß eines neuen Gesamtvertrages die alten Löhne weiterzahlen. Geben die Unternehmer diese Zusicherung nicht ab, soll ab Sonnabend die Weiterzahlung der alten Löhne durch Arbeitseinstellung erzwungen werden. Von jeder Arbeitseinstellung ist dem Gesamtverband umgehend Mitteilung zu machen.

Vom Schlichtungsausschuß muß verlangt werden, daß er in seiner baldigen Entscheidung den übermütigen Fuhrunternehmern eine Grenze zieht, denn mit 22 bis 28 Proz. Lohnabbau innerhalb von 1¼ Jahren haben die Arbeiter des Berliner Schwer- und Leichtfuhrgewerbes mehr als zuviel Opfer gebracht. Wenn ein Fuhrunternehmer nicht einmal mehr die miserablen Löhne zahlen kann, die jetzt in der Branche üblich sind, hat er als „Unternehmer" keine Existenzberechtigung mehr und soll von der Bildfläche verschwinden.

612 574 Berliner suchen Arbeit.

Unterstützt werden 565 772.

Im Bezirk des Landesarbeitsamts Brandenburg hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden in der Zeit vom 1. bis 15. April um 9608 vermindert, die Zahl der Unterstützungsbezieher dagegen um 33 266 Personen. In den Angestelltenberufen hat die Zahl der Arbeitsuchenden zugenommen, in Berlin allein um 4768 Personen. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden im Bezirk ist 842 088, davon 602 574 in Berlin, 212 447 in Brandenburg und 17 067 in der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Von den 177 495 Unterstützungsbeziehern in der Arbeitslosenversicherung sind 118 468 in Berlin, 55 559 in Brandenburg und 3468 in der Grenzmark.

In Berlin beziehen außer diesen 118 468 Versicherungsunterstützten 156 557 Krisenfürsorge und 231 740 Wohlfahrtsunterstützung. Von je 1000 Einwohnern werden in Berlin 29,52 von der Arbeitslosenversicherung und 39,01 von der Krisenfürsorge unterstützt.

Der Verband der Fabrikarbeiter.

In zwei Jahren über 21 Millionen Mark Unterstützung.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands zählte mit Jahresbeginn 1931 etwa 31,9 Proz. arbeitslose Mitglieder gegen 19,3 Proz. im Jahre vorher. Ende 1931 waren 40,1 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos und 23,5 Proz. arbeiteten verkürzt. Von den Mitgliedern des zum Verbande gehörenden Keramischen Bundes waren Anfang 1931 nicht weniger als 46,8 Proz. arbeitslos, am Jahresschluß jedoch 57,9 Proz. arbeitslos. In der Grobkeramik waren Anfang 1931 arbeitslos 57,1 Proz., am Jahresschluß 73,3 Proz., in der Glasindustrie 41,9 Proz. bzw. 52,1 Proz., in der Porzellanindustrie 32,2 bzw. 37,6 Proz. Auch in der Spielwarenindustrie herrscht große Arbeitslosigkeit.

Nimmt man den Lohnabbau hinzu, dann ist begreiflich, daß die Beitragseinnahmen stark zurückgegangen sind, wozu noch der Verlust von 54 000 Mitgliedern bis Ende 1931, ein Rückgang von etwa 12,4 Proz., wesentlich beigetragen hat. Unter der durchschnittlichen Mitgliederzahl im Jahre 1931 befanden sich 84 952 weibliche Mitglieder, deren Anzahl mit 15,7 Proz. stärker zurückgegangen ist als die der männlichen Mitglieder mit 11,5 Proz. 11 474 Mitglieder sind abgereist und 4203 zu anderen Verbänden übergegangen, während 4370 Mitglieder zugereist und 2215 aus anderen Verbänden übergetreten sind. Neu beigetreten sind 25 625 Mitglieder, im Jahre 1930 waren es 47 411.

Die Beitragseinnahmen sind um über 5½ Millionen Mark zurückgegangen. Die erwerbslosen Mitglieder zahlen natürlich keinen Vollbeitrag mehr, sondern nur noch Erwerbslosenbeiträge, um ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Die übrigen Beiträge sind dem Einkommen entsprechend gestaffelt und deshalb die Beitragsleistungen geringer.

Die Unterstützungsleistungen des Fabrikarbeiterverbandes sind dagegen höher geworden. Sie betrugen im Jahre 1931 insgesamt 10 696 393 Mark gegen 10 418 702 M. im Vorjahr. An der Spitze dieser Ausgaben steht die

Erwerbslosenunterstützung mit 6 117 106 Mark

(1930: 5 880 546 M.). Die Krankenunterstützung erforderte 1930: 2 146 283 M., 1931: 1 495 380 M. Die Invalidenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 1 931 739 M. (1930: 1 184 751 M.). Die Aufwendungen an Streikunterstützung stiegen von 259 107 M. im Jahre 1930 auf rund 640 000 Mark im Jahre 1931 infolge der Arbeitskämpfe in der Glasindustrie.

Mehr als 43 Millionen Mark

hat der Fabrikarbeiterverband in den Jahren 1926 bis 1931 seinen Mitgliedern an Unterstützungen gezahlt. Ein Drittel der Beitragseinnahmen im vorigen Jahre hat der Verband als Erwerbslosenunterstützung ausgegeben und insgesamt 56,94 Proz. der Einnahmen für Unterstützungen aller Art aufgewendet. Wo ist die RGO.-Sonderorganisation, die ihren Mitgliedern und vor aller Oeffentlichkeit derart Abrechnung legt wie die freien Gewerkschaften? Die Gewerkschaften und ihre Führer unausgesetzt beschimpfen und mit Schmutz bewerfen, nicht zuletzt auch den Fabrikarbeiterverband, das können die RGO.-Kommunisten. Aber weiter auch nichts.

Die Krise stellt die Gewerkschaften auf eine überaus schwere Probe. Wenn auch nicht ohne mehr oder minder schwere Opfer, so haben sie diese Probe verhältnismäßig sehr gut bestanden, was insbesondere auch für den Verband der Fabrikarbeiter gilt. Der Verband hat nicht versagt und wird nicht versagen. Aber auch die Mitglieder dürfen nicht versagen und sollten ihre Mitgliedschaft auch als Arbeitslose aufrechterhalten.

SOS-Ruf an Stalin.

Die russischen Gewerkschaften fordern Lebensmittel.

Die Gewerkschaften haben ein Telegramm an Stalin gesandt, in welchem sie den Führer der Partei begrüßen. Sie erklären sich auch bereit, für den zweiten Fünfjahresplan zu kämpfen, geben aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Parteien und die Regierung sich die Mühe geben, die Lebensbedingungen der russischen Arbeiterschaft zu verbessern. Die Arbeiter wollen Erleichterungen namentlich in der Versorgung mit Lebensmitteln haben.

Die „Rote Fahne", die so hübsch von der Familie Zint zu erzählen wußte, müßte nun auch einmal die wirklichen Lebensverhältnisse der russischen Arbeiter wahrheitsgetreu schildern. Darauf können ihre Leser lange warten.

Der Schrei des Gewerkschaftskongresses nach Brot sagt jedoch genug. **Der arbeitende russische Arbeiter lebt noch schlechter als der arbeitslose deutsche Arbeiter.**

Französischer Textilstreik zusammengebrochen.

Unter „siegreicher Führung" der Kommunisten.

Die 4500 Textilarbeiter von Vienne an der Rhone, die seit 8 Wochen im Streik standen, haben am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar zu den letzten von den Unternehmern vorgeschlagenen Bedingungen: Aufrechterhaltung der Weberlöhne, Herabsetzung der Löhne der übrigen Arbeiter um 6,85 Proz., davon die Hälfte sofort, die andere Hälfte nach einem Monat.

Das Scheitern des Streiks fällt den Kommunisten zur Last, die die Bewegung zu politischen Zwecken mißbrauchten und die Arbeiterschaft gespalten haben.

Achtung Buchdrucker!

Die gesamte Belegschaft der Druckerei des GdA., R. Boll G. m. b. H., Schiffbauerdamm 19, hat am Freitag, infolge angebotenen Lohnabbaues von 35 Proz. der Uebertariflöhne den Betrieb verlassen.

Die Kollegen werden ersucht, vor Konditionsantritt Erkundigungen beim Gauvorstand, SO 16, Engelufer 24/25, Zimmer 13, einzuholen.

Der Gauvorstand.

Achtung, Betriebsräte!

Der nächste Arbeitsrechtliche Informationsabend für Betriebsräte ist am **Dienstag, 26. April, 19 Uhr, Saal 3 oder Saal 5 des Gewerkschaftshauses.** Leiter: Genosse Dr. Bruno Broecker. Vorherige Anmeldung nicht erforderlich. Ein besonderer Hörerbeitrag wird nicht erhoben.

Neue Kurse der Berliner Gewerkschaftsschule.

SO 17. Die Wirtschaftskrise und die Pläne zu ihrer Lösung. Lehrer: Fritz Fricke. Beginn: Donnerstag, den 28. April 1932, um 18 Uhr im Sitzungssaal des Buchbinderverbandes, Engelufer 24/25, 1. Hof, Aufgang C, 3 Treppen.

Der Kursus behandelt in 6 Abenden die Ursachen und den Umfang der Wirtschaftskrise und die in der letzten Zeit gemachten Vorschläge zu ihrer Lösung. Besprochen werden die Pläne von Wagemann — Lederer — der NSB.- (Nordtinski-Tarnow-Baade-) Plan, die Vorschläge des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die des AfA-Bundes und der des Reichsarbeitsministeriums.

SO. 18. Die Tätigkeit der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in der Krise. Lohnforderungen bei Konkursen und Konkursrecht. Lehrer: Dr. Ernst Fraenkel. Beginn: Montag, den 25. April 1932, um 20 Uhr im Leibnizgymnasium, Mariannenplatz 27/28.

Die Tätigkeit des Betriebsrates ist in der Krise eine besonders schwierige. Zahlungsschwierigkeiten der Firmen führen in vielen Fällen zu ratenweisen Lohn- und Gehaltszahlungen, oft aber auch dazu, daß Arbeitnehmer bei ihren Firmen bei unterbrochenen Konkursverfahren hohe Ansprüche haben. Mehr denn je ist es deshalb notwendig, daß die Gewerkschaftsfunktionäre und insbesondere die Betriebsräte gute Sachkenner auch des Konkursrechtes sind. Eine Einführung in das Konkursrecht gibt der auf die Dauer von 6 Abenden vorgesehene Kursus.

SO. 19. Einführungskursus in das Betriebsrätegesetz. Lehrer: Fritz Fricke. Beginn: Donnerstag, den 28. April 1932, um 20 Uhr im Leibnizgymnasium, Mariannenplatz 27/28.

Der Kursus behandelt das Wahlverfahren, die Geschäftsführung, die Obliegenheiten des Betriebsrats und den Entlassungsschutz. Dauer des Kursus 5 Abende.

C. 20. Der Nationalsozialismus und die Gewerkschaften. Lehrer: Walter Eßling. Beginn: Montag, den 25. April 1932, um 20 Uhr im Sophienlyzeum, Weinmeisterstr. 16/17.

In dem Kursus werden die Ziele der NSDAP. behandelt. Die NSDAP. als Arbeiterpartei, Hitlers Urteil über die Gewerkschaften. Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Nationalsozialistische Arbeitsvermittlung. Nationalsozialisten — Lohnkampf — Streikbrecher — gelbe Werkvereine. NSDAP. und Arbeitslosenproblem. Arbeitsdienstpflicht. Dauer 6 Abende.

SO. 21. Macht und Recht — Demokratie und Diktatur. Lehrer: Dr. Theodor Haubach; Beginn: Dienstag, den 26. April 1932, um 20 Uhr im Leibnizgymnasium, Mariannenplatz 27/28.

Der Kursus soll das Verhältnis zwischen Macht und Recht in der demokratischen Staatsform und in der Diktatur grundsätzlich klären. Im Verlauf des Kursus werden als Beispiele für den Unterricht aktuelle Tagesereignisse aus den verschiedenen Ländern herangezogen.

Hörergebühr für jeden Kursus 2 M., für Jugendliche 1 M. Arbeitslose sind vom Beitrag befreit. Anmeldungen bei Beginn der Kurse.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute findet folgende Veranstaltung statt: Südkreis: 19½ Uhr Aula der Karl-Marx-Schule, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 208—210. „Jugend will werden".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Unser Singekreis übt heute von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim Tilsiter Straße 4.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Von Lügen umsponnen

Aber unsere Aufklärungsarbeit in den Landbezirken zerreißt das Netz

Der Osten, das Land der Junker, ist heute das Land der Hitler-Leute. Der Ausspruch eines Rittergutsbesitzers als Schulaufsichtsperson zu einem jungen Lehrer, der sich mit seinen Schülern mehr Mühe gab, als es dem Herrn notwendig erschien, ist bezeichnend, er sagte: „Ich brauche vor dem Pflug zwei Ochsen und hinter dem Pflug einen Ochsen." Es wird den jungen Menschen vom Lande beigebracht, daß alles, was die Redner anderer Parteien vorbringen, Lüge und Betrug sei, das man sich am besten nicht anhört. Besser noch, man stört den Redner durch dumme, massive Zwischenrufe. Die erste Aufgabe zu Beginn einer Versammlung ist also die Sicherung des Hausrechts durch den Versammlungsleiter. Da die Landjäger sehr korrekt sind und zum großen Teil noch die Methoden des alten Regimes am eigenen Leibe erfahren hatten, ist schon durch ihre Anwesenheit für verhältnismäßige Ruhe gesorgt. Denn wenn der Landjäger auf Ersuchen des Versammlungsleiters nur ein einziges Mal Ruhe gebietet, ist aller Heldenmut der Hitler-Leute von 15 bis 30 Jahren für eine Viertelstunde verflogen und sie sitzen ruhig und gehorsam wie Schuljungen, die zu laut getobt haben, da. Fast alle Landjäger erzählen unaufgefordert, daß sie diesen jungen Leuten und ihren Verführern schon vor dem ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl erklärt haben, sie wollen kein Drittes Reich, das nur eine verschlimmerte Auflage des alten Preußen Reich, das nur eine verschlimmerte Auflage des alten Preußen sei.

Die Zwischenrufe in unseren Versammlungen im Netzekreis heißen fast immer: „Kutisker und Sklarek!", beziehen sich also auf Vorkommnisse aus den Jahren 1924 bis 1929, sind aber in dieser Gegend im Jahre 1932 noch zugkräftig. Wenn man dann den Raiffeisen-Skandal und den Landbankskandal erwähnt und die Hilfe, die der preußische Staat der notleidenden Landwirtschaft erwiesen hat — allein von 1924 bis 1929 etwa 1100 Millionen Mark —, ertönt es im Chor: „Von dem Geld haben wir nichts bekommen!" Wüßten Klein- und Mittelbauern wirklich über die Machtmittel, die ihnen der Wahlzettel in die Hand gibt, Bescheid, würde die vergiftende Propaganda der Nazis bei den älteren wirkungslos bleiben. Ueberall, wo sich freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter befinden, seien es Landarbeiter, Ziegeleiarbeiter, Holzarbeiter oder Flößer, hatten wir gut besuchte Versammlungen, meistens sind Ortsgruppen da und auf alle Fälle Vertrauenspersonen. Diese einzelnen Gewerkschaftler und Parteigenossen haben dann die schwere Aufgabe, als Versammlungsschutz in die sogenannten Nazidörfer zu kommen und während der anderen Zeit — die meisten sind leider arbeitslos — Agitation von Mund zu Mund treiben. Außer den Sozialdemokraten sind nur noch die Bewohner in katholischen Dörfern resistent gegen die Lügenpropaganda der Nazis.

„Gesellschaftlich betrachtet rekrutieren sich die Nazileute aus den selbständigen Klein- und Mittelbauern und deren Kindern sowie aus den angesetzten Siedlern, die zum Teil nicht genug Land für eine auskömmliche Existenz bekommen haben. In den Kleinstädten ist es die Jugend des Mittelstandes, besonders auch die höheren Schüler und Lehrlinge, die bei Nazimeistern wohnen. Ausgesprochene Landarbeiter sind fast nie dabei, so daß der Graf von der Schulenburg statt der Arbeiter Besitzersöhne und Töchter auf seinem Rittergut beschäftigt.

Nach der Wahl wird es die Aufgabe der Partei und der freien Gewerkschaften sein, planmäßig und regelmäßig — es wird uns oft gesagt: Ja, ihr kommt immer nur zu den Wahlen — das flache Land zu bearbeiten. Inwieweit das auch von Grenzmark ist zwar politisch frei, sich ihrer Macht als Masse in der Neumark geschehen kann, wäre zu überlegen. Die Bevölkerung der Grenzmark ist zwar politisch frei, ihrer Macht als Masse in der Republik aber noch nicht bewußt. Genau so geduckt und armselig wie die Katen um die Herrenhäuser stehen und sich die kleinen zum Teil noch strohgedeckten Häuser an die Hügel schmiegen, ist ein großer Teil der Bevölkerung. Sie durch den Sozialismus zu freien Bürgern der Republik zu erziehen, ist die Aufgabe von Partei und Gewerkschaften.

*

Eine vom besten Kampfgeist getragene öffentliche Kundgebung veranstalteten die Köpenicker Genossen in dem bis auf den letzten Platz gefüllten großen Saal des Stadttheaters. Hier sprach in mahnenden und zündenden Worten Genossin Klara Bohm-Schuch; sie zeichnete in klaren Zügen das wahre Gesicht des Faschismus, dessen Wahlkampf aus guten Gründen vom Kapitalismus finanziert wird, und schilderte die ganze Erbärmlichkeit ihrer politischen Helfershelfer, der Kommunisten. Eine Welle der Begeisterung durchflutete die Massen, als sie, nach einem besonders zu Herzen gehenden Apell an die in großer Zahl anwesenden Frauen und an die Jugend, zum Kampf aufrief für das Preußen Otto Brauns und Severings, dem sicheren Hort der Ordnung, der staatsbürgerlichen Freiheit, dem Hort der Demokratie in Deutschland. Die eindrucksvolle Kundgebung war für die Anwesenden eine Feierstunde, eingeleitet und umrahmt von Musikdarbietungen des Reichsbanners, von Freiheitsliedern der Arbeitersänger, von aufrüttelnden Rezitationen. Sie war mit echtestem Kampfeswillen und Zuversicht erfüllt.

Motorstaffel „Solidarität" in der Neumark.

Die Motorstaffel von „Solidarität" fährt auf Landagitation! Ueber Alt-Landsberg geht es nach Strausberg. Hier ist erster Halteplatz, Propagandamaterial wird übernommen, die Farben der Republik werden an den Fahrzeugen befestigt, Plakate, die auffordern, Braun-Severing zu wählen, werden sichtbar angebracht und weiter geht es nach kurzer Rast. Von Strausberg nach Wriezen wird Dorf für Dorf mit Flugblättern belegt. Ueberall erweckt die Motorstaffel Begeisterung bei den Anhängern der Republik. Ihr müßt öfter kommen! hört man allgemein rufen. In manchen Dörfern sieht es böse aus. Junge Burschen, mit dem Hakenkreuz geschmückt, glaubten hier und da die Staffel provozieren zu können. Jedoch verduften sie schnell, wenn sie die stattliche Zahl der Fahrzeuge und Besatzung übersahen. Von Wriezen geht es nach Küstrin in der Neumark, dem Femenest der schwarzen Reichswehr. Unterwegs erlebt man noch manch ergötzliches Schauspiel. Den Spießern blieb die Spucke weg, wenn sie die „Rote Motorstaffel" vorüberziehen sahen. In Küstrin kam es zu jener stattlichen Kundgebung, über die der „Vorwärts" bereits berichtet hat. Als es an die Heimfahrt ging, hieß es: Kommt bald wieder! In Tardorf wird nochmals kurze Rast gemacht und die vorbeifahrenden „roten Radfahrer", die ihre Werbefahrt nach Kalkberge gefahren hatten, begrüßt. Dann wurde in flotter Fahrt die letzte Strecke bewältigt.

Nazi-Schwarz, früher KPD.

Ohnmachtsanfälle im Felseneck-Prozeß.

Im Felseneck-Prozeß ist man auch gestern nur wenig vorwärts gekommen. Dafür gab es um so mehr Zwischenfälle. An der Reihe war der dritte Nazi-Angeklagte, der SA.-Mann Schwarz. Er gehörte zur Zeit der Felseneck-Bluttat erst seit acht Wochen der NSDAP. an. Aehnlich wie sein Mitangeklagter und Parteigenosse Dorst, der ihn schwer belastet, war er früher Mitglied der KPD. Schwarz bestreitet mit aller Entschiedenheit, an dem feigen Ueberfall auf den Arbeiter Klemke beteiligt zu sein. Er habe abseits gestanden, und zwar neben einem Schupo, der den SA.-Zug begleitete. Ob das der Wahrheit entspricht, wird ja die Verhandlung erweisen. Dorst aber, der bei der Polizei mit voller Bestimmtheit Schwarz als denjenigen bezeichnet hat, der mit den anderen SA.-Leuten über Klemke hergefallen ist, schränkt jetzt seine Aussage ein; er glaubt, daß auch Schwarz dabei gewesen sei.

Die Vernehmung des Schwarz war noch nicht zu Ende, als der Angeklagte Kommunist Genz in Ohnmacht fiel. Der Angeklagte Hohmann stieß noch hervor, das sei weiter kein Wunder, da er und seine Kameraden ja keine Freistunde hätten, und verfiel in Krämpfe. Die Verhandlung wurde unterbrochen, die beiden Angeklagten aus dem Saal getragen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der Vorsitzende, daß laut der von ihm eingeholten Information es tatsächlich zutreffe, daß ein Teil der Angeklagten in den letzten Tagen ohne Freistunde gewesen sei, da sie sich im zweiten Turnus befanden und wegen des frühen Beginns des Prozesses nicht mehr auf den Hof hinausgelassen werden konnten. Dem sollte in Zukunft abgeholfen werden.

Die Verteidiger sahen sich durch diesen Zwischenfall veranlaßt, auf Grund der angeblichen Haftunfähigkeit eines Teiles der Angeklagten Haftentlassung zu beantragen. Sie berieten sich bei ihrem Antrag u. a. auch darauf, daß von der großen Anzahl der SA.-Leute, die am 18. Januar an dem SA.-Zug nach Felseneck teilgenommen haben, nur 6 auf der Anklagebank säßen. Es liege unter solchen Umständen kein Grund vor, eine so große Zahl von Kommunisten in Untersuchungshaft zu halten.

Das Gericht lehnte sämtliche Anträge auf Haftentlassung ab und beauftragte die Gerichtsärzte Dr. Ewers und Dr. Leppmann, acht angeklagte Kommunisten auf ihre Haftfähigkeit hin zu untersuchen. Die Verhandlung wurde bis Montag ½10 Uhr ausgesetzt.

Das Kreuz ins erste Feld

Von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags wird am Sonntag gewählt

Die Neuwahl des Preußischen Landtags findet morgen Sonntag, den 24. April, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in den dafür bestimmten Wahlräumen statt. Gegenüber der Reichspräsidentenwahl beginnt die Landtagswahl also eine Stunde früher und ist auch eine Stunde früher beendet.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Lage der Wahlräume sind von den Bezirksämtern für ihre Verwaltungsbezirke

Landtagswahl 1932

Wahlkreis Berlin

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1	☒
2	Deutschnationale Volkspartei	2	○
2a	Radikaler Mittelstand	2a	○
3	Preußische Zentrumspartei	3	○
4	Kommunistische Partei Deutschlands	4	○
4a	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten	4a	○
5	Deutsche Volkspartei	5	○
5a	Volksrecht-Partei	5a	○
6a	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.	6a	○
6b	Deutsches Landvolk — Deutsche Rechte	6b	○
6c	Nationale Beamte, Angestellte und freie Berufe	6c	○
7	Deutsche Staatspartei	7	○
8	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	8	○
8a	Deutsch-Völkische Freiheitspartei		
12			

durch Säulenanschlag bekanntgegeben. Aus diesen Bekanntmachungen wollen die Wähler ihren zuständigen Wahlraum selbst feststellen. Die bei der Wahl zu verwendenden Stimmzettel sind amtlich hergestellt und enthalten alle zugelassenen Kreiswahlvorschläge, die Partei und die Namen der ersten vier Bewerber jedes Vorschlags. Nur diese amtlichen Stimmzettel dürfen bei der Wahl verwendet werden. Auf jedem Stimmzettel darf nur ein Wahlvorschlag gekennzeichnet werden. Stimmzettel, die mehrfach oder überhaupt nicht gekennzeichnet sind, sind ungültig. Die Stimmabgabe kann nur im Wahlraum des Wahlbezirks erfolgen, in dessen Wählerliste der Wähler eingetragen ist. Inhaber von Wahlscheinen können in jedem beliebigen Wahlbezirk Preußens wählen.

Dein Kreuz gehört ins erste Feld

Otto Braun im Rundfunk.

Heute abend um 19.30 Uhr spricht Preußens Ministerpräsident Otto Braun vor dem Mikrophon des Berliner Senders, um den Wählern einen Rechenschaftsbericht seiner Regierung zu geben. Die Rede wird auf sämtliche preußischen Sender übertragen.

Aus Berliner Postämtern.

Ein Beamter von ehemals.

Seit einiger Zeit sind in den Dienststellen der Berliner Postämter kleine Hefte ausgehängt, die eine vom Reichspostministerium herausgegebene „Anweisung zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten im Bereiche der Deutschen Reichspost" enthalten. Diese Anweisung hat einige Anhänge, darunter auch einen, der das im Jahre 1900 erlassene Reichsgesetz zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten enthält. Es wäre gegen diesen Anhang ebensowenig einzuwenden wie gegen die ganze Anweisung des Reichspostministeriums, wenn darin nicht der vor über 13 Jahren entschlafenen Monarchie der Hohenzollern ein Denkstein gesetzt wäre.

Der erste Anhang beginnt nämlich mit der bis 1918 üblichen Einleitung von Gesetzen: **„Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden . . .**", um ebenso hohenzollerisch zu enden: „Gegeben Travemünde, den 30. Juni 1900. Wilhelm. Graf von Posadowsky."

Man sollte meinen, daß auch dem Beamten im Reichspostministerium, der für die Herausgabe und vor allem Drucklegung der Anweisung verantwortlich ist, schon aufgefallen sein dürfte, daß er seit Ende 1918 sein Gehalt nicht mehr durch einen Wilhelm von Gottes Gnaden erhält, sondern von der Deutschen Republik. Die Anweisungen nebst ihren Anhängen sind nämlich nicht etwa noch aus der Zeit vor 1918 übriggeblieben, sondern im vorigen Jahr in der Reichsdruckerei gedruckt.

Auch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 sollte im Reichspostministerium nicht ganz unbekannt sein, in deren Artikel 179 es bezüglich der Gesetze, die aus dem kaiserlichen Deutschland übernommen worden sind, heißt: „Soweit in Gesetzen oder Verordnungen auf Vorschriften und Einrichtungen verwiesen ist, die durch diese Verfassung aufgehoben sind, treten an ihre Stelle die entsprechenden Vorschriften und Einrichtungen dieser Verfassung."

Darüber, daß zu solchen Einrichtungen außer dem im Text mehrfach erwähnten „Kaiserlichen Gesundheitsamt" auch Wilhelm von Gottes Gnaden gehört, wird es höchstwahrscheinlich im Reichspostministerium selbst keinen Streit geben. Wir nehmen an, daß hier ein höherer Ministerialbeamter der Republik eine Nase drehen wollte. Vielleicht hatte dieser „Diener der Republik" sogar in nationalsozialistischen Kreisen eine Wette abgeschlossen, daß ihm im 13. Jahr des Bestehens der Republik ein solcher Streich nicht im geringsten schadet. Was sagt übrigens das Reichspostministerium dazu?

Zur Baumblüte in Werder.

Halbstündlicher Verkehr Berlin—Werder.

Anfang Mai werden die Obstgärten von Werder in voller Blüte stehen, und Eisenbahn und Schiffahrt treffen schon jetzt Vorbereitungen, um den starken Baumblütenverkehr zu bewältigen. Die Reichsbahn wird den Verkehr zwischen Berlin und Werder bei Bedarf an den Sonntagen um etwa 100 Züge verstärken. Damit wird eine halbstündliche Zugverbindung geschaffen, während der regelmäßige Fahrplan nur alle Stunde einen Zug nach Werder vorsieht. Die Einsatzzüge werden auf den Strecken Berlin—Werder und Potsdam—Werder verkehren. Wochentags fahren bei Bedarf zwischen Potsdam und Werder Pendelzüge zur Verstärkung.

Die Berliner Reedereien, die den Dampfer- und Motorbootsausflugsverkehr bedienen, werden ihre Blütenfahrten nach Werder voraussichtlich am Sonntag, 1. Mai, aufnehmen. Als Auftakt für die Werderfahrten veranstalten die Reedereien am Sonnabend, 30. April, eine Korsofahrt quer durch Berlin mit girlanden- und fahnengeschmückten Schiffen. Die Korsofahrt wird mittags an der Mühlendamm-Schleuse beginnen und bis nach Charlottenburg führen, wo an der Eisenbahnüberführung bei der Jungfernheide kehrtgemacht wird. Abends werden die Schiffe illuminiert zurückkehren.

Ein Selbstfahrer ist Herrn Karl Kuhnert, Berlin W. 57, Goebenstr. 7, in der Nacht zum 20. zum 21. April gestohlen worden. Da der Bestohlene infolgedessen nicht imstande ist, seinen Beruf nachzugehen, wird gebeten, darauf zu achten, wenn der Wagen irgendwo auftaucht und Herrn Kuhnert Nachricht zu geben.

Vergleiche! Opel der wirtschaftlichere Wagen!
1,2 LITER 4 ZYLINDER VON RM 1890 AN ab WERK

Max Reinhardts Abschied.

Am Freitagabend versammelte Max Reinhardt die Vertreter der Berliner Presse im Konferenzsaal des Deutschen Theaters, um vor der Oeffentlichkeit die Gründe für seinen Rücktritt darzulegen. Denn die Verträge, durch die Dr. Beer, bisher Direktor des Deutschen Volkstheaters in Wien, als Generalpächter die beiden Häuser des Deutschen Theaters und der Kammerspiele übernimmt, sind seit gestern unterzeichnet.

Reinhardt verzichtet auf jede geschäftliche, aber auch auf jede künstlerische Beeinflussung seines Nachfolgers. Juristisch steht ihm keine Macht mehr zu. Ihm bleibt nur so viel Macht, wie er selbst verlangt, und wie der neue Herr ihm freiwillig einzuräumen geruht. Ueber die Zukunft des Unternehmens wurde nur mitgeteilt, daß Karlheinz Martin als künstlerischer Berater dem vielfach erprobten Organisator und Praktiker Dr. Beer untergeordnet wird. Die Zusammenkunft gestaltete sich zu einer kleinen Abschiedszeremonie für Max Reinhardt, der selbst auf die Bitte von Dr. Faktor, dem Vorsitzenden des Berliner Kritikerverbandes, die Gedächtnisrede hielt. Vor 36 Jahren begann Reinhardt als junger Schauspieler, von Otto Brahm entdeckt, am Deutschen Theater seine Tätigkeit. Er setzte den Geist seines ausgezeichneten Vorgängers fort. Ja, er schuf und befestigte erst jenen Weltruhm des Deutschen Theaters, der heute internationale Geltung besitzt, und der nicht wegzuleugnen ist, obwohl Reinhardt jetzt, in der Stunde der Krise, die Geburts- und Vollendungsstätte seiner Lebensarbeit verläßt.

Der Glanz, der vom Deutschen Theater ausging, ist Reinhardts Werk. Eines der wichtigsten Kapitel moderner Theatergeschichte darf seinen Namen tragen. Die Dichter, denen er sein Regisseurgenie schenkte, wurden zwar nicht, wofern sie die vorwärtsdrängenden Repräsentanten der Dramatik waren, von ihm entdeckt, sie wurden aber von ihm verwöhnt durch schöpferische Anbetung. Er sicherte der Darstellung ihrer Werke die blendende, sogar die unübertreffliche Vollkommenheit. Er war dagegen ein unbedingt zuverlässiger Entdecker der schauspielerischen Originalität. Ueberall, wo eine Rolle mit dem komödiantischen Temperament harmonierte, setzte Reinhardts produktive Regie ein, vor allem seine großartige am Darsteller geübte Pädagogik. Sein Name wurde der internationalste unter den theatralischen Berühmtheiten der alten und neuen Welt. Reinhardt sprach seine Abschiedsworte ruhig, unfeierlich, sogar ohne Schmerz. Er machte seine Jahre und seine Gesundheit und seine besondere Künstlernatur dafür geltend, daß er von jetzt ab nur als Theaterregisseur und nicht mehr als geschäftsbeschwerter Theatergeschäftsmann zu leben wünscht. Er wehrte sich dagegen, daß seine stillen und offenen Gegner nun fürchten, ihn nur noch als Revueregisseur und als Propagandisten für den internationalen Theaterluxusmarkt zu sehen. Er äußerte seine Hoffnung, noch einmal den Dichter zu finden, der der Rheinhardtschen Phantasie und Empfindung würdig sein möge. Ueber dieses Maß der Verheißung hinauszugehen, lehnte er ab, als man von ihm anstatt der Träumerworte ein festes Tatprogramm erbat. Der Vertrag, den er mit Dr. Beer einging, gewährt ihm alle Freiheit. Die Berliner werden vielleicht noch einmal eine Reinhardtsche Regie genießen, vielleicht auch nicht.

Das war das von den Anwesenden mit Wehmut quittierte Erlebnis der Aussprache, die der Abschiednehmende den Vertretern der Berliner Presse gönnte.

M. H.

Das „Vorwärts"-Haus im Wahlkampf.

Wenn man in diesen Tagen von der neuen Durchbruchstraße am Spittelmarkt in die Lindenstraße einbiegt, sieht man schon von hier trotz der großen Entfernung die vom obersten Stockwerk bis zur ersten Etage reichende riesige rote Fahne des „Vorwärts"-Hauses, auf der mit weißen Buchstaben „Wählt Liste 1 S. P. D." zu lesen ist. Neben den Schaufenstern des „Vorwärts" hat sich in einem Eckschaufenster ein Kleinkino aufgetan. Die Lichtbildabteilung der Partei zeigt hier Abend für Abend wirkungsvolle Bilder zur Preußenwahl, und jedesmal findet die Vorführung eine große Anzahl stark interessierter Zuschauer. Auch die gleich daneben liegenden Schaufenster der Dietz-Buchhandlung werden durch wirkungsvolle Anordnung von Wahlplakaten für die Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und finden gleichfalls große Aufmerksamkeit.

Der nationalistische Terror

Eine wertvolle Ausstellung zur Preußenwahl

Im Pschorrhaus am Potsdamer Platz hat die Liga für Menschenrechte eine sehr beachtliche Ausstellung veranstaltet, die den vom Nationalsozialismus in den letzten Jahren ausgeübten Terror in seiner ganzen schreckhaften Deutlichkeit zeigt.

Da liest man ohne den Zusatz auch nur irgendeiner Phrase die mahnenden Zeilen: Vom Dezember 1929 bis zum Dezember 1931 sind von den Nationalsozialisten in Deutschland 1480 Gewalttaten verübt worden, bei denen es 62 Tote und 3200 Verletzte gab. Man sieht das Rüstzeug der braunen Horden, die Schlagringe, die Stahlruten, die Knüppel, die man ihnen abgenommen hat. Mit Scham steht man vor den Photographien, die uns die ehrlosen Schändungen von Grabstätten zeigen, und mit Zorn und Trauer blickt man auf die Bilder der gemordeten, angeschossenen oder durch Messerstiche verletzten Arbeiter. Die Drohbriefe, die feige anonyme Schreiber an Severing oder Hellmuth von Gerlach gerichtet haben, sind im Original zu betrachten. Zitate aus nationalsozialistischen Blättern und trockene Berichte aus republikanischen Zeitungen sind wiedergegeben und man liest eine Seite aus dem Buche „Justizdämmerung" von Elcke von Repkow mit den Worten: „Hemmungslose Mordlust ist das Kennzeichen der Blutjustiz des Dritten Reiches". Name für Name, Ziffer für Ziffer sind auf einer Tafel die Opfer des braunen Terrors aufgezeichnet: Allein die vier Monate des Jahres 1932 weisen die entsetzliche Ziffer 38 auf. Reiches Referentenmaterial dient dem Besucher, der sich über die nationalsozialistische Schande unterrichten will. Die Bilder Rathenaus und Eisners, Futrans und Landauers und der anderen so wertvollen Opfer mahnen. Interessant ist die im Lichtbild wiedergegebene Tätowierung auf dem Arm des nationalsozialistischen Sturmführers Brinkmann aus Osnabrück, der sich vor einem halben Jahr eine Selbstverletzung beibrachte. Man liest neben einem Herzen, das durch einen Dolch durchbohrt ist, die Worte „Rache — Heil Moskau. KPD."

Die Ausstellung ist nur noch wenige Tage geöffnet. Es lohnt sie noch vor der Entscheidung des 24. April zu besuchen.

Nazi provozieren weiter!

Schießereien und Schlägereien.

In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es in der Gipsstraße im Norden Berlins und am Halleschen Tor zu Ausschreitungen nationalsozialistischer Rowdies. Gleichzeitig versuchten Kommunisten einen zum Lustgarten marschierenden Zug der Sozialdemokratischen Partei zu provozieren. Diese Versuche scheiterten jedoch an der mustergültigen Disziplin der Parteigenossen. Als die Moskaujünger in der Fruchtstraße sogar zum tätlichen Angriff übergingen, schaffte ein Begleitkommando der Schupo in wenigen Minuten Ordnung.

An der Ecke Gips- und Auguststraße gerieten Kommunisten und Nationalsozialisten aufeinander. Ein Hakenkreuzler zog eine Pistole und feuerte einen Schuß ab, durch den ein Kommunist so schwer verletzt wurde, daß er ins Hedwigs-Krankenhaus transportiert werden mußte. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht. — Am Halleschen Tor wurde ein Zeitungshändler des „Angriff" gegen einen Passanten tätlich. Der Raziburschе schlug mit so brutaler Gewalt auf den Mann ein, daß er mit einem Nasenbeinbruch und inneren Blutungen ins Urbankrankenhaus übergeführt werden mußte. Der Täter wurde vom Polizeiposten am Halleschen Tor festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Kommunisten als Fahnendiebe!

Wie nachträglich bekannt wird, haben Kommunisten ähnlich wie im Hause Putbusser Straße 9 auch auf dem Grundstück Putbusser Straße 16 eine große Flagge in den Reichsfarben gestohlen. Kommunistische Banditen begaben sich heimlich auf den Dachboden des Hauses, brachen den Stiel der Fahne ab, die Eigentum der 14. Abteilung der SPD. ist, und flüchteten über die Nachbardächer. Während der kommunistischen Aktion hatten sich vor dem Hause Kommunisten angesammelt, die johlend das Werk ihrer Gesinnungsgenossen begrüßten. So wird „Weltrevolution" gemacht!

*

In Mahlsdorf-Nord erschienen am Freitagnachmittag in der Arbeitersiedlung „Gartenheim" 20 Hakenkreuzler und fielen über eine Gruppe von vier Kommunisten her, die dort Flugblätter verteilten. Die Kommunisten flüchteten, bis ihnen Mahlsdorfer Einwohner zu Hilfe kamen. Als das Ueberfallkommando anrückte, flüchteten die Nazis. Acht von ihnen konnten später festgenommen werden. Auf dem „Kampfplatz" wurden Dolche und Totschläger gefunden, die von den Nazis auf der Flucht fortgeworfen worden waren. Wie uns aus Mahlsdorf mitgeteilt wird, provozieren die Hakenkreuzler schon seit vielen Tagen. Gestern haben sie nun eine unerwartete Abfuhr erlitten.

Es wäre wünschenswert, daß die Schupo den Ortschaften an der Peripherie Berlins während des Wahlkampfes mehr Aufmerksamkeit schenkt, um weitere blutige Zwischenfälle zu vermeiden. Bei der gestrigen Schlägerei haben mehrere Arbeiter Kopfverletzungen und Stichwunden erlitten.

Feuer im Lunapark.

Berg- und Talbahn zum großen Teil vernichtet.

Im Berliner Lunapark brach gestern nachmittag kurz nach drei Uhr in der Berg- und Talbahn ein Brand aus, durch den ein großer Teil dieser Vergnügungsanlage vernichtet wurde. Tischler und Zimmerleute, die an der Berg- und Talbahn arbeiteten, um sie für die für den 30. d. M. in Aussicht genommene Eröffnung des Lunaparks wieder instand zu setzen, bemerkten plötzlich, wie aus dem an der Seite nach dem Wellenbad zu gelegenen Teil der Holzkonstruktion in etwa 10 Meter Höhe über dem Erdboden Flammen herausschlugen, die schnell um sich griffen. Sie schlugen Alarm, worauf das Rettungspersonal des Lunaparks mit den dort vorhandenen Feuerlöschgeräten erschien, aber gegen den sich immer weiter ausdehnenden Brand nur wenig ausrichten konnte. Wenige Augenblicke später traf der erste Löschzug an der Brandstelle ein, dessen Führer angesichts der gefährlichen Situation sofort Nachalarm gab, worauf drei weitere Löschzüge unter Leitung von Branddirektor Podziech und Oberbaurat Berg nach dem Lunapark eilten. Inzwischen schlugen die hellen Flammen aus dem obersten Teil der Berg- und Talbahn heraus, denn das Feuer hatte sich inzwischen bis in die höchste Kurve der Bahnanlage durchgefressen, wobei die Flammen an dem trockenen Holzwerk des Gerüstes reiche Nahrung fanden. Im ganzen dürfen etwa 100 Quadratmeter, also ein beträchtlicher Teil der Berg- und Talbahn vernichtet sein, während die sonstigen Anlagen des Lunaparks von dem Feuer nicht betroffen wurden.

Autobusunglück bei Prag.

Vier Tote, zwölf Verletzte.

Prag, 22. April.

Etwa 1,5 Kilometer von der äußeren Stadtgrenze Prags entfernt stieß der Autobus Bodenbach—Prag mit einem Karren zusammen, dessen Führer und Begleiter schwer verletzt wurden. Der Autobus durchbrach dann das Straßengeländer, stürzte fünf Meter tief die Böschung hinunter und überschlug sich. Die 15 Insassen wurden mit Ausnahme des Chauffeurs sämtlich verletzt, vier davon tödlich. Bei den meisten mußten sofort Operationen vorgenommen werden. Es handelt sich durchweg um Sudetendeutsche. Nur ein einziger reichsdeutscher Staatsangehöriger namens Erich Antrag aus Bodenbach befindet sich darunter, der an Kopf und Fuß verletzt ist.

48]

Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Und jetzt ziehen wir wieder in langer Marschkolonne die Chaussee entlang. Es ist noch ganz dunkel. Irgendwo in unserer Nähe marschieren auf Parallelwegen andere Kolonnen. Man hört ihre Bagagen und ihre Artillerie, Hufgetrappel, Metallgeklapper und Pferdegewieher. Wir zittern vor Kälte, mummeln uns ein und klappern mit den Zähnen.

Wir begegnen einer großen Menge jüdischer Flüchtlinge. Sie haben die umliegenden Marktflecken verlassen und ziehen ins Unbekannte, ebenso wie die polnischen Bauern, die wir früher getroffen haben.

Sie haben nur wenige Wagen. In der Menge der Flüchtlinge wirken sie wie einzelne graue Flecken. Sie sind mit armseligem Gerümpel beladen und werden von kleinen, elenden Gäulen gezogen, denen die Haare ausgefallen sind, deren Knochen weit vorstehen und die kaum mehr die Beine bewegen können.

Die Frauen haben die kleinen Kinder, auf Lumpenhaufen gebettet, in den Armen. Die Frauen sind müde vom Tragen, atmen schwer und haben beim Gehen eine besondere Art, ihre Oberkörper zurückfallen zu lassen, so daß die Bäuche auf eine groteske Weise vorquellen. Viele sind schwanger. Frauen und Kinder sind in Tücher, Schals und Decken gehüllt.

Die alten Männer haben zerrissene, geflickte, vom Alter grün gewordene Pelze mit rötlichen Hundefellkragen an. Sie setzen mühsam einen Fuß vor den anderen und stützen sich dabei auf ihre Stöcke. Auf ihren gekrümmten Rücken liegt das Unglück wie eine ungemessene Last.

Die vorangeschickten Patrouillen sind verschwunden. Wir haben keine Verbindung mit ihnen. Die Aufklärung hat längst ergeben, daß der Feind nahe ist, doch fehlt es an zuverlässigen Nachrichten. Wir marschieren ganz langsam. Neue Patrouillen werden ausgeschickt. Tschaika erklärt, falls der Feind eine im voraus befestigte Stellung bezogen habe, könne es für ein Aufklärungskommando nicht schwer sein, genauere Nachrichten zu beschaffen. In diesem Fall könne man in Marschkolonne nur bis zum Beginn der Infanteriefeuerzone vorgehen. Hier müsse man sich dann rasch eingraben, um sich eine Ausgangsstellung für den Angriff zu schaffen.

In der Sprache der Felddienstordung klingt das alles sehr hübsch.

Aber jetzt ist die Sache insofern anders, als die Patrouillen Gott weiß wohin geraten sind und von zuverlässiger Aufklärung gar keine Rede ist.

Und plötzlich knattert eine Gewehrsalve. Dann setzt ein regelmäßiges und heftiges Geschieße ein.

„Schwärmen! Dreizehnte und vierzehnte Kompanie rechts heraus, fünfzehnte und sechzehnte links vom Wege. Ein—gra—benn!"

Wir laufen aus Leibeskräften über den gefrorenen, höckeragen Boden. Wir lassen uns hinfallen, greifen zu Spaten, Beilpicken und Hacken. Wir befinden uns im Feuerbereich. Wir schanzen mit großer Anstrengung und fürchten uns, den Kopf zu heben. In einer solchen Situation ist an ein kräftiges Ausholen mit dem Spaten kaum zu denken.

Wir legen keinen zusammenhängenden Schützengraben an. Jeder höhlt sich ein rundes Loch aus und kriecht hinein. Jetzt vertiefen wir unsere Mulde und verbreitern sie nach unten hin.

Dort kauern wir zusammengeduckt und decken den Kopf mit dem Spaten, wenn die Schrapnellkugeln niederprasseln.

Aber nicht alle haben Spaten, viele haben nur Hacken und Beilpicken, also nichts, womit sie den Kopf decken können.

Irgendwo, nicht sehr weit hinter uns, ist unsere Gebirgsbatterie aufgefahren. Sie beschießt die deutschen Stellungen und jeder Schuß hat diesen sonderbaren Ton: Pa—u.

Es ist, als schreie eine durchdringende Frauenstimme und als schleudere die Frau zugleich Feuer aus ihrem Munde:

„Pa—u! Pa—u—u! Pa—u—u—u!"

— Die Geschosse streifen die Wipfel der Waldbäume, oder es scheint doch wenigstens so, denn im Walde rauschen die Bäume beim Schießen, das trockene Laub raschelt und das ferne Echo heult zurück:

„Au—u! Au—u—u! Au—u—u—u!"

Tschaika hat einen Anfall seines alten Rheumatismus. Handwurzeln und Finger tun weh und lassen sich kaum bewegen. An den Gelenken haben sich verunstaltende Knoten gebildet. Er weiß nicht, wo er seine Hände lassen und wie er sie warm bekommen soll. Er kann vor Schmerzen nicht schlafen. Wenn er eine Minute geschlummert hat, stöhnt er im Schlaf leise auf, brummt etwas vor sich hin und ist gleich darauf wieder wach. Er fiebert.

Ich rauche meine Pfeife an und gebe sie ihm, damit er sich die Hände daran wärmt. Beim Licht des aufglimmenden Streichholzes sehe ich Tschaikas gelbliches Gesicht und seine müden, krankhaft glänzenden Augen.

Tschaika spricht aufgeregt, in abgerissenen Sätzen:

„Da liegt man nun in dieser schwarzen Grube. Kann schon gar nicht mehr glauben, daß es auch ein anderes Leben gibt. Daß es Wärme gibt, Ruhe, Behagen. Daß ein Kranker auch im Bett liegen kann, es warm haben und schlafen kann. Ich glaube nicht mehr daran, daß es irgendwo einen Seestrand gibt, Blumen, nette Mädchen, gute Bücher, irgend etwas, was man gern hat . . ."

Ja, da hat er recht.

Ich schmutziges, verlaustes, hungriges, stinkendes, erbärmliches Wesen, wie kann ich, nachdem ich monatelang wie ein Wurm in der Erde herumgewühlt habe, wie kann ich noch glauben, daß es Leben, Glück, Ruhe geben soll? Ich glaube ja nicht einmal daran, daß es das einmal gegeben hat.

Blauer Himmel, flimmernde Sonne, der Duft blühender Wiesen, — nein, das sind Phantasien, poetische Erfindungen, alberne Redensarten.

Nein, es gibt nichts als Schützengräben, gräßliche, frostharte Gruben, in denen hüben und drüben Millionen sitzen.

Der Telephonist wiederholt schläfrig und monoton: „Leitungsprobe."

Irgendwo flammen Leuchtraketen auf, und ein kleiner Lichtstrahl fällt für einen Augenblick auch in den Unterstand. Der Apparat quäkt. Telephonogramm:

„. . . und einen neuen Angriff um Punkt zwölf Uhr zu unternehmen. Vorgehen in Schützenketten, möglichst große Entfernung geräuschlos zurücklegen. Im Falle des Entdecktwerdens zum Sturmangriff vorgehen und den Feind aus den Gräben werfen . . ."

Neues Entsetzen. Wie soll man bei dieser undurchdringlichen Dunkelheit angreifen? Wir können nichts sehen. Wir stoßen mit den eigenen Leuten zusammen und schlagen einander tot. Dann sind da noch die Drahthindernisse. Unterwegs gibt es Gruben, Erdhügel, Unebenheiten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Arbeitsinvaliden

für ein republikanisches Preußen.

In mehr als 50 Versammlungen nahmen die Opfer der Arbeit in Groß-Berlin Stellung zu den Wahlen zum Preußischen Landtag am Sonntag. Die vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands einberufenen Versammlungen waren außerordentlich gut besucht und zeugten von dem Kampferwillen der Arbeitsinvaliden.

Die Wahlen zum Preußischen Landtag sind auch für die Arbeitsinvaliden von großer Bedeutung. Auch für die Rentenempfänger steht bei dieser Wahl außerordentlich viel auf dem Spiel. Die Länderregierungen stellen ihre Vertreter zum Reichsrat, jener gesetzgebenden Körperschaft, die neben dem Reichstag die Gesetze mit beschließen muß. Ob in Preußen Nationalsozialisten oder Republikaner sitzen, ist daher für die Zusammensetzung des Reichsrats nicht gleichgültig.

Die Nationalsozialisten wollen die Fürsorge beseitigen und die alte Armenpflege wiedereinführen, jenen Zustand, wo den „Armen" für eine Unterstützung von fünf Mark wöchentlich für die ganze Familie auch zugleich alle gesellschaftlichen Rechte, wie Wahlrecht und Bekleidung öffentlicher Aemter, aberkannt wurden, so daß sie recht- und ehrlos waren. Bei einer Naziregierung wären die Rentenempfänger ganz auf die Gnade jener „rauhen Kämpfer" angewiesen, die für die Arbeitsinvaliden nur Hohn und Spott übrig haben. Die politische Freiheit der Rentenempfänger ist für den noch zu führenden Rentenkampf unbedingt notwendig. Wir können keine Diktatur ertragen, weil uns dadurch die Kampfesmöglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen vernichtet würden.

Es geht um Sein oder Nichtsein der Republik. Aufgabe der Arbeitsopfer muß es sein, alle Kräfte mobil zu machen und gegen die Rechtsparteien und den Naziterror Front zu machen. Die Nazis sind die Schutztruppe des Kapitals. Darum alle Stimmen gegen sie!

Jeder sollte dafür sorgen, daß seine Kinder nicht einer Partei ihre Stimme geben, die ihnen die Renten rauben will, keiner Partei, die die Sozialversicherung bekämpft.

Es geht um das Schicksal Preußens, um die Macht im Reich, um die elementarsten Lebensrechte der deutschen Arbeiterschaft und um das Schicksal der Renten- und Unterstützungsempfänger. Deshalb darf am Sonntag kein Arbeitsinvalide, kein Unterstützungsempfänger zu Hause bleiben. Alle müssen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Arbeitsopfer Berlins! Stimmt am Sonntag für die demokratische Republik! Gegen den Faschismus!

Die Einsturzkatastrophe von Bastia.

Bisher 15 Tote und 30 Verletzte.

In Bastia auf Korsika war, wie im „Vorwärts" berichtet, während einer Gerichtsverhandlung im Justizpalast die Decke des Sitzungssaales eingestürzt und hatte unter den Trümmern alle im Saal Anwesenden, etwa 500 Personen, begraben. Die sofort aufgenommenen Bergungsarbeiten wurden in den späten Abendstunden des Donnerstag beendet. Nicht weniger als 15 Tote und 30 zumeist sehr schwer Verletzte wurden unter den Trümmern hervorgezogen. Unter den Toten befinden sich zwei Rechtsanwälte und ein Bataillonsführer der Kolonialinfanterie, der den Verhandlungen als Zuhörer beiwohnte. Unter den Schwerverletzten befinden sich die beiden Bürgermeister von Bastia und auch der Angeklagte, der sich wegen Hehlerei in der Angelegenheit der korsischen Banditen zu verantworten hatte. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus überführt werden.

Wie verlautet, sollte das Justizgebäude bereits vor mehreren Jahren einer gründlichen Renovierung unterzogen werden. Da das Gebäude bereits 1858 errichtet wurde, hatten sich hier und da schon seit langem baufällige Stellen gezeigt, deren Ausbesserung in Anbetracht der Wirtschaftskrise aber immer wieder verschoben wurde.

Blutschande eines Großvaters.

Unter dem schweren Verdacht, sich an seiner Enkeltochter, einem 16 Jahre alten Mädchen, vergangen zu haben, wurde der Maurermeister Karl G. in Neukölln festgenommen. Der jetzt 65 Jahre alte Mann hat das Mädchen bereits seit etwa zwei Jahren mißbraucht. Die Eltern der Kleinen, die davon erfahren hatten, stellten den alten Mann zur Rede. Er gab die Taten auch sofort zu. Die Verfehlungen des Mannes hatten sich aber herumgesprochen und gelangten so zur Kenntnis der Kriminalpolizei, die jetzt unverzüglich einschritt und den Täter der Staatsanwaltschaft zuführte.

Tödlicher Verkehrsunfall.

Durch eine Leichtfertigkeit, vor der auch wir schon öfters gewarnt haben, ist am Donnerstag in den Mittagstunden ein junger Mensch von 29 Jahren ums Leben gekommen. Der Arbeiter Joachim Herrmann aus Viereck bei Ueckermünde, der in Berlin bisher unangemeldet sich aufhielt, fuhr mit seinem Fahrrade und hielt sich mit der Linken an einem Lastkraftwagen fest. Als der Wagen plötzlich stoppen mußte, geriet Herrmann ins Schleudern, stürzte zu Boden und kam so unglücklich unter die Hinterräder des Wagens, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Arbeiterlieder im neuen Geist.

Im verdunkelten Saal des „Rixdorfer", Niederschönweide, stehen auf hell erleuchteter Bühne dichtgedrängt Männer und Frauen und halten im Liede Zwiesprache mit den Brüdern und Schwestern da unten über Leid und Weh, über Kampfeswillen und Siegeszuversicht. Hunger ist das Leitmotiv des proletarischen Liedes, ums Brot tobt der Kampf der Massen. Da tönt der Aufschrei der hungrigen Stadt, dort die trostlose Melodie von schwerer Fron, vom öden Heim, von dumpfer Finsternis innen und außen. Dann aber recken sich die ausgemergelten Leiber, ballen sich kräftige Fäuste, formt sich der Schritt zum Aufmarsch der Massen, ihr Recht zu fordern, ihr Recht zu erkämpfen. Nicht als Sänger vor einem Konzertpublikum stand der Chor dort oben, sondern als Mahner, als Wecker zum Kampf rief er Brüder und Schwestern auf. In diesem Sinne war der Abend gehalten: nicht als beschauliche Sangesdarbietung, die Lied für Lied tredenzt, als ein formvollendetes Ganzes reihte sich Lied an Lied: in schönen, tiefempfundenen Worten sprachen Walter Altenkirch und Karl Klauder den verbindenden Text. Und wie ein flammendes Menetekel erschienen auf beleuchteter Fläche Käte Kollwitz' und Meunniers Gestalten, verödete Fabrikhöfe, trostlose Wohnlöcher. All die blutvollen, zuletzt packenden Worte von Becker, Toller, Schönlank, Lersch, Bröger, Barthel und noch vielen anderen Arbeiterdichtern, musikalisch untermalt von Lendvai, Bringsheim, Scherchen, Knab, waren zusammengefaßt zum machtvollen Weckruf. Dieser überaus gelungene Versuch einer Reformierung des Arbeiterchorgesanges, ausgeführt vom Männer- und gemischten Chor Adlershof unter Leitung von Ludwig Beelitzer, löste unter den zahlreichen Zuhörern tiefen, nachhaltigen Eindruck aus.

Neuer Stadtplan von Berlin.

Das Zentralvermessungsamt der Stadt Berlin hat soeben einen neuen Plan des inneren Berlin herausgegeben, der zum ersten Male die genauen Grenzen sämtlicher Grundstücke enthält, einschließlich der Numerierung. Der Plan ist trotzdem außerordentlich klar und übersichtlich. Die farbige Ausgabe ermöglicht einen sofortigen Ueberblick über den Stand der Bebauung im Innern Berlins, über Baustellen, Freiflächen usw. Das dargestellte Gebiet reicht im Norden bis zum Humboldthain und Bahnhof Prenzlauer Allee, im Osten bis zum Friedrichshain und Schlesischen Bahnhof, im Süden bis zum Moritzplatz und Anhalter Bahnhof und im Westen bis zum Zoologischen Garten und den Bahnhöfen Bellevue und Putlitzstraße. Der Plan ist im Zentralvermessungsamt (Stadthaus) zum Preise von 3,30 bis 4,50 M., je nach seiner Ausstattung, erhältlich.

Todessprung eines Tobsüchtigen!

In einem Tobsuchtsanfall sprang am Freitag der 25 Jahre alte Registrator Werner Eckhardt aus der Rathenower Straße 72 vom vierten Stockwerk des Seitenflügels auf den Hof hinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern bewußtlos liegen blieb. Durch die Feuerwehr wurde der Unglückliche in das Moabiter Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Einlieferung starb. Die Leiche ist beschlagnahmt worden.

Ein Siebzigjähriger. Genosse Franz Bunge, Rosinenstr. 4, feiert heute in seiten körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag. Sein ganzes Leben gehörte der Partei. Als junger Maurer kam er in seinen Wanderjahren mit der sozialistischen Bewegung in Berührung. Schon von 1883 an kämpfte er dann unter dem Sozialistengesetz. Die Charlottenburger Parteigeschichte ist eng verknüpft mit seinem Namen, er gehörte zu den Gründern des Wahlvereins. Bis zum heutigen Tage übt der 70jährige noch verschiedene Funktionen aus.

Erobert Preußen!

Unsere nächsten Veranstaltungen:

Sonnabend, den 23. April:

8. Kreis — Spandau. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung in der Jubiläumsturnhalle Askanierring. Referent: Karl Litke, MdR.

85. Abt. — Tempelhof. 19½ Uhr in der Aula des Realgymnasiums Kaiserin-Augusta-Straße, öffentliche Kundgebung. Referenten: Klara Bohm-Schuch, MdR., Otto Burgemeister. Rezitationen: Martha John.

111. Abt. — Bohnsdorf. 19½ Uhr bei Heimann, Waltersdorfer Straße 100, öffentliche Kundgebung. Referent: Georg Maderholz, MdL.

124. Abt. — Mahlsdorf. 20 Uhr bei Anders, Bahnhofstr. 35/37, öffentliche Kundgebung. Referent: Georg Ucko.

135. Abt. — Karow. 20 Uhr bei Meye, Karow, Dorfstr. 1, öffentliche Kundgebung. Referent: Erich Raddatz, MdL.

139a. Abt. — Freie Schole Tegel. 19½ Uhr im Schollenkrug, Hermsdorfer Straße, Kundgebung. Referent: Dr. Richard Mischler.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3 stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

5. Kreis. Zentralwahlbüro: Große Frankfurter Str. 30, Ewes-Festsäle, Telephon: E 4 Alexander 2125. Achtung, neues Lokal!

7. und 8. Kreis. Heute juristische Sprechstunde von 17—18 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4. Gelegenheit zum Kirchenaustritt!

12. Kreis. Die für heute angesetzte Demonstration fällt aus.

4. Abt. Sonntag 7½ Uhr erscheinen alle Genossen zur Einteilung der Wahlarbeit. Die Mitgliedsbücher sind wegen des Kontrollstempels mitzubringen.

5. Abt. Flugblattverbreitung Sonnabend ab 17 Uhr von Mathis, Linienstr. 30. Daselbst Einteilung zur Wahlarbeit. Am Sonntag Treffpunkt der Wahlhelfer 7½ Uhr Lokal Hacker, Alte Schönhauser Str. 7.

8. Abt. Alle Genossen, die nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, treffen sich Sonntag 7 Uhr im Nationalhof, Wilhelmstraße.

10. Abt. Alle Mitglieder treffen sich Sonntag 7½ Uhr bei Sandow, Flensburger Straße 3, zur Wahlarbeit.

14. Abt. Die Parteimitglieder treffen sich heute 18 Uhr in den Zahlabendlokalen zur Flugblattverbreitung. — Sonntag Treffpunkt 7 Uhr für alle nicht zur Wahlarbeit eingeteilten Genossen im Zentralwahllokal.

15. Abt. Alle nicht zur Wahlarbeit eingeteilten Genossen melden sich Sonntag 8 Uhr im Wahllokal Koppesch, Stettiner Platz 8.

17. Abt. Agitationslokal für den Wahlsonntag Salge, Klausitzer Ecke Cottbuser Straße, D 6 7097.

24a. Abt. Wahlhelfer, die noch frei sind, melden sich Sonntag im Lokal Ecke Carmen-Sylva- und Greifswalder Straße.

25. Abt. Sonnabend 16 Uhr Flugblattverbreitung. Sonntag 7½ Uhr zur Wahlarbeit im Zentralwahllokal.

34. Abt. Sonnabend 17 Uhr Flugblattverbreitung von Reisch, Cabiner Straße 10, aus.

36. Abt. Sonnabendabend Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Alle Genossen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, finden sich Sonntag 7 Uhr zur Wahlhilfe bei Busch, Rüstter Str. 27, ein.

37. Abt. Sonnabend 17 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Alle Genossen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, melden sich Sonntag 7½ Uhr bei Zepke, Oberstr. 7.

39. Abt. Sonnabend 16½ Uhr Flugblattverbreitung von der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3, aus. — Sonntag treffen sich alle Genossen zur Wahlhilfe 7 Uhr Lindenstr. 4.

42. Abt. Sonnabend Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Alle Genossen, die bisher nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, kommen Sonntag 10 Uhr zu Höhlke, Bergmannstr. 69.

47. Abt. Heute Flugblattverbreitung ab 17 Uhr von den Zahlabendlokalen aus.

48. Abt. Heute ab 16 Uhr bei Keller, Fürstenstr. 1, Flugblattverbreitung. — Sonntag 7 Uhr Einteilung der Wahlarbeit im gleichen Lokal.

54. Abt. Sämtliche Genossinnen und Genossen treffen sich Sonntag 7½ Uhr in ihren Zahlabendlokalen zur Wahlarbeit.

55. Abt. 3. Gruppe: Sonnabend ab 14 Uhr Flugblattverbreitung von Reimer, Pilmersdorfer Str. 21, aus.

57. Abt. Zur Wahlarbeit am Sonntag melden sich alle Parteimitglieder 7½ Uhr Krumme Str. 47, Wielandstr. 4 und Wielandstr. 40.

58. Abt. Sonntag Wahlbüro Ranke-Haus, Rankestr. 4, Hof. Es ist Ehrenpflicht aller Genossen, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen.

67. Abt. Zur Flugblattverbreitung am Sonnabend sind die Flugblätter von der Wohnung des Abteilungsleiters abzuholen.

71. Abt. Sonnabend 17 Uhr Flugblattverbreitung. Parteilokal Rosenau, Laubacher Ecke Barziner Straße.

77. Abt. Sonntag Treffpunkt zur Wahlarbeit: 1. Bezirk bei Wilke, Wollenbergstraße 16; 2., 3. und 4. Bezirk bei Roscheng, Apostel-Paulus-Str. 27.

80. Abt. Morgen 7 Uhr stellen sich sämtliche Mitglieder für die Wahlhilfe zur Verfügung. Je mehr sich beteiligen, desto weniger wird der einzelne belastet. Lokal: Gürlich, Nubenstraße.

81. Abt. Friedenau. Alle Genossen erscheinen zur Flugblattverbreitung bei Kiehe, Hauptstraße 60—61, zwischen 16 und 18 Uhr.

82. Abt. Alle Genossen, die nicht eingeteilt sind, treffen sich am Sonntag zur Wahlarbeit bei Quandt, Hindenburgdamm, Ecke Moltkestraße.

84. Abt. Ausgabe des Wahlmaterials am Sonntag 7½ Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29—31. Nicht für die Wahl eingeteilte Mitglieder melden sich ebenfalls bei Lehmann.

86. Abt. Die nicht zur Wahlarbeit eingeteilten Genossen haben die Pflicht, sich am Montag um 7½ Uhr im Lokal Gürlich, Chausseestr. 19, zu melden. Das Mitgliedsbuch ist zur Kontrolle mitzubringen.

93. Abt. Flugblattverbreitung heute ab 18 Uhr von den bekannten Lokalen aus. 108/109. Bezirk bereits ab 16 Uhr „Märzwinkel".

96. Abt. Die Bezirksführer holen heute zwischen 16 und 18 Uhr von der „Vorwärts"-Buchhandlung Friedrichstraße Flugblätter ab.

99. Abt. Flugblattverbreitung heute ab 16 Uhr in allen Bezirken. 182. Bezirk und Bezirke 154/155 zur gleichen Zeit vom Versammlungsraum Hannemannstraße 40 aus. Alle Genossen und Genossinnen der Bezirke 156, 157, 158 und 159 treffen sich Sonntag 7½ Uhr zur Wahlarbeit bei Böttcher, Bahnstraße 19.

103. Abt. Alle nicht zur Wahlarbeit eingeteilten Genossen treffen sich Sonntag 7½ Uhr im Zentralwahllokal Winkler, Wilhelminenhofstraße.

104. Abt. Die Genossen treffen sich Sonntag 7½ Uhr zur Wahlarbeit bei Pump, Koppenstraße 12.

105. Abt. Sonnabend ab 18 Uhr Flugblattverbreitung bei Schmidtdorn, Bismarckstr. 74. Alle nicht zur Wahlarbeit eingeteilten Genossen treffen sich Sonntag 7½ Uhr im gleichen Lokal.

106. Abt. Heute 18½ Uhr Flugblattverbreitung. 20 Uhr Funktionärsitzung bei Blockwitz, Herrenhaus- Ecke Parkstraße. Einteilung zur Wahlarbeit.

108. Abt. Sonnabend Flugblattausgabe zwischen 15 und 17 Uhr im Parteiheim, Schloßstraße. — Sonntag Ausgabe der Umhängeplakate 7½ Uhr im Parteiheim. Alle Genossen stellen sich den Stimmbezirksführern zur Wahlarbeit zur Verfügung. Abteilungswahllokal im Stadttheater (Vereinszimmer). Alle nicht eingeteilten Genossen melden sich dort.

109. Abt. Heute ab 14 Uhr Flugblattausgabe bei Schulz, Bahnhofstr. 34, und bei Eisner, Kaiser-Wilhelm-Str. 3. Zentralwahllokal Sonntag: Eisner, Kaiser-Wilhelm-Str. 3. Die Genossinnen und Genossen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, melden sich dort.

114. Abt. Heute ab 17 Uhr Flugblattverbreitung bei Schwarzer, Gabriel-Max-Straße 17.

115. Abt. Sonnabend 17 Uhr letzte Flugblattverbreitung. 1. und 2. Gruppe bei Stöber; 3. und 4. Gruppe in ihren Zahlabendlokalen.

118. Abt. Heute ab 16 Uhr Flugblattabholung von Barz, Müllenderffstr. 43. 20 Uhr Besprechung der Bezirksführer und Wahlhelfer im gleichen Lokal.

124. Abt. Achtung, Bezirksführer! Heute noch letztes Wahlmaterial vom Abteilungsleiter abholen.

130. Abt. Sämtliche Genossen haben sich heute 18 Uhr an der Flugblattverbreitung zu beteiligen.

140a. Abt. Alle noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilten Genossen und Genossinnen finden sich Sonntag ab 7½ Uhr zur Wahlarbeit im Wittenauer Ratskeller (Rathaus) ein.

143. Abt. Alle Wahlhelfer treffen sich Sonntag bereits 7 Uhr bei Schmischke.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

51. Abt. Genosse Gebhardt Füßler ist am 17. April verstorben. Ehre seinem Andenken! Trauerfeier Sonnabend, 23. April, 15½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Um rege Beteiligung bittet der Vorstand.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts

Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich heute an der Flugblattverbreitung und treffen sich in den bekannten Parteilokalen; morgen Beteiligung an der Wahlarbeit.

*

Abteilungsleiter, gebt umgehend den Berichtsbogen und das Mai-Programm ab.

Bauder- und Abteilungsleiter! Durch eine neue Verfügung der Reichsbahndirektion sind die Bestimmungen für die Erlangung von Fahrpreisermäßigung bei Jugendpflegefahrten geändert worden. Danach wird eine 50prozentige Ermäßigung bereits gewährt bei einer Zahl von 6 Teilnehmern (5 Jugendliche und 1 Führer), auf je weiteres 9 jugendliche Teilnehmer wird ein weiterer Führer zugelassen. — Wir weisen ferner darauf hin, daß zu den Pfingstfahrten bei Benutzung der Fernbahn die Vormeldungen beim zuständigen Abgangsbahnhof bis Dienstag, 10. Mai, 18 Uhr, vorgenommen werden müssen.

Heute, Sonnabend:

Roitzbusser Tor: Urbanstr. 167: „Tagespolitik". — **Mahlsdorf:** Funktionärsitzung.

Werbebezirk Mitte: Sprechchorprobe 20 Uhr Köpenicker Str. 92. Morgen beteiligen sich alle Genossen an der Wahlarbeit. Treffpunkt ab 7½ Uhr im Kreiswahllokal Lohan, Brüderstr. 13.

Werbebezirk Tiergarten: Flugblattverbreitung 18 Uhr bekannte Lokale; morgen ebenfalls 7½ Uhr Wahlarbeit.

Werbebezirk Wedding: Proben 19½ Uhr Gerichtstraße.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Sämtliche Radfahrer treffen sich um 16 Uhr vor dem Alterasheim Danziger Str. 62. (Materialausgabe.) Kleine Flügchen mitbringen!

Werbebezirk Neukölln: Die Wahlpropaganda kann umständehalber nicht durchgeführt werden. Jede Gruppe stellt sich zwecks Flugblattverbreitung den Parteiabteilungen zur Verfügung. 19½ Uhr Sprechchorprobe Bergstr. 29.

Werbebezirke Prenzlauer Berg und Osten: Wichtiger Uebungsabend zur Maifeier, Schulaula Wiesenweiserstr. 8. Erscheinen ist Pflicht.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Gebauerstr. 37—38, Hof 2 Tr.

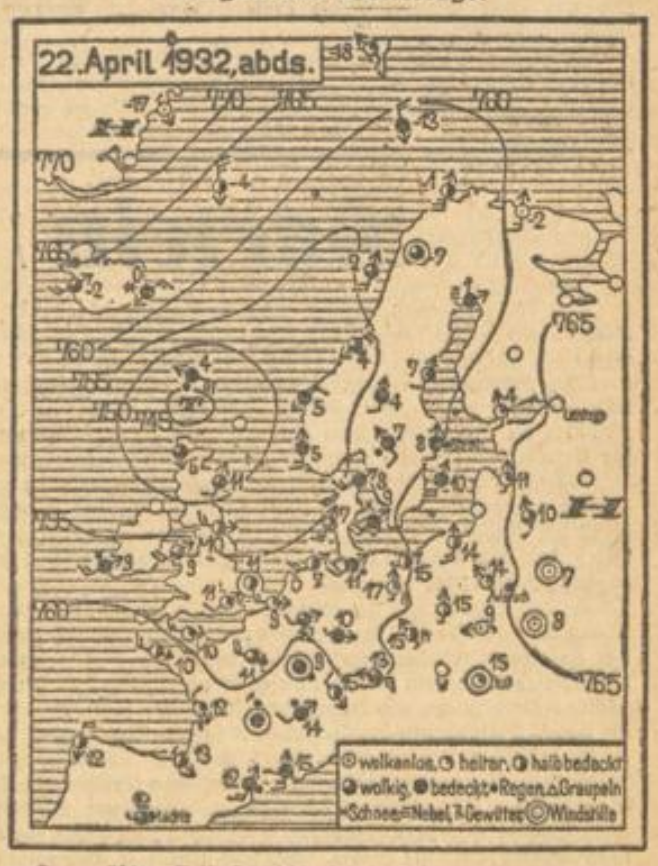
Ortsverein Mitte, 4. Kameradschaft: Sonntag, 24. April, 7½ Uhr, alle bei Brandis. Wichtige Arbeit.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Poppelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: „Knut Hamsun. Gäste willkommen.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. Sonntag, 24. April, 18 Uhr, spricht Pfarrer Vieler in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, über das Thema „Christentum und Musik".

Republikanische Rednervereinigung. Montag, 20 Uhr, Vortragsabend mit Diskussion im „Alten Lokalanzeiger", Anhaltstr. 11. Es spricht Herr Rocker über „Nationalismus und Kultur". Gäste willkommen.

Allgemeine Wetterlage.



Im größten Teil Deutschlands herrschte auch heute ziemlich warmes und teils heiteres, teils wolkiges Wetter. Die Temperaturen stiegen meist auf 18 Grad. Nur in West- und Norddeutschland war es wesentlich kühler. Dort traten auch einzelne Regenfälle auf. Im Laufe des Tages gingen am Oberrhein Gewitter nieder. Zwischen Island und Schottland ist eine neue Depression aufgetreten. Sie wandert, wie ihre Vorgängerin, nach Süden und füllt sich dabei aus. Die feuchteren und etwas kühleren Luftmassen, die sich am Freitagabend nach westlich der Elbe befanden, werden wohl auch einzelne Teile von Brandenburg in ihren Bereich einbeziehen.

*

Wetteraussichten für Berlin: Teils heiter, teils wolkig und ziemlich warm. — **Für Deutschland.** In der nordwestlichen Hälfte immer noch einzelne Regenfälle, im Süden Gewitterneigung, im Osten keine Aenderung.

Du sparst Geld, Zeit und Kraft mit Sunlicht Seife

Von Hölz zu Hitler

Ein Querschnitt durchs Vogtland

In Markneukirchen, dem Zentrum der sächsischen Musikinstrumentenindustrie, haben die städtischen Kollegien in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, Hitler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Auf Antrag der Nationalsozialisten wurde ferner beschlossen, zu Hitlers Geburtstag das Rathaus zu beflaggen und im Stadtverordnetensitzungssaal dauernd sein Bild anzubringen. Zeitungsnotiz.

In den ersten Jahren nach der Revolution war das Vogtland die Hochburg von Max Hölz und heute hat Hitler dort einen beträchtlichen Anhang.

Wie ist das möglich?

Die Vogtländer waren in den langen Vorkriegs-Jahrzehnten sozialdemokratischen Gedanken viel schwerer zugänglich als die Arbeiter in anderen Industriebezirken Sachsens und des Reichs. Sie kamen 1918 aber plötzlich mit fliegenden Fahnen zur Sozialdemokratie und brachten ein Bündel voll besonders großer Hoffnungen mit.

Die vogtländische Stickerei-Industrie, die weit überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigte und in der wohl neun Zehntel der vogtländischen Bevölkerung ihr Brot fand, war fast ausschließlich Export-Industrie, die mit Ausbruch des Krieges sofort brach lag. Es erfolgte wohl auch im Vogtland die Umstellung auf Kriegsindustrie. Aber das war nur in sehr beschränktem Maße möglich. Die überzählige große Masse der arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen und der Arbeiter, soweit diese nicht beim Militär waren, nahmen in außervogtländischen Industrien — zumeist in Granatenfabriken und chemischen Werken Mitteldeutschlands Arbeit an. Dort verdienten sie zwar verhältnismäßig gut, aber sie waren zumeist in schlechten Baracken und Massenquartieren untergebracht.

Es sammelte sich bei diesen Menschen ein ungeheures Maß von Erbitterung an. Besonders die Arbeiterinnen klagten sehr offenherzig über ihre Unzufriedenheit und wünschten sehnsüchtig ein Ende des Krieges herbei. Sie wollten wieder heim ins grüne Vogtland mit seiner sauberen Industrie, mit seinem Stickmaschinengeklapper und seinen frohen Liedern. Nirgendwo ist bekanntlich bei der Arbeit soviel gesungen worden wie im Vogtland.

Diese Sehnsucht quälte die Menschen in den fremden Baracken bis zum November 1918. Da kam endlich die Erlösung und nun sollte plötzlich ein — großes Wunder geschehen.

Es war Frieden, die Leute waren wieder daheim.

Was für politische Forderungen damals gestellt wurden und wer alles glaubte berechtigt zu sein, politische Forderungen zu stellen — das ist vielen von uns noch im Gedächtnis. Selten aber sind wohl politische Forderungen mit einem solch' hohen Grad von Naivität erhoben worden, wie damals im Vogtland. Die Leute verlangten stürmisch, daß in der Stickereiindustrie plötzlich wieder Vorkriegsverhältnisse eintreten, daß die Stickmaschinen wieder gehen und — die frohen Lieder wieder klingen sollten! Und das alles sollte, nach ihrer Meinung die Sozialdemokratie aus dem Boden stampfen. Denn sie hatte ja die Macht! Auch die Fabrikanten, die geschworenen Feinde der Sozialdemokratie, setzten ihre ganze Hoffnung auf sie und erwarteten — als wäre gar nichts geschehen — mit ihrer Hilfe die englischen, amerikanischen und französischen Exportorders.

Als das die Sozialdemokraten nicht schaffen konnten, wie es auch irgendein anderer Mensch nicht hätte schaffen können, da wandten sich die Vogtländer enttäuscht von der Sozialdemokratie ab und gingen zu — Max Hölz, der mit agitatorischem Geschick und mit einer Skrupellosigkeit sondergleichen den Leuten den Himmel auf Erden versprach.

Er brachte damals immerhin einen wesentlichen Teil der Bevölkerung hinter sich. Die Zahl seiner Anhänger aber, die ihm etwa aus innerer politischer Anschauung heraus zu folgen vermeinten, war wohl ganz verschwindend gering. Dagegen flog ihm schnell der politische Streusand aus proletarischen Kreisen zu und — wenn er seine Herrschaft im Schloß zu Falkenstein solange aufrechterhalten konnte, so hatte er das ausschließlich der Tatsache zu verdanken, daß weite Teile des Bürgertums seinem Treiben duldend, vielfach sogar zustimmend gegenüberstanden. Fälle, in denen Fabrikanten und Fabrikantensöhne, die nie irgendwelche Verbindung mit dem Proletariat gehabt hatten, offene und versteckte Anhänger von Hölz waren, weil „die Sozialdemokraten viel zu schlapp waren" — waren nicht selten. Die damals auffallende Erscheinung, daß hinter Max Hölz immer eine große Anzahl Frauen herzog, läßt sich erklären aus der großen Zahl der in der Zeit des guten Geschäftsgangs in das vogtländische Textilindustriegebiet zugereisten weiblichen Arbeitskräfte, die nun alle brachlagen und unzufrieden, alleinstehend und fremd waren.

Max Hölz dachte natürlich gar nicht daran, irgendwelche wirtschaftliche Verbesserungsmaßnahmen für die Textilindustrie zu zeigen oder zu fördern. Er war letzten Endes eben doch nichts weiter als ein wildgewordener Spießbürger und es war bedauerlich, die immerhin erhebliche Zahl Menschen zu sehen, die sich von seinem Phrasenschwall verblenden ließ. Es ist weiter bedauerlich zu sehen, wie die Menschen trotz aller Erfahrungen in dieser Verblendung verharren. Denn es ist dieselbe Verblendung, und es sind weitaus dieselben Menschen, die damals im fortgesetzten Ueberschwang ihrer Gefühle hinter Max Hölz her jubelten und die heute ihre enttäuschten Hoffnungen auf — Hitler übertragen. So wie Hölz in seiner theatralischen Art es verstanden hatte, die Leute immer wieder mit seinem „kommenden Morgenrot" zu faszinieren, so versteht es heute Hitler in scharlatanhafter Weise, paradiesische Hoffnungen auf sein — Drittes Reich zu erwecken. Und die Vogtländer fallen darauf hinein, heute so wie damals.

Das Vogtland ist ein Beweis dafür, wie ansteckend politische Phantasterelen wirken, wie tief die politische Unreife noch im Volke wurzelt, wie langsam und schwer gesunde politische Erkenntnisse reifen und welche großen Rückschläge es mitunter geben kann — zugleich aber auch ein Beweis dafür, daß sozialdemokratische Aufklärungsarbeit nie eifrig, klug und geschickt genug geleistet werden kann.

Soll das Vogtland gesunden, sollen seine Arbeiter wieder einmal ruhige Stunden und bessere Zeiten sehen, dann muß das liebe Volk in dem schönen grünen Hügelland seinen Weg von Hölz zu Hitler verlassen und den Weg einschlagen, der die Menschen allein vorwärts bringen kann: den Weg zur Sozialdemokratie. E. S.

Besuch in Granada

Granada — das ist die Alhambra, die sich auf dem Cerro del Sol im Osten der Stadt erhebt, von allen Seiten isoliert, von den arabischen Herrschern aus dem Geschlechte der Nazariden erbaut. Man gelangt nach ihr auf dem schattigen Wege der Alamada an den Toren der Gerechtigkeit und des Weines vorbei. Granada ist die Alhambra, das maurische Wunderwerk mit dem Löwen- und dem Myrthenhof und den herrlichen Sälen der Könige und der Gesandten. Granada sind die Gärten des Generalife, der Sommerresidenz der Sultane auf dem höchsten Punkte des Cerro del Sol, mit sonnigen Terrassen, schattigen Laubengängen, rieselnden Wässern und dunklen Zypressen. Aber die Alhambra ist mehr als ein Denkmal aus den Zeiten der maurischen Herrschaft in Europa; sie ist eine Erinnerung an die Zeit, in der Andalusien und Granada wohlhabend waren, die Landwirtschaft, der Handel und die Kunst in Blüte standen. Der afrikanische Feudalismus war für die Volksmasse günstiger als der spätere spanische, der räuberischer und verständnisloser vorging und das Land verarmen ließ. So stark war der Einfluß jener arabischen Herrschaft in Spanien, daß man im ganzen Süden, auch heute noch trotz Republik und Aufklärung, den Eindruck gewinnt, daß man im Orient sei. Und nicht nur der äußere Anblick der Straßen und Gäßchen erweckt diesen Eindruck, sondern, und vor allen Dingen, die soziale Struktur, die eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der der nordafrikanischen Stämme aufweist. Hier wie dort die große Masse des ungebildeten Volkes, von dem weit mehr als die Hälfte nicht lesen und schreiben kann, und eine dünne Oberschicht reicher Latifundienbesitzer und wohlhabender Kaufleute.

Vom Proletariat kann hier nur bei einem geringen Teil der Einwohnerschaft die Rede sein; der überwiegende Prozentsatz wäre, nach Marx, zum Lumpenproletariat zu zählen.

Doch selbst die Alhambra und die Gärten des Generalife verblassen rasch in der Erinnerung bei einem Gange durch die Stadt. Die Kunstgeschichte wird von der Politik abgelöst, ob man will oder nicht, und nur blindwütige Baedeker-Reisende können vor lauter Alhambra die grenzenlose Armut übersehen, die in dieser Stadt zu Hause ist. Scharen verwahrlooster Kinder treiben sich in den Straßen herum, überfallen jeden, der etwas besser angezogen ist, und bitten um eine kleine Münze. Sie gehen in die Kaffeehäuser, legen vertraulich die Hände auf die Arme der Gäste und verlangen ein paar Centimos. Oft werden sie von ihren Müttern zum Betteln ausgeschickt und müssen das jüngste Baby mitnehmen, um mehr Mitleid zu erwecken. Man könnte beinahe meinen, daß diese zähen Bettlerkinder ein System, eine Organisation haben. Aber nicht allein Kinder, sondern auch ungepflegte Frauen, bärtige und verkommen aussehende Männer, Zeitungsjungen — alle verlangen sie Geld und erwarten, daß man es ihnen gibt.

Das Betteln ist hier ein Beruf; man sieht nichts Erniedrigendes darin, und man gelangt nur langsam zum Klassenbewußtsein und zu anderen Kampfesmitteln.

Gewiß hat die Union General de Trabajo (Gewerkschaft) nach der Proklamierung der Republik auch in Granada mehr Anhänger gefunden als früher, aber die äußerste Not der Einwohner bedingt es, daß sie mehr zum Anarchismus neigen, und die Confederation Nacional de Trabajo, die anarchistisch-syndikalistische Organisation, hat hier eine stärkere Anhängerschaft.

Was kann die junge und an Geldmitteln so arme Republik gegen diese schreckliche Not der Volksmassen, besonders in diesem Landesteile, unternehmen? Es gibt kein Mittel, den passiven Widerstand der reichen Latifundienbesitzer zu brechen, die gleich den reichen Industriellen Kataloniens das Land verlassen haben, um draußen abzuwarten, wie sich die Revolution weiter entwickeln wird. Die Peseta fällt andauernd; die allgemeine Wirtschaftskrise verstärkt noch das Elend, und die Republik muß die Sünden der Monarchie und der Diktatur teuer bezahlen. Radikale Maßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel eine absolute Enteignung des Bodens, können selbst die Sozialisten in der Regierung nicht beantragen, denn sie haben nicht die genügende Macht, um derartige revolutionäre Maßnahmen durchzusetzen.

So werden dauernd Versuche gemacht, die Lage der Massen durch Reformen zu lindern. Doch die unmittelbare Not ist allzu groß, und die Streik- und Aufstandsbewegung nimmt, besonders in Andalusien, immer mehr zu.

Als ich nach Granada kam, war gerade ein Streik beendet. Ich sah noch einen Trupp junger Arbeiter singend durch die Straßen ziehen, von zwei Polizisten mit Karabinern begleitet. Sie sangen, und ich verstand nicht, was sie sangen, aber ich wußte, was sie meinten. Rhythmus und Melodie waren mir wohlbekannt. Es ist immer dasselbe Lied von Arbeit, Brot und Freiheit.

Eine reizvolle Stadt ist Granada. Gleich einer aufgeschnittenen Apfelsinenschale zerfällt sie in vier Teile um den Cerro del Sol, auf dem die Alhambra steht. Der südliche Teil wächst in die Ebene hinaus; der nördliche, durch den „Fluß" Darro von der übrigen Stadt getrennt, breitet sich an den sonnigen Hängen des hügeligen Vorgebirges aus. Er wird die Alcazaba Cadima genannt. Hier hat sich die alte maurische Stadt erhoben, in der sich die Araber nach der Uebergabe von Granada an die christlichen Eroberer ansiedelten. Sie wurden zur Zeit Philipps II. niedergemetzelt, angeblich, weil sie sich nicht zum Christentum bekehren wollten, aber wohl eher, weil sie den Anfang eines Bürgertums darstellten, das dem Feudalismus Spaniens gefährlich werden konnte und das man ebenso radikal bekämpfte wie etwa später das jüdische handeltreibende Bürgertum und jede freigeistige Bewegung.

Von der Alhambra aus gesehen, bietet dieser Stadtteil mit den zahlreichen Patios, in denen Palmen stehen, den schönsten Anblick dar:

die weißen Würfel der Häuser, halb im Grünen versteckt und terrassenförmig aufsteigend an den sonnigen Hängen der Hügel, versprechen von weitem Märchen aus „Tausend und einer Nacht". In Wirklichkeit erstarrt alles in Schmutz, vegetiert alles in der größten Armut und jämmerlichsten Primitivität. Höhlen, die von der Alhambra aus zu sehen waren, die aber niemand für Wohnungen gehalten hätte, entpuppen sich als menschliche Behausungen. Es sind Löcher, die in den Berg gegraben sind, ohne Fenster, ohne Licht, ohne Rauchabzug, ohne Fußboden und Wandbekleidung. Draußen leuchtet der strahlendste Sonnenschein, und in diesen Höhlen ist es dunkel, feucht und übelriechend. Der Unrat in den engen Gassen türmt sich zu Haufen. Schmutzige Kinder spielen vor den Eingängen zu den Höhlen. Kleine Mädchen versprechen mit lasziven Lächeln einen Tanz. Männer flehen einen um Geld oder auch Zigaretten an.

Diese Leute sind „Zigeuner", sagt man mir verächtlich in der Stadt. Aber diese Zigeuner sind hier ansässig, sind sicherlich Spanier geworden, sind Menschen.

Granada ist eins der schönsten Fleckchen Erde. Tief unten liegt weiß die Stadt; auf dem grünen Cerro del Sol erhebt sich rötlichgelb die Alhambra; durch den ausgetrockneten Darro werden schreiende Esel getrieben; im Osten ragen die Schneeberge der Sierra Nevada empor. Es fehlt nichts, außer — ein menschliches Dasein für die Menschen, die diesen Fleck Erde bewohnen. Und viel Zeit und Arbeit ist vonnöten, damit es anders wird und die Spuren der feudalen Herrschaft, der Inquisition, der Versklavung der Massen verschwinden. **Sophie Kramstyk.**

Darwin / Krapotkin

Aus den wertvollen Ausführungen von Friedrich Wolf: „Kampf ums Dasein" in Nr. 182 vom 19. April könnte ein scharfer Gegensatz zwischen Charles Darwin und Peter Krapotkin herausgelesen werden, insofern die Meinung sich etwa bildete, daß erst durch die russischen Forscher Keßler und Krapotkin die gegenseitige Hilfe als ein gesetzmäßiger Vorgang in der Erhaltung alter und Entstehung neuer Arten erkannt wurde. Demgegenüber muß aber gesagt werden, daß schon Krapotkin selbst in seinem Werke: „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenhilfe" das Gesetz der gegenseitigen Hilfe als eine Fortentwicklung der von Darwin in der Abstammung des Menschen selbst ausgesprochenen Idee bezeichnete.

In der Abstammung des Menschen schrieb Darwin, wie in zahlreichen Tiergesellschaften der Kampf um die Existenzmittel zwischen den einzelnen Individuen verschwindet, wie der Kampf ersetzt wird durch Zusammenwirken und wie dieser Ersatz schließlich zu der Entwicklung der geistigen und moralischen Fähigkeiten führt, die der Art die besten Bedingungen des Ueberlebens sichert. So heißt es z. B. in dem Abschnitt in Darwins Werk über die Abstammung des Menschen, worin er die Herkunft der moralischen Gefühle des Menschen darlegt: „Tiere leisten sich auch noch wichtigere Dienste; so jagen Wölfe und andere Raubtiere in Truppen und helfen einander beim Angriff auf ihre Beute. Pelikane fischen in Gemeinschaft." Und noch eine andere Stelle soll dazu auffordern, das erwähnte Kapitel bei Darwin selbst nachzulesen. „Bei denjenigen Tieren", sagt Darwin, „welche durch das Leben in enger Gemeinschaft bevorzugt wurden, werden diejenigen Individuen, welche das größte Vergnügen an der Gesellschaft empfanden, am besten verschiedenen Gefahren entgehen, während diejenigen, welche sich am wenigsten um ihre Kameraden kümmerten und einzeln lebten, in größerer Anzahl umkommen werden." Ich meine, daß Darwin sich hier und an anderen Stellen sehr deutlich über das wichtige Prinzip der gegenseitigen Hilfe ausgesprochen hat. Ich möchte nur noch einen besonders wichtigen Satz aus Darwin hervorheben. „Nach Analogie mit der größten Zahl der Quadrumanen zu schließen, ist es wahrscheinlich, daß die frühen affenähnlichen Urerzeuger des Menschen gleichfalls sozial waren. Charakteristischerweise steht dieser Satz in dem Abschnitt mit der Ueberschrift: „Der Mensch ein soziales Tier."

Selbstverständlich soll mit allen diesen Hinweisen Krapotkins großes und unbestreitbares Verdienst nicht geschmälert werden — nur einen Gegensatz zwischen Darwin und Krapotkin kann ich nicht zugeben. Im Anschluß hieran will ich noch kurz darauf hinweisen, daß auch Häckel nicht den Kampf ums Dasein als alleinigen Faktor anerkannt, sondern auch den sozialen Trieben ihre große Rolle im Lebensprozeß der Organismen zugeschrieben hatte. Häckel schrieb: „Die Gesellschaftsbildung ist keineswegs ein besonderes Produkt der menschlichen Anpassung, auch nicht bloß auf die höheren Tiere beschränkt, sondern die niederen Stufen der Gesellung stellen eine allgemeine Lebensfunktion aller Organismen dar. Demnach müssen auch die sozialen Naturgesetze, denen ihre natürliche Entwicklung folgt, durch die ganze Stufenleiter der Lebensformen bis zu den niederen Organismen hinab verfolgt werden. Da stellt sich dann heraus, daß die sozialen Triebe oder Instinkte schon bei den einzelligen Protisten vorhanden und auf die Sympathie gleichartiger Zellen, auf gesellige Empfindungen und Bedürfnisse von Elementarorganismen einer und derselben Art zurückzuführen sind. Wahres Lebensglück, Wohlstand und Zufriedenheit ist nicht in der Pflege des reinen Egoismus zu finden, sondern in gegenseitiger Hilfe."

In diesem Zusammenhange möchte ich kurz auf Heinrich Schmidts tiefdringendes Buch: „Harmonie", Verlag von Carl Reißner, Dresden, besonders hinweisen. Von außerordentlicher Bedeutung aber ist es, daß bereits 1865 Friedrich Albert Lange in seinem unsterblichen Werke: „Die Arbeiterfrage" im unmittelbaren Anschluß an Darwin das Prinzip des Kampfes ums Dasein auf die soziale Welt, auch zum Erklärungsprinzip der Arbeiterfrage übertrug. Auch nach Lange macht sich auf jeder Stufe der menschlichen Entwicklung und unter allen Umständen das Naturgesetz des Kampfes ums Dasein geltend, allein seine Wirkungen werden teils modifiziert, teils geradezu aufgehoben und durch entgegengesetzte verdrängt kraft eines anderen Naturgesetzes, welches aus dem sympathischen Zusammenleben der Menschen den Gedanken der Gleichheit und des solidarischen Fortschritts erwachsen läßt. Der Mensch steht in dem gleichmäßig und stetig wirkenden Strom der natürlichen Differenzierung, aber gleichzeitig unter dem Einfluß des Gedankens der Einheit und Gleichheit." Gerade im Anschluß an Darwin hat Lange schon 1865 das Naturgesetz des Kampfes ums Dasein und das der gegenseitigen Hilfe als untrennbar zusammengehörig erkannt und als die den weiteren Entwicklungsprozeß der Menschheit zu immer höheren und menschenwürdigeren Zuständen bedingenden Faktoren erwiesen. San.-Rat Dr. Otto Juliusburger.

Zwei russische Darwin-Funde

Bei der Sichtung der Archivbestände der Akademie der Wissenschaften zu Leningrad wurde, wie die Moskauer Abendzeitung „Wetschernjaja Maskwa" vom 18. April unter Hinweis auf Darwins 50. Todestag meldet, ein unbekannter Brief Darwins vom 21. Mai 1873 an den russischen Paläontologen Prof. W. Kowalewskij entdeckt, der von wissenschaftlichen Fragen handelt und von Darwins Anteilnahme an der russischen Forschung zeugt. An gleicher Stelle wurde ferner ein seinerzeit aus Zensurgründen unveröffentlicht gebliebenes 12 engbeschriebene Seiten umfassendes Manuskript des namhaften russischen Zoologen und Pathologen J. J. Metschnikow aus dem Jahre 1883 gefunden, in dem sich der Gelehrte mit Darwins „Entstehung der Arten" befaßt und der Darwinschen Theorie eine große Zukunft prophezeit. Beiden Funden wird in den evolutionistisch eingestellten russischen Gelehrtenkreisen grundlegende Bedeutung beigemessen. H. K.

Sozialismus öffnet die Betriebe!

Die Kommunisten in falscher Front.

Die Kommunisten haben eine besondere Fähigkeit, sogar die sinnvollsten Sätze durch einen unsinnigen Gebrauch zu hohlen Schlagworten zu machen. Auch die tiefe Wahrheit, daß erst durch den Sozialismus die Wirtschaftskrisen beseitigt werden können, wird im kommunistischen Munde zu einem solchen Schlagwort. Anstatt die Zusammenhänge aufzudecken, durch die der Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bestimmt wird, erzählen die Kommunisten Märchen davon, wie leicht und einfach es ist, das Geld für die Beschäftigung von Millionen aufzubringen. Die Abschaffung der hohen Pensionen und der Fürstenabfindungen, eine Millionärsteuer und ähnliches. Und das alles unter der allgemeinen Parole: Sozialismus öffnet die Betriebe!

Die Sozialdemokraten verlangen auch die Kürzung der hohen Pensionen, wir waren immer und sind gegen die Fürstenabfindungen, wir prüfen alle Möglichkeiten, durch die Besteuerung der Besitzenden die Mittel für die Arbeitsbeschaffung aufzubringen. Eins machen wir nicht und werden wir nie machen: nämlich bei den Arbeitslosen die Hoffnung erwecken, daß ihre Not durch solche, im Grunde doch sehr kleine Mittel mit einem Schlag beseitigt werden könnte.

Uns ist es Ernst mit der Erkenntnis, daß die Krisen aus der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft entstehen und erst in der sozialistischen Planwirtschaft beseitigt werden.

Aus dieser Erkenntnis folgt nicht, daß Arbeitsbeschaffung unmöglich oder nicht erstrebenswert sei. Im Gegenteil muß die Arbeitsbeschaffung mit allem Nachdruck verlangt werden, und sie ist in einem gewissen Umfange auch möglich. Das Wissen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge lehrt uns aber, daß die ungewöhnlich tiefe Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens, die wir jetzt erleben, nicht mit irgendwelchen Wundermitteln aus der Welt geschafft werden kann. Deshalb sehen wir auch unsere Ueberzeugung, daß der sozialistische Umbau und Neubau der Wirtschaft die große historische Aufgabe unserer Generaiton ist, durch die gegenwärtige Krise noch bestätigt.

Eben deshalb, weil die fürchterlichste Krise in der kapitalistischen Geschichte nicht so leicht und so schnell, wie jeder gewünscht hätte, überwunden werden kann, muß die Aufmerksamkeit vor allem auf die Wurzel des Uebels, d. h. auf die kapitalistische Wirtschaft selbst, gelenkt werden. Für die Arbeitsbeschaffung muß schon heute alles geschehen, was geschehen kann. Es muß aber heute auch um den sozialistischen Umbau der Wirtschaft gekämpft werden. Vor allem gilt es heute, den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Sozialismus und Preußenwahlen richtig zu sehen.

Kann es wirklich jemand ernsthaft glauben, daß die Beseitigung der Regierung Braun-Severing und die Machtübernahme durch die „Nationale Opposition" den Kampf um den Sozialismus fördern würde? Daß es leichter sein würde, in einem nach den Wünschen von Hitler, Hugenberg oder Dingeldey und Westarp „erneuten" und „gesäuberten" Preußen diesen Kampf zu führen? Würde es eine Stärkung der sozialistischen Kampfpositionen bedeuten, wenn der ganze Verwaltungsapparat des größten Landes Deutschlands Hitler und Hugenberg ausgeliefert würde? Ein kommunistischer Wahlerfolg würde aber eben nur diese Kräfte stärken, da der „Hauptfeind" für die Kommunisten die Sozialdemokratie, also in Preußen die Regierung Otto Braun ist.

Als vor 50 Jahren in Frankreich die Gefahr der Wiederherstellung der Monarchie drohte, schrieb Friedrich Engels:

„Eine monarchische Restauration (d. h. die Wiederherstellung der Monarchie) in Frankreich müßte zur Folge haben, daß der Kampf um die Wiederherstellung der bürgerlichen Republik wieder auf die Tagesordnung käme."

Jetzt würde in Preußen die Machtübernahme durch Hitler und Hugenberg, die nur ein großer Wahlerfolg der Kommunisten ermöglichen könnte, die gleiche Bedeutung wie die Wiederherstellung der Monarchie haben. Dann käme der Kampf um die Wiederherstellung des demokratischen Preußen wieder auf die Tagesordnung. Und das soll der kürzeste Weg zum Sozialismus sein?

Der Sozialismus öffnet die Betriebe. Jawohl, so wird es sein, wenn der Sozialismus aufgebaut wird. Der Sieg der Kräfte, die den demokratischen Staat verneinen, würde aber keine Betriebe eröffnen und viele stillegen.

Nicht deshalb, weil die Kapitalisten zur Demokratie eine besondere Liebe haben, sondern obwohl sie die Demokratie und namentlich das demokratische Preußen hassen. Die Kapitalisten wären schon bereit, eine neue fürchterliche Verschärfung der Krise in Kauf zu nehmen, um die Arbeiterbewegung vernichtend schlagen zu können. Sie wären schon bereit, sich damit abzufinden, daß die Erschütterung des demokratischen Preußen die Vernichtung aller Voraussetzungen für die Befestigung der Wirtschaftslage bewirken würde. Für die Arbeiterschaft wäre es aber ein Wahnsinn, eine Selbstmordpolitik, die Kapitalisten in diesen ihren Bestrebungen zu unterstützen. Das aber tun praktisch die Kommunisten. Deshalb muß jeder, der die Arbeitsbeschaffung will, und für den der Sozialismus kein hohles Schlagwort ist, wie heute den Kommunisten, sondern die große Aufgabe unserer Zeit, am 24. April nicht die Liste 4 wählen, sondern

Liste 1, die Sozialdemokratie, Braun-Severing.

Die sprechen von Korruption!

Hintermänner des deutschen Faschismus. – Die Wirtschaftsverbrecher Lahusen.

Die Preußenregierung und die Sozialdemokratie werden in diesem Wahlkampf mit einem Unflat überschüttet, das sogenannte „System" wird der Korruption bezichtigt.

Die Nazis, die materiell und politisch korrupteste und gesinnungsloseste Partei, die es je gegeben hat, die anderen Rechtsparteien, die unter dem nationalen Mantel Politik als Geschäft betreiben, gemeinsam mit den Nazis sich schützend vor ein demoralisiertes Wirtschaftssystem stellen und sich von dessen reaktionärsten Vertretern aushalten lassen, verkünden, das sie das Pflichtgefühl, die Lauterkeit und die Redlichkeit wieder einsetzen werden.

Das Volk hat im Laufe des letzten Jahres einen Anschauungsunterricht über die sachlichen und moralischen Qualitäten dieser nationalen Wirtschaftsführer erhalten. Das Musterbeispiel dafür ist der Fall Nordwolle-Lahusen.

Die Konkursberichte über die Nordwolle sind Dokumente der schändlichsten privaten Unredlichkeiten der Unternehmerfamilie Lahusen, die zu den freigebigsten Geldgebern der Rechtsradikalen gehörte. Die beiden letzten Konkursberichte zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Nordwolle nicht ein Opfer der Wirtschaftskrise ist, daß nicht in erster Linie geschäftliche Fehler, wie Konzernausdehnung oder Wollspekulationen, sondern vielmehr ein raffiniertes System privater Ausplünderung, Verschiebungen und riesiger Privatspekulationen

Mehr als 50 Millionen Mark Verluste sind bereits jetzt einwandfrei aus privaten Aktientransaktionen, selbstbewilligten riesigen Darlehen und Entnahmen der Familie Lahusen festgestellt. Diese Manipulationen vollzogen sich in folgender Form:

Es wurde veranlaßt, daß die Lieferanten für Rohwolle und Kammzug die Rechnungsbeträge künstlich bis zu 10 Proz. überhöhten. Im Laufe der Jahre erreichten diese Zuschläge Dutzende von Millionen. Sie mußten von den Lieferanten der Ultromare überwiesen werden, und die auf diese Weise in Holland angesammelten Riesenbeträge wurden von der Familie Lahusen zu den umfangreichsten Privatspekulationen verwandt bzw. untereinander aufgeteilt, es wurden also dem Unternehmen dauernd Millionenbeträge entzogen. Dieses System war so arrangiert, daß die beiseite geschafften Millionenbeträge zum größeren Teil zunächst auf poesievolle Konten „Sonne (alt)", „Sonne (neu)", „Taube", „Garantiekonto" u. a. m. verbucht wurden. Der Konkursverwalter hat in Verbindung mit den Treuhandgesellschaften an Hand einer Fülle von Belegen festgestellt, daß es sich bei all den auf diesen Konten abgewickelten Transaktionen um reine Privatgeschäfte der Lahusen handelte, und auch der Aufsichtsratsvorsitzende, Senator Rodwald, hat dies ausdrücklich bestätigt.

Ein großer Teil der verschobenen Beträge wurde auch buchhaltungsmäßig sofort in Privatguthaben der Brüder Lahusen umgewandelt; das geschah allein im Umfang von 18½ Millionen Mark. Darüber hinaus aber überzogen sie ihre Privatkonten noch mit 6½ Millionen Mark Darlehen. Die Verluste sind in erster Reihe durch Ankauf großer Posten Nordwolle-Aktien zu überhöhten Kursen, mit denen dann hin- und herspekuliert wurde, entstanden. Es wurden aber auch zahlreiche andere private Aktienspekulationen, wie der Ankauf von Erdölaktien u. a. m. getätigt. Privatschulden Karl Lahusens bei deutschen Konzernfirmen wurden mit den „ausgesonderten" Beträgen verrechnet, für den privaten Aufwand und allerhand dunkle Ueberweisungen große Beträge entnommen.

Für ihre Komplicen und Schützlinge ließen sie auch etwas abfallen.

An die Direktoren der Sächsischen Wollgarnfabrik Tittel u. Krüger A.-G., die bereits als noch selbständiges Unternehmen in die Schwindeleien (Fakturenzuschläge) einbezogen war, wurde anläßlich der Fusion aus den in Holland angesammelten Beträgen die Kleinigkeit von 700 000 Gulden oder 1,2 Millionen Mark verteilt.

Die Brüder Lahusen hatten noch vor wenigen Wochen die Stirn, ihre private holländische Schwindelgesellschaft und die mit deren Hilfe verschobenen und privat verspekulierten Millionenbeträge als eine „eiserne Reserve" zu bezeichnen, die sie wegen der Niederträchtigkeit der deutschen Steuergesetzgebung „notgedrungen über die Landesgrenzen hinauslegen mußten".

Die Lahusens haben aber nicht allein die in so vorsorglicher Weise neugeschaffenen Reserven ins Ausland verschoben, sondern sie haben auch als aufrechte nationale Männer schon in den guten Zeiten Privat- und Konzernvermögen „notgedrungen" über die Landesgrenzen hinausgelegt, um diesen Staat, von dem ja — wie es in der Lahusen-Verteidigungsschrift heißt — die Nordwolle ruiniert wurde, die Steuern zu hinterziehen. Dafür zwei kleine Beispiele:

Karl Lahusen ließ bereits im Herbst 1926 große Aktienposten aus dem Familienbesitz nach Holland bringen. Für den Konzern gibt er in einem Schreiben an seinen holländischen Vertrauensmann v. Gosen folgende unverblümte Steuerhinterziehungsanweisung... „Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die N. W. u. K. auf indirektem Wege einen größeren Posten Aktien... erworben hat, den ich vor dem 31. Dezember hier verschwinden lassen möchte... Ich bitte, in der Gutschriftsanzeige keine Begründung irgendwelcher Art zu geben." Also vor Jahresschluß, vor dem Bilanz- und Steuererklärungstermin werden rasch noch große Werte „zum Verschwinden" gebracht!

Das sind nur ein paar ausgewählte Manöver aus dem schier unerschöpflichen Arsenal der Unredlichkeiten der nationalen Wirtschaftsführer Lahusen, die den größten deutschen Textilkonzern ruinierten.

Diese Führerschicht, hundertfach der Schuld überführt, besitzt die gleiche Heuchelei und Dreistigkeit, wie auf politischem Gebiete der „nationale Führer", dessen Bewegung mit ihrer und anderer großindustrieller Unterstützung reichlichst gefördert wurde. Die wollen Preußen mit ihrer Lauterkeit und Redlichkeit beglücken.

Hilfe für die Pächter.

25 Proz. Pachtsenkung / Ein Erfolg der Sozialdemokratie.

Der seit Wochen geführte Kampf um eine Verringerung der Pachten und um einen Kündigungsschutz für die Pachtbetriebe hat jetzt grundsätzlich zu einem Erfolg geführt. Den beteiligten Reichsministerien liegt ein im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Verordnungsentwurf vor, der sich in der Hauptsache an die Anträge der Sozialdemokraten anlehnt.

Nach dieser Verordnung soll der Pachtpreis um 25 Proz. heruntergesetzt werden. Auch in den Fällen, wo für das laufende Jahr neue Verträge abgeschlossen sind, ist es möglich, durch die Pachteinigungsämter eine Nachprüfung der Verträge vornehmen zu lassen. Außerdem sieht der Verordnungsentwurf einen Kündigungsschutz vor, der sich besonders auf solche Fälle erstreckt, wo der Pächter nicht durch eigene Schuld, also nicht durch schlechte Wirtschaft usw., mit der Pachtzahlung im Rückstand geblieben ist.

Die Frage der Pachteinigungsämter selbst, gegen die sich die Kritik der Oeffentlichkeit in der letzten Zeit stark gewandt hat, bleibt offen. Es ist zu erwarten, daß eine zufriedenstellende Regelung gefunden wird.

Die neue Verordnung wird den Pächtern eine starke Entlastung bringen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es die Sozialdemokraten waren, die sich hier mit aller Energie für die Interessen der Pächter einsetzten.

Englands neue Zollpolitik.

Hohe Eisen- und Stahlzölle. – Schärferer Protektionismus

England hat gestern durch drei Verordnungen seine Zollpolitik auf neue Grundlagen gestellt.

Die neue englische Zollregelung liegt auf der Linie eines Industrieschutzes, der Dauerzustand werden soll, während England bis jetzt die Notstandskulisse vorschob und seine Zölle als Notstandszölle deklarierte. Damit tut England einen weiteren Schritt in Richtung des Zollprotektionismus. Die jetzt verordneten Zölle dürfen während des nächsten Jahres wohl ermäßigt, aber nicht erhöht werden. Wenn man die Bedeutung berücksichtigt, die die Einfuhrzölle für die englischen Staatsfinanzen heute schon haben, offenbart sich der Dauerzustand. Nur für Eisen und Stahl können während des nächsten Vierteljahres Aenderungen getroffen werden. Daß man hier kaum an eine weitere Verschärfung denkt, geht wohl aus der Tatsache hervor, daß die Eisen- und Stahleinfuhr nach England, besonders durch Deutschland, auch schon jetzt nicht mehr lohnend ist.

Unter Einfluß des wachsenden Protektionismus in aller Welt hat man von der neuen Zollregelung in England das Schlimmste befürchtet. Es muß festgestellt werden: diese schlimmen Befürchtungen haben sich nicht ganz verwirklicht. Man hat gewissermaßen ein Kompromiß zwischen den Antidumpingzöllen, den sogenannten Notzöllen, die 50 Proz. ausmachten, und dem allgemeinen Tarif, 10 Proz., gefunden. Der neue englische Zoll stellt sich z. B. für Fertigfabrikate, für die man überall einen Zoll von 33 Proz. befürchtete, auf 20 Proz. ein. Mit 20 Proz. werden z. B. Stahlwaren (Messer, Werkzeug usw.), verarbeitetes Holz mit Ausnahme von Baumaterialien, Textilgewebe, Konfektion, elektrotechnische Waren, Gemüsekonserven usw. betroffen. Landwirtschaftliche Geräte und Baumaterial aller Art mit 15 Proz., Photopapier, verschiedene Lederwaren, Zellstoffe werden mit 25 Proz. belegt und mit 30 Proz. Toiletteartikel, Bijouterien, Pelzwaren, Schmuck und vor allem

BIER ENDLICH BILLIGER FLASCHE 20 ₰

frische Schellfische. Bei einer Reihe von Waren tritt eine Zollerleichterung dadurch ein, daß man von den 50prozentigen Notzöllen abgegangen ist. Das gilt insbesondere für photographische Artikel, optische Erzeugnisse, Radioröhren usw. Wollgarne und Zwirne unterliegen lediglich dem allgemeinen Tarif, also einem Zollsatz von 10 Proz. Eine Vorzugsstellung ist der Schwerindustrie eingeräumt worden. Hier schwankt der Zoll zwischen 35 Proz. für Halbfabrikate und 20 Proz. für Fertigfabrikate.

Gewiß ist festzustellen, daß sich hinsichtlich der neuen englischen Zollregelung die schlimmsten Befürchtungen nicht bewahrheitet haben. Immerhin muß aber berücksichtigt werden, daß die Entwertung des englischen Pfundes schon eine Einfuhrhemmung darstellt, und daß die handelspolitischen Veränderungen in England das ganze handelspolitische System in der Welt nach Richtung weiterer Handelserschwerungen beeinflussen müssen.

Abwendung eines reaktionären Anschlags.

Gegen den (übrigens konservativen!) Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf hatten kommunalfeindliche reaktionäre Kreise wegen der Beteiligung Düsseldorfs am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE.) eine Disziplinaruntersuchung beantragt. Wie amtlich aus Düsseldorf mitgeteilt wird, besagt die Entscheidung der Regierung, daß die Prüfung des gesamten Materials die gesetzlichen Voraussetzungen für ein disziplinarisches Eingreifen der Aufsichtsbehörde nicht gegeben habe. Durch die Maßnahmen des Oberbürgermeisters, die übrigens, wie außer Zweifel stehe, nur dem Besten der Stadt zu dienen bestimmt waren, sei das Etatsrecht der Stadtverordnetenversammlung nicht gewahrt worden; jedoch sei einzuräumen, daß im vorliegenden Falle die weitreichenden Pläne des Oberbürgermeisters sich bei einer Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung, wie sie das Gesetz vorschreibt, nicht hätten verwirklichen lassen.

Christlicher Konsumverein in Schwierigkeit.

Schon in der vorigen Woche hat die Generalversammlung des christlichen Konsumvereins München 1864 (Reichsverband Deutscher Konsumvereine, Köln) wegen finanzieller, durch die Krise herbeigeführter Schwierigkeiten die Streichung sämtlicher Reserven und Geschäftsanteile sowie deren Neuerhebung mit 50 M. beschlossen. Jetzt wird mitgeteilt, daß der Verein vorsorglich die Zahlungen eingestellt hat. Ueberschuldung liegt nicht vor. Sämtliche Spar- und Warengläubiger sollen nach Ablauf eines Moratoriums voll befriedigt werden.

Verdoppelte Textilgewinne.

Die große süddeutsche Baumwollspinnerei und -weberei Erlangen-Bamberg-A.-G., die mit einem Kapital von 12 Millionen Mark arbeitet, teilt in ihrem Geschäftsbericht für 1931 mit, daß das letzte Jahr günstiger verlaufen ist als 1930 und auch die Beschäftigung im allgemeinen nicht unbefriedigend war. Das Gesamtergebnis sei aber von der hemmungslosen Konkurrenz auf den Garn- und Gewebemärkten beeinträchtigt worden. Immerhin aber war die Gesellschaft in der Lage, ihren Reingewinn von 125 924 bis auf 323 935 Mark einschließlich Gewinnvortrag aus dem Vorjahr zu erhöhen. Da der Gewinn nur zur Verteilung einer sehr geringen Dividende von knapp 3 Prozent ausreichen würde, wird er auf neue Gewinnrechnung vorgetragen.

Keine Frühjahrsbelebung bei den Walzwerken. Im März hat sich die Frühjahrsbelebung bei den Eisenwalzwerken noch nicht durchsetzen können. Nach den Mitteilungen der Zeitschrift „Stahl und Eisen" ging die durchschnittliche arbeitstägliche Produktionsmenge sogar noch um 1.1 Proz. auf 12 627 gegen 12 767 Tonnen im Februar zurück. Im März 1931 war die arbeitstägliche Produktion trotz der damals bereits eingetretenen Drosselungen mit 22 448 Tonnen noch fast doppelt so hoch.

Frachtermäßigungen für Exportkohle. Zur Unterstützung der deutschen Kohlenausfuhr über die trockene Grenze werden im Rahmen der Preissenkungsaktion außer der durch die Senkung des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs am 16. Dezember 1931 bereits eingetretenen Frachtermäßigung eine Reihe weiterer Frachtsenkungen auf den deutschen Strecken und Tarifänderungen voraussichtlich zum 1. Mai 1932 durchgeführt, und zwar nach folgenden Ländern: Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Schweiz, Saargebiet, Belgien, Niederlande und Freistaat Danzig.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Sonnabend, den 23. April
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Die Hugenotten

Staatl. Schauspielhaus Charlottenburg
20 Uhr
Peer Gynt

Schiller-Theater Charlottenburg
20 Uhr
Nathan der Weise

SCALA
Tägl. 8 u. 6½ Uhr
HORACE GOLDIN
WINSTONS
Tauch-Revue
Rud. Nelson
Mary Lossett
Hans Bommer
The Jovers usw.

PLAZA
Heute Donnerstag, Mittwoch, Sa. 23. Stgr. 2, 5, 23½ Uhr, 8 7 Welten, 4001
Der Vogelhändler

Theater am Nollendorfplatz
Pallas 7051
Nur noch wenige Tage!
4½ Uhr, Stg. 4½ Uhr
Traum einer Nacht
Operette in 4 Akten
Regie: Kolar Seltenberg
Rundfunkh. halb. Pr. Stdk. 4½ Uhr kl. Pr.

Theater des Westens
4½ Uhr
kurzes Gastspiel nur bis 25. April
Brahmanische Inder
tanzen und spielen indische Dramen u. Legenden

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Carl Götz in
Zirkus Almee
Operette von Curt Götz. Musik von Benatzky

Theater in der Stresemannstr.
Täglich 8¼ Uhr
Heinz Rühmann
Der Mustergatte
Schwank in 3 Akt.

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Das Theater der Schauspieler
Maria Stuart
Agnes Straub, Tilla Durieux

Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Käthe Dorsch
Gustaf Gründgens
in
Liselott'
Nach Motiven v. Eduard Künneke

Rose-Theater
Emil Jannings
Ab Mittwoch
6 und 9 Uhr
Die Frau, die jeder sucht

Winter Garten
6 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Varieté-Revue
„Flint im Käsewagen"
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellg. 4 u. 8¼ Uhr. 4 Uhr kleine Preise.

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
DIE SCHÖNE HELENA
Täglich 8 Uhr
MAX REINHARDT INSZENIERUNG

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Sonnabend, 23. April
Turnus I
Zar und Zimmermann
Hüsch, Fried, Steiner, Ad. Wall

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
„Liliom"
mit Hans Albers

Städt. Schiller-Theater
8 Uhr
Nathan der Weise

Deutsches Theater
8 Uhr
Vor Sonnenuntergang
v. Gerh. Hauptmann
Regie Max Reinhardt

6½ Uhr CASINO-THEATER 6½ Uhr
Lothringer Straße 37.
Grosser Preis-Abbau! Auch Sonnabend u. Sonntag: Parkett u. Rang Reihe 1 nur 0.50, Parkett u. Rang Mitte 0.75, Sperrsitz u. Balkon 1.—, Logen u. Sessel 1.50.
Der Operetten-Schlager:
„Peppina"
Kinder-Zutritt! Man amüsiert sich für wenig Geld!

Kennst Du dieses Zeichen?

Auch Du mußt Mitglied werden
in unserer Buchgenossenschaft
DER BÜCHERKREIS G. M. B. H.
Auskunft und Verzeichnis erhältst Du gratis in der Zahlstelle:
Der Bücherkreis G. m. b. H.
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7

Berneck die Perle des Fichtelgebirgs
392-575 m ü. d. M. Saison April mit Oktober
Kneippbad und Luftkurort
Neuzeitl. Wasserkuranstalt für sämtl. Kneipp'schen Anwendungen • geschult. Badepersonal • ganzjähriger Betrieb • Vegetarische und Diätküchen • Rohkost Schwedische Heilgymnastik • Massage • Kneippsanatorium Buhe • erstklass. Haus • Kurarzt: Dr. med. Hüll
Herrliche Waldungen und Promenaden, Terrainkuren, Licht-, Luft- u. Schwimmbad im Wald, Tennis- und Spielplatz. Kurhaus mit Konzert- und Lesesaal, große Wandelhalle. Kur-Kapelle Mai bis September, täglich Konzerte. Mittwoch und Samstag Tanzabend. Gute, preiswerte Unterkunft in Hotels, Gasthöfen und bei Privaten. Billige Pauschalkuren vom 1. 5. bis 1. 6. Prospekte u. Wohnungslisten unentgeltl. durch Städt. Kurverwaltung.

EISU Betten
Schlafzimm., Stahlmöbel, Kinderb., Polster, Chaiselg. an jeden Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Homöopathie
Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-, innere u. Nervenl.
Sehzeit nur 2 u. Löser Wilmgstr. 9 10-2, 4-7, Sbg. 11

Gewinnausgabe
1. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 20. April 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 84439
8 Gewinne zu 3000 M. 30407 107231 364336 397475
4 Gewinne zu 2000 M. 204218 236059
12 Gewinne zu 1000 M. 64133 145060 168329 226622 271259 329563
30 Gewinne zu 500 M. 10148 44216 65550 94488 123559 158138 237398 254033 276605 285925 328003 358192 361385 366973 398486
68 Gewinne zu 300 M. 12255 12328 52819 55749 59046 61251 63738 71232 75541 76359 89193 90414 101917 109212 120477 159160 169057 221160 245516 254335 271737 281003 296226 307022 316645 333214 354694 379112

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 396849
4 Gewinne zu 5000 M. 2771 321158
4 Gewinne zu 3000 M. 85451 114273
4 Gewinne zu 2000 M. 214313 257542
28 Gewinne zu 1000 M. 15089 28895 32379 50438 81730 216335 222064 244627 265475 281597 284181 295813 335097 379268
38 Gewinne zu 500 M. 10106 33904 53337 59201 59532 60144 103432 142081 210600 215160 215516 226619 235239 242301 257654 314145 320011 325409 391151
58 Gewinne zu 300 M. 10157 26564 40381 56468 74921 79641 86527 88556 95783 110470 115317 117500 119450 130079 137113 138704 153921 204481 223012 239860 241242 243276 265743 311091 320113 365370 392048 395099 398916

KLEINE ANZEIGEN
Jedes Wort 10 Pf. Fettgedrucktes Wort 20 Pfg. (zulässig 1 fettgedruckte Worte (Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für 2 Worte)
Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (½9—½1 Uhr) außer „Vorwärts"-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe
Oefen, eiserne, jeder Art, Teilzahlung, transportable Rachelöfen, Habermannen, Reflektor. Kochherde, Reparaturen. Die alte Firma Semmler u. Bürnerg. Dresdnerstraße 98.
Kaufen Zeitlet, Kolonienstraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.
Wenig getragene Konfektionsgarderobe von Millionären, Grafen, Unwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Frack, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-Gehpelze, Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Gardrobe. Westfälter Weg Inhaber, Gartenstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.
Neue Konfektion wenig getragene und neue Herrenanzüge, Mäntel, Paletots, jede Größe passend, verkauft enorm billig Lehhaus, Friedrichstraße 2. Keine Gardrobe.

Möbel
Eine fantastische Nachricht!
Ich verkaufe bis 23. April: Schlafzimmer, Eiche, 275.— bis 350.—; Schlafzimmer, Nußbaum, 290.—; Schlafzimmer, Birke, 490.—; Herrenzimmer 250.—, poliert 290.—; Speisezimmer 275.—; Anrichtebeschränke 65.—, Einzelbetten, Küchen 72.—. Schnegan, Kastanienallee 45, Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung.

Das gibt's nur einmal!
Schlafzimmer, Mahagoni, hochglanzpoliert, vollkommen rund gebaut, zum halben Preis! Nur 490.—. Schnegan, Kastanienallee 45, Fabrikgebäude.
Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Kissen, Bettgarnituren, Steinstraße achtzehn. Rein Laden.
Betten 95.— bis 350.—, Weißlackbetten 85.—, Metallbettstellen 29.—, Kommoden, Kastanienallee 54 (Cafe Herbelt), Pankstraße.
Speisezimmer, echt Nußbaum, poliert 2.30, Vitrine, Tisch, Stühle, komplett 350.— Werd. gebraucht, aber neuwertig. Kurzig Friedrichshain, Stolzenfelsstraße 20.

Garten, Laube und Balkon
Wachspapierstoff, Partieposten, Quadratmeter 0.15, gemusterte 0.40. Wachspapier für Marmeladenpannung 0.18, Markisenstoff 1.80, bis Freitag. Fehrbellinerstraße 8 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche
Rohrstühle, Kleiderschränke, Chaiselongues, Nähmaschinen, Silberschmelzer Gebrüder Schmelzer, Christianstr. Kopernickstraße 38. Haltestelle Stadtbahnstraße.

Unterricht
Nachhilfe für ehemaliger Volksschüler monatlich 10.— Mark. Gabbes Lehrinstitut, Berlin, Monbijouplatz 10.

HERMANN HERTZ
50 JAHRE
JUBILÄUMS-WEISSWAREN
STRÜMPFE
Jubiläums-Damen-Strümpfe I. Wahl, künstl. Waschseiden, kräft. Flor, Doppelsohle, gute Strapazierqual. Paar 0,85
Jubiläums-Damen-Strümpfe I. Wahl, aus beliebt. Bemberg-Lux.-Kunstseide, feinmaschig, elast., flache Sohle, Ferse u. Spitze, reichhaltiges Farbensortiment, Paar 1,25
Jubiläums-Damen-Strümpfe I. Wahl, feinste Bemberg-Lux.-Kunstseide, feine Maschen, Ball- u. Winkelverstärk., mod. Kubanbochlerse, letzter Frühj.-Farb., Paar 1,65
Jubiläums-Damen-Strümpfe I. Wahl, reine Seide (Trama), bevorzugt. Material, herv. Qual., neu. Frühjahrsf., Paar 1,95
Jubiläums-Herren-Socken I. Wahl, Flor mit Kunstseide, elegant gemustert ..... Paar 0,70
Jubiläums-Herren-Socken I. Wahl, Flor mit Kunstseide, Ferse, Sohle, Spitze stark mod. Streif. u. Karomust., Paar 1,25
Revers-Weste für Kleider, aus kunstseid. Bine, doppelt z. Durchknöpf. 0,65
Kleiderkragen, doppelt Chrysoprasgarnitur, feine Seide, mit Imit. Handstich u. Spitzenmotiven 1,25
WEISSWAREN
Kleiderpassen kunstseidener Marocain, mit plissiertem Hüftchen u. Perlmutterknöpf. garn., Stück 0,58
Damen-Schals kunstseid. Marocain, eigenartige Muster, Stück 0,95
Spachtel-Plastrons kleidsame Form ..... Stück 0,95
Kleiderkragen doppelt Crêpe Georgette, reine Seide, mit imitiertem leinenem Spachtelstoff ..... Stück 1,25
Westenlatze kunstseidener Marocain, mit imitiertem Handhohlsaum ..... Stück 1,45
HANDSCHUHE
Damen-Handschuhe Schweden imitiert, mit breiter moderner Manschette ..... Paar 0,95
Damen-Handschuhe Leinen imitiert, mit breiter Aufnahme, 2 Druckknöpfe, unsere Spezialqualität „Herta" ..... Paar 1,25
Damen-Handschuhe Bemberg-Kunstseide, leinenähnl. Charmeuse-Qualität, 2 Druckknöpfe ..... Paar 1,65
Damen-Handschuhe Waschleder-Stepper, Schlaptform, waschbar mit Wasser und Seife ..... Paar 2,90
Handschuhe für Damen. Noppe-Stepper, waschbar, mit 2 Perlmutterknöpfen ..... Paar 3,90
Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf ausschließlich Verrat.

Der Abend
Spätausgabe des Vorwärts

Der Antisozialist

Hitler läßt die Maske fallen!

Endlich hat sich Hitler entschlossen, seinen Düsseldorfer Vortrag vor den Industriellen zu veröffentlichen. Warum ausgerechnet jetzt? Wenn man den Vortrag liest, so kann man auf den Gedanken kommen, daß seine Veröffentlichung den Zweck hat, die Kapitalisten, die den Kopf verlieren, zu ermutigen. In der Zeit, wo alles in der kapitalistischen Welt unter dem niederschmetternden Eindruck der Enthüllungen über die Schwindeleien von Kreuger steht, bietet der nationalsozialistische Führer eine „ethische Begründung" für den Kapitalismus an! Denn das ist das wesentliche des Düsseldorfer Vortrages von Hitler: er enthält eine maßlose Verherrlichung des Kapitalismus und eine vollkommene Absage an jede Spur eines sozialistischen Gedankens, sogar in jener Verzerrung, in der dieser Gedanke von dem Nationalsozialismus mißbraucht wurde.

Es darf wohl kein Zweifel daran bestehen, daß Hitler in Düsseldorf vor einem Kreis sprach, der hundertprozentig kapitalistisch eingestellt ist. Die Auffassung dieses Kreises macht sich Hitler ausdrücklich zu eigen und versucht sie „moralisch und ethisch zu rechtfertigen". Er hat nämlich folgendes ausgeführt:

„Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrechterhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen... Es ist daher nötig, derartige überlieferte Formen (also den Kapitalismus! D. Red.), die aufrechterhalten bleiben sollen, so zu begründen, daß sie als unbedingt notwendig, als logisch und richtig angesehen werden können. Und da muß ich sagen: „Das Privateigentum ist nur dann moralisch und ethisch zu rechtfertigen, wenn ich annehme, daß die Leistungen der Menschen verschieden sind."

Das ist nun die simpelste, aber auch die üblichste Art, den Kapitalismus zu verteidigen. Originell ist bei Hitler nur die Naivität eines vollkommenen Ignoranten, mit der er die ollen Kamellen als seiner Weisheit letzten Schluß verkündet. Dann folgt eine noch naivere, aber völlig eindeutige und endgültige Absage an jeden sozialistischen Gedanken:

„Es würde unlogisch sein, die Verwaltung des Ergebnisses einer bestimmten an eine Persönlichkeit gebundenen Leistung dem nächstbesten Minderleistungsfähigen oder einer Gesamtheit zu übertragen, die schon durch die Tatsache, daß sie die Leistung nicht vollbrachte, bewiesen hat, daß sie nicht fähig sein kann, das Ergebnis zu verwalten."

Das ist schon ein bißchen zu dumm. Ist Herr Hitler imstande, 64 Millionen Männer und Frauen zu erzeugen? Wenn nicht, so kann er nach seiner eigenen Logik nicht fähig sein, das deutsche Volk zu verwalten. Wir danken ihm für den Nachweis seiner eigenen Regierungsunfähigkeit!

Diesen seinen Kohl braucht aber Hitler, um den Kapitalisten zu zeigen (sie haben das jetzt nötig!), daß der Kapitalismus mit der Demokratie unvereinbar ist:

„Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben."

Von irgendwelcher Art oder Abart des Sozialismus ist bei Hitler, wie diese seine Schnorr-Rede vor den Kapitalisten zeigt, nichts mehr übriggeblieben. Bezeichnend ist noch, daß auch sein Nationalismus in diesem Vortrag als sehr verblaßt erscheint. In den Vordergrund wird „das Herrschaftsrecht der weißen Rasse" geschoben. Das Herrschaftsrecht des internationalen Kapitalismus über die nach der Auffassung von Hitler minderwertigen Völker und minderwertigen Schichten der weißen Völker, d. h. über die Arbeiterschaft. Wir übertreiben nicht. Hitler bezeichnet den Bolschewismus als „asiatische Weltanschauung" und behauptet zugleich, daß 50 Prozent des deutschen Volkes „bolschewistisch orientiert" sind!

Wörtlich sagt er:

„Wenn aber diese Weltanschauung auch auf uns übergreift, dann dürfen wir nicht vergessen, daß auch unser Volk rassisch aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist, daß wir daher in der Parole „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" viel mehr sehen müssen als eine nur politische Kampfparole. In Wirklichkeit ist es die Willenskundgebung von Menschen, die in ihrem Wesen tatsächlich eine gewisse Verwandtschaft mit analogen Völkern einer niedrigen Kulturstufe besitzen."

Also erstreckt sich das „Herrschaftsrecht der weißen Rasse" auch auf die Arbeiterschaft in Deutschland, auf die „bolschewistische" Hälfte des Volkes, die nach Hitler einen rassenmäßig minderwertigen Teil des Volkes darstellt. Seine unsinnige Behauptung, daß die Hälfte des deutschen Volkes „bolschewistisch" sei, braucht Hitler, um nicht „proletarisch" sagen zu müssen. Aus dem Hinweis auf die Parole „Proletarier aller Länder", zu der die übergroße Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse steht, geht das völlig deutlich hervor. Der langen Hitlerschen Rede kurzer Sinn ist die Anerkennung des Herrschaftsrechtes des Kapitalismus über die Arbeiterklasse!

Der Düsseldorfer Vortrag Hitlers hat einen großen Vorzug: er schafft endgültige Klarheit. Um ehrlich zu sein, müßte Hitler gleichzeitig den Namen seiner Partei entsprechend den Gedanken dieses Vortrags ändern: sie sollte jetzt „internationalkapitalistische Herrenpartei" heißen!

Judith Grünfeld:

Die Frau im Dritten Reich

Die Einstellung zur Gleichberechtigung der Frau und zur Frauenarbeit war seit jeher ein Gradmesser dafür, ob eine Partei Schrittmacherin der Reaktion oder Trägerin des sozialen und kulturellen Fortschritts war. Bevor die Sozialdemokratie den Frauen das Wahlrecht verschaffte, konnten die Feinde der Frauenrechte ohne Maske auftreten, da sie sich nicht um die Stimmen der weiblichen Wähler zu bemühen brauchten. Mit welcher zynischen Offenheit es geschah, beweisen die „Schriften des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation" aus dem Jahre 1914. So schrieb z. B. Prof. Dr. Langemann im Heft 1 und 4 dieser Schriften:

„Die ganz unberechtigte Forderung gleichen Gehalts für Mann und Frau in ähnlicher Stellung ist auf jeden Fall entschieden zurückzuweisen.

Die heutige Zulassung von Studentinnen zu den Männer-Universitäten halten wir für einen verhängnisvollen Schritt, der im Interesse unserer Hochschulen und der studierenden Männer möglichst bald rückgängig gemacht werden müßte.

Den Stimmrechtsbestrebungen der Frauenbewegung gilt vor allem unser Kampf. Das Frauenstimmrecht bedeutet für jedes Land, und besonders für Preußen und Deutschland, ein nationales Unglück. In den Zeiten der politischen Wahlen haben unsere Mitglieder die Aufgabe, die Kandidaten nach ihrer Stellung zum Frauenstimmrecht zu befragen und ihnen sofort die Gefolgschaft zu kündigen, wenn sie sich als dessen Anhänger bekennen."

So sprachen die geistigen Väter des Nationalsozialismus, der heute mit ebenso gewissenlosen wie betrügerischen Verheißungen um die Stimmen der weiblichen Wähler wirbt und lieber heute als morgen das Frauenstimmrecht zu Grabe tragen möchte. Er verbirgt dabei sein aufrichtiges Bestreben nach

rücksichtsloser Männerherrschaft

hinter den heuchlerischen Versprechungen der „Erlösung der Frauen von der Fronarbeit". Auf der Tagung der NS.-Frauenschaften, die Ende März in München unter Leitung von Straßer und Feder stattfand, wurde laut Bericht des „Völkischen Beobachter" im Hauptreferat verkündet: **„Unsere Parole heißt nicht Emanzipation vom Mann, sondern vom Erwerbsleben."**

Würden die Nationalsozialisten die Weltgeschichte nicht vom Dritten Reich datieren, so müßten sie und erst recht ihre weiblichen Anhänger mindestens wissen, daß die Frauen seit jeher desto härter im Daseinskampf arbeiten mußten, je stärker sie geschlechtlich unterdrückt und der Männerherrschaft preisgegeben wurden. Es gehört bodenlose Unwissenheit und Demagogie dazu, um — wie die Nationalsozialisten es tun — zu behaupten, daß die vielgeschmähte „Frauenemanzipation" die Erwerbsarbeit der Frauen verursacht habe. In Wirklichkeit waren die Frauen des Volkes gerade in jenen Zeiten, die keine Spur von Frauenemanzipation aufweisen, buchstäblich

Arbeitstiere.

Auch heute werden die Frauen von kapitalistischen Unternehmern gerade in denjenigen Ländern mit äußerster Härte ausgebeutet, in denen die Frauen noch geschlechtlich und politisch unterdrückt sind. So arbeiten z. B. in Indien viel weibliche Arbeiter im Bergbau unter Tage für Spottlöhne. Hier wie in China müssen die Arbeiterinnen ihre Säuglinge entweder in die Fabrik mitbringen oder sie mit Opium einschläfern. Dabei ist die 12- bis 16stündige Arbeitszeit hier für Millionen Frauen und Mütter an der Tagesordnung. Das sind die Zustände, die auch in Deutschland vor 60 Jahren den Arbeiterinnen beschieden waren,

bevor die Sozialdemokratie den Arbeiterinnenschutz, den Achtstundentag, den Mutterschutz und die Gleichberechtigung der Frau erkämpft hatte.

Die Geschichte der Frauenarbeit lehrt, daß in den deutschen Städten schon vor 400 bis 500 Jahren die Not die Frauen zwang, mitzuverdienen, und für die Masse des Volkes war das Ideal der auf den Erwerb nicht angewiesenen Hausfrau und Mutter unerreichbar.

Trotz aller Bekämpfung der Frauenarbeit, trotz der grundsätzlichen Ausschließung der Frauen vom zünftigen Gewerbebetrieb waren das ganze Mittelalter hindurch die Frauen vielfach im Gewerbe tätig. Auf Grund Frankfurter Urkunden aus der Zeit zwischen 1320 und 1500 wurden nicht weniger als 200 Berufsarten mit Frauenarbeit festgestellt, dabei zählte man 65 Beschäftigungsarten, für die nur weibliche Namen vorkommen.

Die Lehren der Vergangenheit zeigen uns, daß alle Verbote und Einschränkungen der Frauenarbeit nie eine Abnahme der Frauenarbeit bewirken konnten, sondern stets die Frauen zu verstärktem

Lohndruck

zwangen, wodurch

die Männerarbeit gefährdet

wurde. Nun wollen die Nationalsozialisten neuerdings die mittelalterlichen Methoden auffrischen, indem sie die Einschränkung der Frauenarbeit fordern. So verkündet Herr Dr. Pfaff in seiner programmatischen Schrift „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich": „Eine Beschränkung der Frauenarbeit gehört zu den dringendsten Forderungen der neuen Wirtschaftsordnung" (S. 19) und ferner „Etwa 500 000 in der Industrie beschäftigte Frauen sind durch Männer zu ersetzen". (S. 24, München, 1932.) — Die Diktatoren des Dritten Reiches halten sich also für befugt, den Frauen die Arbeitsplätze zu rauben, sie wollen nach eigenem Gutdünken bestimmen, wieviel und welche weibliche Arbeitnehmer brotlos gemacht werden sollen.

Was die deutschen Nationalsozialisten den Arbeitnehmerinnen in Aussicht stellen, das wird jetzt

vom italienischen Faschismus

bereits verwirklicht. Der Vorsitzende der faschistischen Arbeitnehmersyndikate der Provinz Mailand eröffnete kürzlich einen scharfen Feldzug gegen die Frauenarbeit mit der Erklärung, die Frau habe zurückzutreten, wenn der Mann ohne Arbeitsplatz sei, die Frauen müßten aus den Betrieben hinausgedrängt werden, das faschistische Regime verfüge ohne weiteres über die nötigen Mittel, dies durchzuführen. Daß der Faschismus die Frauen brotlos machen kann, wird niemand bestreiten, aber gerade der siegreiche italienische Faschismus hat bewiesen, daß

die Löhne der Männer drüben noch viel niedriger

sind als in Deutschland, daß diese Männerlöhne nicht zur Ernährung der Familie ausreichen, daß die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig ebenso stark ist wie in Deutschland, und

daß die Frauenarbeit infolge der zunehmenden Not und der kapitalistischen Unterbezahlung der Frauen immer mehr anstieg.

Das sollte jede Wählerin den Nationalsozialisten, die den Frauen im Dritten Reich den „natürlichen Beruf" in Aussicht stellen, immer wieder ins Gesicht schleudern. Wenn die italienischen Faschisten jetzt die entrechteten Frauen aus den Betrieben hinauswerfen, so bieten sie ihnen nicht die Möglichkeit zum „natürlichen Beruf", sondern verschärfen ihre Not und ihr Elend. Alles Leid der Arbeitnehmer und ihrer Familien steigert der Faschismus bis zum äußersten, denn er betreibt organisierten Lohndruck zum Wohle der Unternehmer. Der Nationalsozialismus will im Dritten Reich nach dem Muster Italiens den Arbeitnehmern das Streikrecht nehmen,

das Streiken verbieten.

Durch Streikbrecherdienste wollen die Nationalsozialisten den weiteren Lohnraub den Unternehmern ermöglichen. Hat doch der Lohnabbau schon bisher die Arbeitslosigkeit immer mehr verschärft. Eine neue „Lohnverminderung", die Herr Pfaff in Aussicht stellt, würde den Männern schon ganz die Möglichkeit der Familienernährung und der Familiengründung nehmen und erst recht die Frauen zur Fronarbeit zwingen.

Die kapitalistische Minderbezahlung und doppelte Aussaugung der Arbeiterinnen führen die Nationalsozialisten auf den Young-Plan zurück und rechtfertigen die Unternehmer wie folgt: „Der durch unmäßige Steuern bedrängte Arbeitgeber zieht die billigere Arbeitskraft der Frau der höher bewerteten des Mannes vor." („Völk. Beobachter" vom 24. Februar 1932.) Als ob im faschistischen Italien, das keine Reparationen zu zahlen hat, die Frauenlöhne nicht bedeutend niedriger wären als die Löhne der männlichen Arbeiter! Und warum haben die nicht „bedrängten" Kapitalisten

im Vorkriegsdeutschland,

das keine Reparationen zahlen mußte, die weiblichen Arbeiter mit nur

zwei Fünfteln der Männerlöhne

abgespeist? Als bezahlte Knechte des Kapitals fordern die Nationalsozialisten nicht die Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne. Sie predigen

allgemeinen Lohnabbau

und wagen es obendrein, den proletarischen Frauen den Segen des häuslichen Herds bei Hungerlöhnen vorzuschwindeln.

Nicht Bekämpfung der Frauenarbeit, sondern Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung ist die Parole der Sozialdemokratie. Nur die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften kämpfen seit Jahrzehnten für menschenwürdige Löhne, für Hebung der Frauenlöhne, für Frauenschutz und Mutterschutz, für politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau.

Den faschistischen Totengräbern der Frauen- und der Arbeitnehmerrechte müssen die Frauen am 24. April die eindeutige und gebührende Antwort erteilen!

Was ist Sport?

Arbeitersportler, Preußenwähler, hör' zu!

Der „Kämpfer", die Zeitschrift des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur in Oesterreich (Askö) und des Republikanischen Schutzbundes Oesterreichs bringt in seiner Nr. 4 folgende Definition des Begriffs Sport:

„Sport ist Befriedigung des Bewegungs- und Spieltriebes des Menschen und Ausgleich der einseitigen, vielfach ungesunden Lebensweise und Berufsarbeit!

Sport ist Mittel zur richtigen Körperbildung, ein Mittel zur Veränderung der ungesunden Lebensweise und trägt zur Gesundheit der Bevölkerung und Gesundheit der kommenden Generation wesentlich bei!

Sport ist nicht Mode, Nachahmung, zwecklose Zeitvergeudung, Flirt oder ausschließliches Vergnügen, sondern lustbetonte Körperarbeit im Interesse der Gesundheit des einzelnen und der Gesamtheit!

Sport ist ein Mittel zur Bekämpfung des Minderwertigkeitsgefühls und ein Mittel zur Sublimierung der asozialen Regungen des Menschen!

Sport ist nicht Bravour, Artistentum oder Beruf. Dem Sport sind weitere Aufgaben gestellt. Richtige körperliche Erziehung erkennt Vorzüge und Gefahren des Sports. War das bisherige Erziehungsziel allgemeine Wissens- und Geistesbildung, so hat der Sport wesentlich dazu beigetragen, daß als Erziehungsziel der harmonische, geistig und körperlich gebildete Mensch gilt. Die Gesamterziehung muß zu Gesundheit und körperlicher Kraft, zu geistiger Klarheit und ethischer Reinheit führen!

Sport ist in der heutigen Zeit zu einem unentbehrlichen Mittel geworden, eine gesunde, willensstarke, lebensbejahende, körperlich und geistig widerstandsfähige Generation heranzuziehen!

Sport ist für die Arbeiterklasse ein wichtiges und unentbehrliches Mittel im Freiheitskampf. Sport erzieht zu Kampffähigkeit in körperlicher und geistiger Hinsicht. Körperliche und geistige Kampffähigkeit und Klarheit bereiten den Boden für den Sieg des Sozialismus!

Auch darum geht es am Sonntag bei den Preußenwahlen, daß die Arbeiterschaft ihren Sport im oben festgelegten Sinne betreiben kann. Die Nazis wollen den Sport militarisieren, wollen statt freier Körperbetätigung öden Kasernendrill, die Kommunisten möchten die freien Sportvereine zu Afterorganisationen ihrer Parteizentrale machen. Arbeitersportler, das gilt es zu verhindern!

Deshalb:

Wählt Sozialdemokraten!
Für Liste 1, für Braun und Severing!

Arbeitersportler!

Zur Preußenwahl wendet sich der Vorstand des 1. Kreises (Berlin-Brandenburg) im Arbeiter-Turn- und Sportbund mit folgendem Aufruf an die Mitgliedschaft:

Bei den Wahlen zum Preußischen Landtag geht es um das Sein oder Nichtsein der republikanischen Staatsform. Erneut muß am 24. April der Faschismus geschlagen werden. Deshalb muß sich jeder Arbeitersportler in den nächsten Tagen sowie am Wahlsonntag der Sozialdemokratischen Partei zur Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen.

Bundesgenossen, Bundesgenossinnen! Zeigt, daß ihr denkende Arbeitersportler seid. Nur der Sieg der Liste 1, Sozialdemokratische Partei, unter Führung von Otto Braun und Carl Severing, bietet die Gewähr für die weitere Aufwärtsentwicklung der Arbeitersportbewegung. Die Feinde der Republik sind auch die Feinde des Arbeitersports! Daran denkt am 24. April und deshalb wählt nur die

Liste 1, Braun-Severing!

Stein Federgewichtsmeister

Noack bricht sich die Hand und gibt auf

Der Berliner Spichernring startete gestern abend die deutsche Federgewichtsboxmeisterschaft zwischen dem Titelverteidiger Paul Noack und Harry Stein, dem Herausforderer. Noack war während der kurzen Begegnung ständig im Vorteil. Er konnte bereits in der zweiten Runde Stein bis fünf auf die Bretter schicken, landete dann weitere schwere Treffer und kurz nach Beginn der vierten Runde ging Stein nochmals, allerdings nur für kurze Zeit, zu Boden. Noacks Schlag war so heftig, daß er sich dabei die Hand brach. Er mußte infolgedessen in der fünften Runde den Kampf aufgeben, so daß der nach Punkten weit hinten liegende Stein deutscher Federgewichtsmeister wurde.

Vom Rahmenprogramm interessierte besonders das Schwergewichtstreffen zwischen dem tschechischen Doppelmeister Hampacher und Sabottke-Berlin, die sich einen wilden und vielfach auch unsauberen Kampf lieferten. Obwohl Hampacher leicht im Vorteil schien, erkannte die Jury nach acht Runden auf unentschieden. Den gleichen Ausgang fand das Halbschwergewichtstreffen zwischen dem Spandauer Eggert und dem amerikanischen Neger Jack Beasley. Im einleitenden Leichtgewichtskampf siegte Phil Neszger-München über Fritz Reppel-Herne in der vierten Runde durch Niederschlag.

Arbeiterringer in Tegel

Jugend und Männer auf der Matte

Die Reihe der Frühjahrs-Veranstaltungen der bundestreuen Arbeiter-Athleten setzte gestern die Freie Sportvereinigung „Tegel 1899" mit einem Ringkampfabend fort. Der Besuch dieses gelungenen Abends war außerordentlich stark; der gebotene Sport stand auf hohem Niveau. Die kampferprobte Jugendstaffel des Tegeler Vereins rang mit viel Glück gegen die kombinierte Mannschaft aus den Vereinen Sparta, Alt-Wedding und Rosenthal und gewann die erste Runde mit 8:4 Punkten und die zweite mit 11:1 Punkten. Der Mannschaftskampf der Männer von „Lichtenberg-Friedrichsfelde" gegen Tegels zweite Staffel endete nach einem wechselvollen Verlauf mit einem Gleichstand von 14:14 Punkten.

Der Jugendliche Kolbe (Tegel) besiegte Kotsch (Wedding) in beiden Gängen in den ersten Minuten. Fritz (Tegel) legte Boas (Rosenthal) erstmalig in 40 Sekunden und dann noch einmal in der letzten Minute. Erwin Schenk (Rosenthal) mußte durch Wiese (Tegel) in beiden Gängen auf die Schultern. Peise (Wedding) und Joschke (Tegel) rangen noch einmal ohne Ergebnis, im Rückkampf siegte dann J. in der letzten Minute. Präfke (Sparta) und Maier (Tegel) trennten sich ohne Resultat. Erich Schenk (Rosenthal) siegte über Rüger (Tegel) in der zweiten Minute; R. gewann den Rückkampf. Bei den Männern trennten sich Röll (Lichtenberg) und Kloß (Tegel) einmal unentschieden; im zweiten Kampf siegte K. nach drei Minuten. Krause (Lichtenberg) warf Jesko (Tegel) in 2,10 Minuten und J. gewann im zweiten Kampf nach einer längeren Kampfzeit. Milbredt (Tegel) und Jännike (Lichtenberg) rangen in den ersten fünf Minuten nur ein Unentschieden heraus, im folgenden Kampfe überraschte J. seinen Gegner in 20 Sekunden. Binder (Lichtenberg) und Lüth (Tegel) kamen über ein Unentschieden nicht hinaus. Mit dem gleichen Ergebnis trennten sich Reichel (Tegel) und Witzoreck (Lichtenberg); Paul Binder warf im ersten Gang Babbel (Tegel) in 15 Sekunden und begnügte sich in der zweiten Runde mit einem Unentschieden. Wallaschek (Lichtenberg) verschuldete seine Niederlage gegen Rosentreter (Tegel) im ersten Kampf selbst; der Schlußkampf der beiden schwersten blieb offen.

Internationaler Rundflug 1932

Am Nennungsschlußtag des diesjährigen internationalen Rundfluges durch Europa, am 14. April, waren beim veranstaltenden Verein, dem Aero-Klub von Deutschland, 45 Meldungen abgegeben. Abweichend von den Jahren 1929 und 1930 gaben dieses Mal 6 Länder resp. die dort beheimateten Klubs und Einzelpersonen nur die Gesamtzahl der Teilnehmer an, während ihnen Einzelheiten sowie Nachnennungen im Gegensatz zu früher bis 14. Mai freistehen. Das veranstaltende Land, Deutschland, stellt den Großteil Teilnehmer, nämlich 16 Flugzeuge, es folgen Frankreich mit 7, Italien mit 7, Polen mit 6, Schweiz mit 2 und die Tschechoslowakei mit 7 Flugzeugen. Hierbei fällt die Nichtbeteiligung Großbritanniens auf und es ist überaus bedauerlich, daß gerade von dort, dem Pionierland des Flugsportes, dem Land mit der größten Anzahl flugsportreibender Vereine, keine Meldungen eingegangen sind. Das ist im Interesse der Veranstaltung um so nachteiliger, als die englischen Sport- und Touristikflugzeuge wirklich gut sind. Sie verdanken das nicht zum geringsten der tatkräftigen Hilfe, die ihnen seinerzeit die Arbeiterregierung angedeihen ließ. Zu hoffen ist, daß die englischen Sportleute sich doch noch beteiligen werden. Die Tschechoslowakei fällt mit 7 Meldungen besonders stark auf, und man darf mit Recht gespannt sein, was sie im internationalen Wettbewerb leisten werden. Die Italiener schicken ihre bewährten Breda-Typen; die Polen, die schon beim letzten internationalen Rundflug durch ihre sauberen Maschinen auffielen, schicken ihre bewährten Piloten mit verbesserten Flugzeugen. Frankreich ist mit bekannteren Typen und mit einer Konstruktion des Erbauers des französischen Stratosflugzeugs Guerehais vertreten. Leider fehlen auch diesmal wieder die Exponenten des republikanischen Deutschlands am internationalen Rundflug, die dazu berufen wären, dem Ausland an Ort und Stelle die Stärke des republikanischen Gedankens auf luftfahrtlichem Gebiete vor Augen zu führen.

„Neptun" tauft sich um

in „Volkssport-Weissensee"

Der älteste Schwimmverein im Arbeiter-Turn- und Sportbund, der Berliner Verein Neptun-Weißensee hat seinen Namen in „Volkssport-Weißensee" geändert. Nach 40 Jahren Bestehen als Arbeiterschwimmverein ist nun die Möglichkeit geschaffen, alle bundestreuen Arbeitersportvereine im Bezirk in einem Zentralverein zusammenzufassen.

Aus der interessanten Geschichte des Vereins geben wir im folgenden einige Daten:

Schweren Herzens werden sich namentlich die alten Mitglieder von dem Namen trennen, der ein Begriff war, unter dem sie jahrzehntelang für den Arbeiterwassersport gewirkt haben. Erfreulicherweise aber haben gerade diese Alten, den Zug der Zeit erkennend, den Zusammenschluß vorbereitet und ihre Mitarbeit auch unter der neuen Fahne zugesichert. Am 1. April konnte Nante Menschel, in dessen Händen während des Krieges die Hauptarbeit lag, auf eine 35jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Dank ihm und auch dem Genossen Fritz Hube, der über 30 Jahre, und den Genossen Karl Hube, Kurz, Klingner, Ramin, Langer, Becher, Schmölling, Liebe und Maasch, die über 20 Jahre dem Verein die Treue gehalten haben. Jederzeit stellten sie ihren Mann und stehen auch noch heute teilweise als Funktionäre in der Bewegung.

Seit dem 17. Juli 1891, an dem der Schwimmklub „Neptun" gegründet wurde, sind 40 Jahre vergangen. Anfangs fanden die Uebungsstunden im Seebad Weißensee und im Winter im Admiralsgartenbad, später im Bad der „Wasserfreunde" in der Kommandantenstraße statt. Die Beteiligung ließ jedoch zu wünschen übrig. Bereits nach 5 Jahren trat eine Krise ein: die politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit wurde von der Mitgliedschaft gefordert. Dabei stieß man auf den Widerstand der Andersgesinnten und die Trennung war die Folge. Leider fand die junge Arbeitersportbewegung von der Partei damals nicht die nötige Unterstützung. Hemmend für die weitere Entwicklung waren damals die Wasserverhältnisse im Weißen See. Mehrere Jahre hindurch wüteten die Fischpest, dann die Wasserflöhe, Schlingpflanzen und Schlammpilze in der Größe eines Hutes im See, so daß zeitweise kein Wasser zu sehen war und die Mitglieder stundenlang zu tun hatten, um den Morast zu entfernen und ein Bad nehmen zu können. Dann kamen behördliche Schikanen. Der Gründung der Jugend- und Kinderabteilung wurden Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gemacht, heute lächerlich erscheinende Vorschriften für die Badekleidung folgten. Am 23. Juli 1908 wurde die Frauenabteilung gegründet. Wie vorteilhaft diese Erweiterung des Vereins war, zeigte sich einige Jahre später, als bei Kriegsbeginn die Männermitglieder nach und nach fast alle eingezogen waren. Während dieser Zeit war die Frauenabteilung die Hauptstütze des Vereins. Als der unselige Krieg, dem elf wackere Sportgenossen zum Opfer fielen, zu Ende war, hieß es wieder neu aufbauen. Als in den Jahren 1928 bis 1929 die Kommunistische Partei versuchte, die Arbeitersportbewegung unter ihr Diktat zu bringen, trat eine Spaltung ein. Dank der unermüdlichen Arbeit und der politischen Festigkeit der Funktionäre ist auch dieser Rückschlag überwunden worden.

Allen Hindernissen zum Trotz setzte sich „Neptun" auf allen Gebieten des Schwimmsports durch. Aus seiner gemeinnützigen Tätigkeit seien erwähnt: Die Mitwirkung an der Gründung des Arbeiterschwimmerbundes im Dezember 1897, die Ausbildung und Betreuung der ersten Rettungsschwimmermannschaft. Im Jahre 1901 führte „Neptun" das Wasserballspiel im Bunde ein. Die unentgeltliche Ausbildung im Schwimmen kam Tausenden zugute.

So steht der Schwimmverein heute groß in der Organisation, stark im technischen Können da. Daß er auch als Schwimmsparte im neuen großen Verein „Volkssport Weißensee" zum Wohle der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung wirken wird, dafür garantieren die Mitglieder und ein gut eingespielter Funktionärkörper.

Die Abgaben der Buchmacher für die Rennvereine gehen auf Kosten des Publikums. Der überwiegende Teil der konzessionierten Buchmacher Deutschlands hat sich bereiterklärt, ½ Proz. des Umsatzes für die in schweren finanziellen Nöten befindlichen deutschen Rennvereine abzutreten. Daß das auf Kosten des wettenden Publikums geschehen soll, zeigt eine Bekanntmachung der Berliner Buchmacher, nach der bei Quoten von 31 bis 35, 41 bis 45, 51 bis 55, 61 bis 65 usw. in französischen Rennen vom 15. April ab stets ein Punkt weniger zur Auszahlung gelangen soll. Da die Abgabe der Buchmacher bei 1000 M. Umsatz nur 5 M. beträgt, der Fall, daß die Quoten auf Grund der Abgabe verringert werden, aber drei- bis viermal am Tage eintreten wird, könnte sich die Abgabeaktion der Buchmacher noch zu einem Geschäft entwickeln.

Keine Auslandslizenz für Gühring. Nach seiner kläglichen Vorstellung gegen Carnera war Ernst Gühring die Auslandsstarterlaubnis vorläufig entzogen und dem Stuttgarter aufgetragen worden, erst in einem Qualitätskampf in Deutschland seine kämpferischen Qualitäten zu beweisen. Inzwischen hat Gühring verschiedene Angebote, besonders aus England erhalten, und er wurde deshalb persönlich in Berlin wegen Erteilung einer Auslandslizenz vorstellig. Der Sportausschuß verharrte jedoch auf seinem Standpunkt und verweigerte Gühring auch weiterhin die Auslandslizenz, obwohl sich der Stuttgarter schon im Amerika mit bestem Erfolge betätigt und auch gegen die erste deutsche Klasse gute Kämpfe geliefert hat.

Bundestreue Vereine teilen mit:

Volkssport Neukölln-Britz e. V. Alle Teilnehmer am Bewegungschor zur Maifeier der Partei müssen Montag, 25. April, 19½ Uhr, zur Probe in der Turnhalle, Lessingstraße, sein. Alle noch freien Genossinnen und Genossen beteiligen sich am gleichen Abend um 20 Uhr an der Sprechchorprobe auf dem Sonnenplatz. Für die Teilnehmer an der Vorführung „Körperschule" Probe Mittwoch, 19½ Uhr, Turnhalle Lessingstraße. Generalprobe für 1. Mai Donnerstag, 28. April, „Neue Welt". Mitwirkende der Vorführungen „Körperschule" und „Jugend im Rhythmus von heute" um 18½ Uhr. Teilnehmer am Festspiel 19½ Uhr.

Freier Ballspielverein Weißensee. Beerdigung des Sportgenossen Kurt Laut Mittwoch, 25. April, 16 Uhr, Alter Gemeindefriedhof, Falkenberger Straße. Treffpunkt 15 Uhr bei Stärke, Charlottenburger Str. 3.

FTGB., Bezirk Lichtenberg. Montag, 25. April, 19½ Uhr, Vierteljahresversammlung im Gesangsaal des Jahn-Real-Gymnasiums, Schreiberhauer Straße. — **Bezirk Mitte.** Montag, 25. April, Handballersitzung bei Arndt, Schröderstraße 2, 20 Uhr. Gäste und Interessenten willkommen.

Arbeitersportkartell Charlottenburg. Alle Sportler mit Rädern treffen sich zur Preußenwahl am Sonntag um 7½ Uhr bei Bahrow, Scharrenstr. 3, für den Nachrichtendienst der Partei. Am 1. Mai treten alle Vereine mit Fahnen zur Kundgebung auf dem Sammelplatz des Sportkartells Charlottenburg an. Wegen Sammelplatz die Presse beachten. Pflichtveranstaltung.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis. Montag, 25. April, 20 Uhr, in der Kreisgeschäftsstelle Zusammenkunft aller technischen Vereinsleiter. Tagesordnung: Der Straßenlauf am 8. Mai durch den Wedding. Ausstellung: Licht, Luft, Haus. „Rast."

Volkssport Neukölln-Britz. Am Sonntag nach der Wahlarbeit zum Sonnenplatz. Beisammensein, Abhören der Wahlresultate, Diskussion. Vereinsversammlung am 30. April. Anträge bis zum 27. April an die Geschäftsstelle.

Freier Ballspielverein Weißensee. Heute, Sonnabend, 17 Uhr, im Stadion „Fowler Ger". Minerva I Neukölln gegen FBV. Weißensee I. Zur Vervollständigung der 3. Männer- und der Jugendmannschaft bitten wir Parteigenossen sowie Sympathisierende Freitags, 20 Uhr, im Lokal Stärke, Charlottenburger Str. 3, sich einzufinden.

VfK. Preslee, Ostgruppe. Sonnabend, 23. April, Mitgliederversammlung bei Neumann, Gubener Str. 45. Beginn 17¼ Uhr.

Askö-Britz. Sonntag, 24. April, ab 8 Uhr Wahlhilfe (für alle, die nicht eingeteilt sind) Fritz-Reuter-Allee 46. Bei der Wahlkundgebung in Rudow wurde ein Pullover gefunden. Abzuholen in der Geschäftsstelle. Vereins-Quartalsversammlung Freitag, 29. April, Hufeisenhalle, 19½ Uhr. Anträge bis Mittwoch, 27. April, in der Geschäftsstelle abgeben.

Das neue Buch

Hans Hildebrandt:

Die Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts

Hans Hildebrandts „Die Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts" (Athenaion-Verlag, Potsdam) enthält eine Fülle von Material. Die behandelten Kunstrichtungen und Künstler sind nicht zu zählen. Die 500 Textabbildungen und 23 Farbentafeln geben eine zureichende Vorstellung von Architektur, Malerei und Skulptur der Zeit; leider sind sie lieblos reproduziert und die Unterschriften stimmen nicht immer. Hans Hildebrandt, Professor an der Stuttgarter Hochschule, hat mit außerordentlichem Fleiß und intimster Kenntnis der Entwicklung bis in die neueste Zeit Künstler und Kunstwerke herangezogen. Ihre Beurteilung steht auf der Höhe der heutigen Kritik. Man muß diese Tugend sehr stark hervorheben im Vergleich mit den anderen großen Werken, die über die neueste Kunst erschienen sind, einschließlich der von Meier-Graefe und Einstein. Will man sich über die Kunst des letzten Menschenalters orientieren (die uns ja wohl näher liegt als die des 19. Jahrhunderts, bei der jene genannten Autoren durchaus auf der Höhe sind), so gibt es keinen zuverlässigeren und kritisch sorgfältigeren Führer als Hildebrandt. Das ist sehr viel wert, weil es bisher diese historisch wertende, und von dem maßgeblichen Standpunkt des Mitlebenden, also Mitempfindenden aufgenommene Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts überhaupt noch nicht gab.

Die Schattenseiten seines Buches liegen vor allem in einer schwer übersehbaren Systematik. Bei einem Riesenwälzer von diesem Format müßte die Lektüre durch stärkere Akzente und zahlreichere Unterschriften schon optisch erleichtert werden, zumal der größte Teil in zu kleinen Lettern gesetzt ist. Schlimmer ist die innere Konfusion, die gegen das 20. Jahrhundert hin nur verstärkt wird. Man findet bedeutende Künstler in widersprechendstem Zusammenhang; Marées z. B. ist ins 20. Jahrhundert versetzt (er starb 1887), Gauguin und Cézanne erlebt man bei den Neoimpressionisten, die dem Kubismus Angenäherten sind sämtlich vor der prinzipiellen Erörterung des Kubismus behandelt (wofür es nicht die Spur eines Grundes gibt) usw. Das Material scheint Hildebrandt manchmal über den Kopf gewachsen zu sein; aber eine etwas gewaltsame Einordnung wäre besser als dies hilflose Chaos, bei dem der Autor manchmal selber eingesteht, daß es „sich nicht einordnen lasse". Es finden sich Unterlassungen, die angesichts der sonstigen Sorgfalt im Durchdringen des Stoffs nicht hingenommen werden können; so fehlt die höchst wichtige erste, die realistische Periode im Schaffen Hodlers, so ist ihm vollkommen die große, vor allem deutsche Gruppe „malerischer Phantasten" entgangen, von denen er Wollheim mit drei Zeilen an gänzlich unpassender Stelle abtut, während er die bedeutenden Kriegel, Gilles, Hundt u. a. überhaupt nicht nennt. Es fehlen weiter von wirklich bedeutenden Künstlern die Architekten: Luckhardt und Dominikus Böhm, die Bildhauer Christoph Voll, Gustav H. Wolff, die Maler Hans Volz, Griebel, Champion, Werner Scholz. Hanna Höch, darf man hinzufügen, ist keine Holländerin, sondern in Gotha geboren. Warum Heckendorf, aber nicht die in derselben Richtung weit bedeutenderen Krauskopf und Kohlhoff erwähnt sind, ist ebenso rätselhaft; darum rätselhaft, weil Hildebrandt sonst gut und genau abzuwägen weiß.

Paul F. Schmidt.